

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Kassenmitglied: Preis 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark vierteljährlich, 3,30 Mark halbjährlich, 6,60 Mark jährlich. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eintragung in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Anrufnummer für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die festgesetzte Zeile oder deren Raum 60 Pf. Politische und gewerkschaftliche Berichte und Besprechungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 30 Pf. (täglich 2 Zeilen). Jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 6. Mai 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 1984.

Die Bluttaten des Trustkapitals gegen die Arbeit.

Der Kampf um die Immunität

New York, 23. April. (Eig. Ber.)

Um der blutrünstigen Gewaltherrschaft Guertas ein Ende zu machen und die Ehre der Vereinigten Staaten zu wahren, so erklärte der Präsident Wilson in seiner Ansprache an den Kongress, müßten die Vereinigten Staaten mit Waffengewalt in Mexiko einschreiten. Nun! Guerta und seine Soldaten, Villa und seine Freischaren, Zapata und seine Räuber zusammen haben seit der Ermordung Maderos bei weitem nicht so viel Gewalttätigkeit, Mordgier und Niedertracht gegen Nichtkombattanten an den Tag gelegt, als die Miliz des Staates Colorado im Kohlenrevier Trinidad im Dienste der Petroleumdynastie Rockefeller gegen streifende Bergleute und deren Familien. Dieser kann die Ehre der Vereinigten Staaten überhaupt nicht mehr in den Staub gezogen werden als durch das Schandregiment in Colorado.

Stellte doch die erst kürzlich durchgeführte parlamentarische Untersuchung es erneut über jeden Zweifel fest, daß Gesetz und Verfassung von dem Gouverneur Ammons, von den Behörden, von der Miliz, von der Rockefellerischen Colorado Fuel and Iron Co. und ihren „Privatpolizisten“ mit Füßen getreten werden; daß die ausländischen Bergleute, ihre Frauen und Kinder freiwild sind, das von dem Uebermut der Rockefeller's Dividendengier dienenden „Ordnungs“banditen strafflos niedergeknallt oder eingefangen und ohne jede prozessuale Formalität hinter Gefängnisgittern verwahrt wird.

Die am 23. September des Vorjahres begonnene Arbeitseinstellung wurde von einer ununterbrochenen Reihe von Greuelthaten begleitet. Aber gekrönt wurde das infame Treiben durch die Massenschlägerei, die die Götendienere des Rockefeller'schen Ammons am letzten Montag veranstalteten.

Die Bergwerksgegend von Ludlow und Trinidad gehört fast in ihrer ganzen Ausdehnung der Colorado Fuel and Iron Co., deren Aktien sich zur Hälfte im Besitz der Dynastie John Rockefeller, zum kleineren Teile in demjenigen von Bankiers und anderen reichen Bewohnern der Stadt Denver befinden. Nur in den der Jede gehörigen Arbeiterwohnungen können die Grubenkneben ein Unterkommen finden. Von dort ermittelt, bezog eine Anzahl Ausständiger mit ihren Familien in den Bergen zwischen Delagus und Hastings ein Zeltlager. Dieses befand sich nicht auf dem der Colorado Fuel and Iron Co. gehörigen Grund und Boden. Daher war es auch trotz der Schreckensherrschaft wochenlang unbehelligt geblieben.

Da erklärte John D. Rockefeller jr., der würdige Sohn des Petroleumkönigs John D. Rockefeller, am 6. April bei seiner Vernehmung vor dem mit einer Untersuchung des Bergarbeiterzustandes betrauten parlamentarischen Ausschuß, er billige im voraus jede, auch die härteste Maßnahme der Zehnerverwaltung. Lieber wolle er die in Aktien der Colorado Fuel and Iron Co. angelegten Millionen bis auf den letzten Cent verlieren, als das Organisationsrecht der Bergleute anerkennen oder ihre Forderungen erfüllen.

Das war ein Wink, der von den Gewaltthobern in Colorado verstanden wurde. Hatten die von der Baldwin'schen Detektivagentur gelieferten Privatpolizisten schon vorher massenhaft Aufnahme in die Staatsmiliz von Colorado gefunden, so wurden sie in der Folge fast ausnahmslos in die Uniform gesteckt.

Aufgegriffen der parlamentarischen Untersuchung sah sich der Gouverneur Ammons genötigt, die widerrechtlich in Gefangenschaft gehaltenen, als „Mutter Jones“ bekannte Genossin Mary Jones freizulassen und die Abkennung der Miliz aus dem Streikgebiet zu verfügen. Wenn Rockefeller die ausländischen Kohlenräuber kleinriegeln wollte, müßten seine Kreaturen rasch handeln.

So eröffnete eine Kompanie Miliz am letzten Montag auf das oben erwähnte bei Delagus gelegene Zeltlager ohne jede ersichtliche Veranlassung Feuer. Sie verwendete als Kleingewehre mit Sprengstoff gefüllte Hohlkugeln, deren Benutzung nach der Genfer Konvention im Striege verboten ist. Die Zeltkolonie ging in Flammen auf. Wer dem Feuerfode zu entkommen versuchte, wurde mit Maschinengewehrkugeln und Geschossen niedergeknallt oder in den Rauch und Brand zurückgetrieben. Selbst zarten Kindern und schwangeren Frauen wurde von den „Sölden“ kein Bardon gegeben. Nur ein Teil derer, die vor der völligen Umzingelung der Zeltkolonie die Flucht ergriffen hatten, kam mit dem Leben davon. 45 halbverkohlte Leichen, meistens solche von Frauen und Kindern, wurden bis gestern Abend unter den rauchgeschwärzten Trümmern der „Waldstatt“ gefunden, obwohl die Miliz nach der Niederbrennung und „Eroberung“ des Zeltlagers Dynamit angewendete, um die Toten in Atome zu sprengen, und diesen Zweck scheinbar teilweise erreichte.

Auch die verbissensten kapitalistischen Organe müssen eine Reihe bezeichnender Einzelheiten melden. So sank eine Frau Marcellina Pedragon, die, einen Säugling auf dem Arme,

aus dem in Flammen stehenden Zeltlager fliehen wollte, von einer Milizkugel getroffen tot nieder. Nicht besser erging es dem Bergmann Lewis Trifas, als er eine Gruppe von Frauen und Kindern nach einer nahen Bergschlucht in Sicherheit bringen wollte. Trifas hatte, um zu zeigen, daß er unbewaffnet ist, beide Hände hochgehoben. Frank Snyder, der zehnjährige Sohn eines Bergmannes und sein noch jüngeres Schwesterchen mußten trotz aller Fluchtversuche elendiglich in dem Flammenmeer umkommen.

Ein Schrei der Empörung ging durch das Streikgebiet und dann durch die Vereinigten Staaten. Der Präsident Wilson wurde von John White, dem Präsidenten des amerikanischen Bergarbeiterverbandes, telegraphisch angegangen, pflichtgemäß eventuell unter Verwendung von Bundesmilitär gefehliche Zustände in Colorado herzustellen. Die deutsche Sprachgruppe der sozialistischen Partei unterrichtete den Präsidenten, falls er nicht dem Mordregiment in Colorado ein Ende bereite, werde sie alles daran setzen, die vergewaltigten Bergleute mit Mitteln der Verteidigung zu versehen. Die sozialistischen Parteivorstände einer ganzen Reihe von Staaten, die Gewerkschaftszentralen zahlreicher Städte legten bei dem Präsidenten nachdrücklich Verwahrung gegen das schmachvolle Treiben der Rockefeller'schen Landsknechte ein.

Die Streikenden vom Kohlenrevier Ludlow sind keine Sündskötter. Sie lassen sich und die Ihren nicht widerstandslos abschlagen. Bei Delagus griffen die Ausständischen zu den Waffen; aus allen Teilen des Kohlenbergbaudistrikts von Süd-Colorado strömten bewaffnete Bergleute herbei. Die im Streikgebiet zurückgebliebene Miliz kam ins Gedränge. Trotz ihrer Maschinengewehre ist eine Kompanie umzingelt. Seit Dienstag tobt ein mit Energie und Erbitterung geführtes und für beide Seiten verlustreiches Feuergefecht. Einige Zehnerbeamte, welche mit ihren Familien der Miliz gefolgt waren, um diese zu „Laten“ anzufeuern, wurden mit einer Anzahl berufsmäßiger Streikbrecher in ein verlassenes Bergwerk gedrängt.

Das brachte Fitzgerald, den stellvertretenden Gouverneur von Colorado, in grimmige Aufregung. „Mögen auch die Streikenden,“ wettete der Wadere, „mit ihren Anlagen, sie würden von der Miliz grundlos abgeschlachtet, völlig im Rechte sein, so darf doch nimmermehr geduldet werden, daß sie Zehnerbeamte, Frauen und Kinder in ein Bergwerk treiben und dieses in Brand setzen. Der Arm der strafenden Gerechtigkeit wird diese Mordtaten ereilen.“ Die Brandlegung und den Mord hat Fitzgerald frei erfunden, um einen Vorwand für seine geschaukelte Entrüstung zu haben. Das hindert nicht, daß der Telegraph die freche Lüge weiter verbreitete. Heute Abend kam die Richtmangelung. Die scharmschmerzliche Nachrichtagentur „Associated Press“ meldet wörtlich:

„Streifende Bergleute drangen in die Zehne „Empire“ ein und geleiteten drei Frauen, zwei Kinder und den Bergwerksdirektor William Waddell in Sicherheit. J. W. Siple, Besitzer eines Bergwerks, und 20 Streikbrecher befinden sich noch in der Zehne. Sie wollten sich nicht ergeben.“

Nun, die Ausständigen müßten Karren sein, wenn sie nicht auf der Entwaffnung Siples und seiner gewerbsmäßigen Streikbrecher beständen, welche vorher Jagd auf Streifende gemacht hatten und, sobald sie Gelegenheit hätten, wieder machen würden.

Fitzgerald beriet mit den in Denver, der Hauptstadt Colorados, wohnenden Aktionären der Colorado Fuel and Iron Co. Diese erklärten sich bereit, die Kosten für die abermalige Ausbuchtung der gesamten Staatsmiliz aufzubringen. Und nun werden alle Abteilungen dieser uniformierten Mörderbande erneut auf die streifenden Bergleute losgelassen. Allerdings mit einer rühmlichen Ausnahme! Eine von Baldwin'schen Privatpolizisten reine Kompanie hat heute Abend in Denver „gemenetert“ und sich geweigert, nach dem Streikgebiet abzugeben und die ihr zugewiesene Senkerarbeit zu verrichten.

Der Präsident Wilson aber sieht noch immer keinen Anlaß zum Einschreiten. Kein Wunder! War er als Demokrat doch trotz seiner Redensarten ein Werkzeug des profitierlichen Großkapitals! Teilen sich doch, wie der Senator Keimon gestern im Bundesrat konstatierte, leitende Persönlichkeiten im Bundes-Ackerbauministerium durch den Bezug von Provisionsen mit Rockefeller den Reingewinn der Colorado Fuel and Iron Co.!

Sie sind mit Blindheit geschlagen, unsere Gewaltthober. Mit Maschinengewehren und Mörsern bringen sie der werktätigen Bevölkerung die Erkenntnis von dem Gegenlag der Klasseninteressen bei. Mit Gewalt wollen sie ihre „herrliche“ Staats- und Gesellschaftsordnung sichern. Und mit den gleichen Gewaltmitteln führen sie der Arbeiterschaft vor Augen, wie wichtig die Errettung der politischen Macht und die Kontrolle der staatlichen Nachmittels durch das Proletariat ist. Wider Willen sind die Gewaltthober in Denver und Washington die besten Agitatoren der Sozialdemokratie, die allein gewillt und imstande ist, den Klassenkampf aus der Welt zu schaffen.

Das Attentat gegen die Redefreiheit der Abgeordnete hat in der gestrigen Durassung zu stürmischen untopferen Protesten geführt. Bekanntlich verlangt das Ministerium Gorenzkin die Auslieferung und gerichtliche Bestrafung unseres Genossen Tschaidie, der in einer Sitzung die republikanische Staatsform als die bestbezeichnete hatte. Gestern erschien nun Herr Gorenzkin bei der Budgetberatung nach langer Zeit in der Duma. In der Tagesordnung stand der Bericht der Budgetkommission über das Staatsbudget 1914. Der Vorsitzende leitete mit, dem Hause ein von 30 Abgeordneten unterzeichneter Antrag vorliege, der fordere, die Budgetberatung aufzuschieben, solange der Gesetzesvorschlag betreffend die Wortfreiheit der Abgeordneten nicht Gesetzeskraft erlangt habe. Die Reichsduma lehnte diesen Antrag, als erste die Sozialdemokraten Tschaidie, Arens und Malinowski unterzeichnet hatten, mit 140 gegen 7 Stimmen ab. Als dann nach dem Verichtertratte Herr Gorenzkin die Tribüne betrat, bereitete ihn die Sozialdemokraten und die Arbeitsgruppe einen würdigen Empfang. Sie erklärten stürmisch: Es ist genug! Wir werden ihn nicht sprechen lassen. Auch mit den Kultdeckeln wurde geklopft. Die Mahnungen des Präsidenten Rodsjanko blieben fruchtlos, der Zar hielt an. Nunmehr beantragte Präsident Rodsjanko die Anwendung des höchsten Strafmaßes, d. i. den Ausschluß der acht Schuldigen bei den Sozialdemokraten und der Arbeitsgruppe für die Dauer von fünfzehn Sitzungen. Jeder der betroffenen Abgeordneten gab von der Tribüne herab Erklärungen ab, wobei den Abgeordneten Skobelow und Tschenkeli das Wort entzogen wurde. Tschenkeli blieb noch einige Zeit auf der Tribüne und erklärte dann von seinem Blase aus, er werde den Saal nicht verlassen. Der Präsident ordnete darauf an, ihn zu entfernen. Als der Abgeordnete der Aufforderung des Ordnungsbeamten keine Folge leistete, erklärte der Präsident, unterbreche aus Achtung vor der Würde der Duma die Sitzung und bitte Tschenkeli den Saal zu verlassen. Er verließ den Saal nur der Abgeordnete Tschenkeli blü darin zurück.

Verstärkte Provokation.

Petersburg, 5. Mai. Dem „Nescha“ zufolge, wird der Sitzpräsident der Reichsduma, Tononolow, wegen Untätigkeit im Amte zur gerichtlichen Verantwortung gezogen, er zwar deshalb, weil er dem sozialistischen Abgeordneten Tschaidie nicht das Wort entzog, als dieser die republikanische Regierungsform als die beste erklärte!

Die Politisierung der Armee.

Die erste Reichstagsdebatte über den Militäretat nach Durchführung der gewaltigsten aller Militärvorlagen! Herr v. Falkenhayn gibt den Krankenrapport. Es hat „allens ja kloppt“. Die Pferde wie die Menschen waren im Uebermaß. Von dem zweibeinigen Kanonenfutter gab es sogar noch 38 000 Mann mehr als man brauchen konnte. Die Tatsache wird hart ein lebhaftes hört! hört! der bürgerlichen Parteien unterstrichen. Gibt es doch keine bequemere Begründung für neue Wehrforderungen, die man bereits in Gedanken vorbereitet. Kannst du noch Cousin? ruft lustschnappend der französische Militarismus über die Grenze herüber. Ja kann noch! antwortet ihm frohlich der deutsche Militarismus zurück. Ein bizarres Clownspiel.

Genosse Schulz-Erfurt hatte die dankbare Aufgabe, als erster Redner der Fraktion zu sprechen. Er tat es mit der Gründlichkeit, die das schier unerschöpfliche Thema gebietet. In das Zentrum seiner Ausführungen hatte er die zunehmende Politisierung des Offizierskorps, eine Erscheinung, die ohne Frage in dem gleichen Tempo zugenommen hat, wie das Heer an Umfang und Ausdehnung gewachsen ist. Nun ist es mit der Forderung, die Politik von der Armee fernzuhalten, ein eigen Ding. Aufgestellt wurde sie zunächst von der Reaktion, da sie in der Armee ein stielschlagfertiges und willenloses Instrument sich heranzuziehen bemühte. In der Revolution von 1848/49 mußte die Heeresleitung mit Entsetzen feststellen, daß der demokratische Geist Einlaß im Offizierskorps gefunden hatte. Ihn daraus zu entfernen, war ihm erste Aufgabe. Noch Anfang der sechziger Jahre bis unter Bismarck mußte die preussische Regierung erbittert mit ansetzen, wie die Mannschaften von ihrem Wahlrecht zum Landtage in einem Sinne Gebrauch machten, der direkt gegen die Absichten der Regierung gerichtet war. Er später konnte Bismarck den preussischen Soldaten das Wahlrecht rauben, um die Armee vor demokratischen oder auch nur liberalen Einflüssen zu sichern. Seit der Zeit ist die Forderung: Fernhaltung der Politik vom Heere ein besonders beliebtes Schlagwort der Reaktion geworden, wie es denn im höchsten Maße bezeichnet war, daß Herr Erzberger, der nach unserem Genossen sprach erklären konnte, „diese Forderung“ sei die einzige, in der er mit seinem Vortredner übereinstimme. Freilich konnte er da nur, indem er die Forderungen der Sozialdemokratie total ver-

Thorn. Fernhaltung der Politik von der Arme im Munde eines
alkoholisch vom Schlage Erzberger heißt: das Meer ist das willens-
Instrument des „obersten Kriegsherrn“, der mit schrankenloser
kommandogewalt“ darüber verfügt. Der wirkliche oberste Kriegs-
herr ist aber nicht etwa Wilhelm oder sonstwer, sondern das preussische
Infernum, das die Arme durch die Befehle aller wichtigen
Kommandostellen in der Gewalt hat. Fernhaltung der Politik von
Arme heißt also: Durchsetzung der Arme mit dem politischen
einst des Junkertums, Unterdrückung jeder anderen politischen und
zialen Anschauung, vor allem der sozialistischen, Kadavergehorsam-
ten, Ueberhebung, Dünkel und Brutalität oben. Fernhaltung der
olitik von der Arme, gefordert von einem Sozialdemokraten, heißt
er von alledem das Gegenteil. Es heißt: die Arme soll nicht
es Instrument einer kleinen Kaste sein, die ihre politische
nschauung dem Heere aufzwingt, sondern sie soll ein Werk-
ug des gesamten Volkes sein zur Aufrechterhaltung
iner Freiheit und Unabhängigkeit nach innen und außen. Zur
einem einen Zweck soll es dienen, das kann es aber nur, wenn im
ere alle die politischen und sozialen Gegensätze, die im bürger-
hen Leben herrschen, ignoriert werden, wenn hier weder nach der
eligion noch nach der politischen Parteizugehörigkeit gefragt wird,
ndern lediglich nach der militärischen Tüchtigkeit und Befähigung,
as heißt nicht, daß beim Militär die Sozialdemokraten aufgehören
en, Sozialdemokraten zu sein, oder die Liberalen Liberalen, oder
e Liberalen Liberalen. Es heißt nur, daß den Mannschaften aus-
ter Parteizugehörigkeit kein Schaden erwächst, oder daß sie gar,
ie jetzt die in Heer und Verwaltung verpönte Junkerbrut unter
e Doppelkammer: Falkenhahn-Dallwitz es im Falle Köppen fertig-
bracht hat, wegen ihrer politischen Ueberzeugung als infam, als
elios hingestellt werden. Die Sozialdemokratie verlangt, daß die
annschaften bei der Fahne wie alle anderen Staatsbürger Recht
id Gelegenheit haben, am politischen Leben der Nation teilzunehmen,
itische Versammlungen zu besuchen, sich an Wahlen, an Demonstrationen
t beteiligen, wie es jetzt noch die Soldaten in allen nichtadulativen
taaten um dürfen, und wie es früher die preussischen Soldaten
ad dürfen und taten. Eine selbstverständliche Konsequenz davon
t, daß der Soldat nicht die ganze Dienstzeit hindurch den bunten
od trägt, sondern nur während der Uebungstunden. Ist er
enstfesselt, so leidet er sich ebenso wie jeder andere Bürger. Das
eiche gilt vom Offizier. Nichts ist so geeignet, in diesen Elementen
n Kastendünkel, die Exklusivität so zu fördern, wie die Vorschriften,
berzeit im bunten Mod herumlaufen zu müssen. Javern gab hier
n besten Anschauungsunterricht. Die jungen Vurschen, die dort
n Offizierskittel herumstolzten, waren außer Dienst. Wenn sie
n insuliert wurden, so stand ihnen kein anderes Rechtsmittel zur
uwehre zu, wie jedem anderen Staatsbürger. Sie aber alarmierten
e Gerichte in der beglückenden Ueberzeugung, daß in Großpreußen
e Gesetze nur für die Kamille da sind, ein Offizier aber über
m Gesetz steht.

Diese Politisierung des Offizierkorps, die wieder unter der
ordnung: Fernhaltung der Politik von der Arme getrieben wird,
nzeichnete Genosse Schulz mit manchem treffenden Wort und mit
echt hob er den bereits erwähnten und für den Geist des Offizier-
rps überaus charakteristischen Fall Köppen besonders stark hervor.
hm antworteten Erzberger, Wasseremann, Strom-
c d., also drei, aber der Erzberger war der langweiligste unter ihnen.

Politische Uebersicht.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus nahm am Dienstag zunächst in zweiter
nd dritter Lesung die Vorlage betreffend Erweiterung der
stadt Köln unverändert an. Bedenken wurden nur von einem

Teil der Konservativen erhoben, die sich bekanntlich aus politischen
Erwägungen heraus gegen Eingebungen auszusprechen pflegen.

Hierauf überwies das Haus nach kurzer Beratung den Geset-
entwurf betreffend die Rentenbanken an die Agrarcommission
und den Entwurf betreffend weitere Beschäftigung von
Hilfsrichtern beim Oberverwaltungsgericht an
eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern. Von verschiedenen
Seiten wurden lebhafteste Bedenken gegen die Einrichtung von Hilfs-
richtern bei dem höchsten Gerichtshof geltend gemacht.

Der Rest der Sitzung wurde durch die weitere Beratung des
Kapitels „Höhres Schulwesen“ vom Kultusetat ausgefüllt.
Die Debatte hierüber verlief sich völlig in Einzelheiten.

Am Mittwoch geht die Beratung des Kultusetats weiter und
zwar soll nach Erledigung eines fortschrittlichen Antrags betreffend
Regelung des Privatunterrichts, das Elementarunterrichtswesen an
die Reihe kommen.

Auf stolzen Rossen.

Das „Berliner Tageblatt“, dessen auffallende Haltung
in der Berliner Elektrizitätsfrage wir wiederholt zu behandeln Ver-
anlassung hatten, setzt sich auf das größte Pferd in seinem Stalle
und langelt uns sehr von oben herunter ab. In seinem begreif-
lichen Aerger über unsere Feststellung, daß sein Gebaren einzig und
allein dem Hause Rathenau, das heißt nämlich der Allgemeinen
Elektrizitätsgesellschaft zugute kommt, geht ihm aber der Gaul mit
der Logik durch. Es ergeht daher letztere durch sinnlose Schimpfereien
über angeblichen „Revolverjournalismus“.

Bisher bezeichnete man mit Revolverjournalisten jemand, der
seine Zeitung zur Erpressung privater Vorteile mißbrauchte. Ein
solcher Anwurf gegen uns sticht an seiner Lächerlichkeit, noch ehe er
zum Leben gekommen ist. Wir haben an der Lösung der Berliner
Elektrizitätsfrage nur das Interesse eines einfachen Bürgers unserer
Stadt; und wir suchen in diesem besonderen Falle nichts anderes
zu „erpressen“, als eine einwandfreie Haltung des
„Berliner Tageblatts“.

Wenn das Blatt glaubt, uns durch die Anwendung eines solch
gewählten Schimpfwortes von der Verfolgung unseres Vorhabens
abzuführen, so täuscht es sich gründlich. Wir haben von der
objektiven Feststellung, daß seine Haltung den Interessen des
Rathenau-Konzerns dient, nichts zurückzunehmen. Unsere
Ansicht wird auch nicht durch die Darlegungen des Generaldirektors
Emil Rathenau erschüttert, der just im gestrigen Abendblatt des
„Berliner Tageblatts“ der Redaktion ein Licht über die Berliner
Elektrizitätsfrage aufsteckt und dabei den von seinem Standpunkte
begreiflichen und geschickten Versuch macht, die Wucht unserer
Artikel durch die Behauptung abzuwägen, die „Frage (die Berliner
Elektrizitätsfrage) sei im Laufe der Erörterungen immer mehr von
einer wirtschaftlichen zu einer politischen Frage geworden.“

Der Zweck dieser Uebung ist natürlich, es so hinzustellen, als ob
die Sozialdemokratie ganz allein auf weiter Flur für die Verstadt-
lichung der V. G. B. kämpft. Das ist aber tatsächlich nicht der Fall,
sondern es kämpfen in gleicher Linie mit uns alle diejenigen, denen
das Wohl der Stadt über offene oder geheime Sonder-
interessen steht, und die sich nicht in einem — sagen wir
einmal höflich: umgekehrten Revolverjournalismus gefallen.

Gegen die bayerische Kammer der Reichsräte.

Die ablehnende Haltung der Kammer der Reichsräte gegen
die Regierungsvorlage für Gewährung eines staatlichen Zuschusses
zur Arbeitslosenversicherung der Gemeinden hat in der bayerischen
Arbeiterkammer den stärksten Unwillen hervorgerufen. „Nur mit
diesem Parlamentsgebilde“ heißt daher die Losung, die auch in
einem Aufruf des Landesvorstandes der Sozialdemokratischen
Partei Bayerns zum Ausdruck gelangt.

In dem sozialdemokratischen Appell wird gesagt:

„Mit der Ablehnung wollte, abgesehen von ihrer grundsätz-
lichen Wegernschaft gegen eine staatlich geordnete Sozialpolitik,

eigenen werten Ich loskettiert. Nicht den Kräftmenschen spielt er, der
sagend und schweigend das Rad der Weltgeschichte vorwärts-
drehen mußte, sondern schamlos und einfach will er erzählen, was
ihn mit dem großen Kampf der Zeit verknüpfte und was er für sich
erlitt und erlebte. So findet sich in den Denkwürdigkeiten mancher-
lei zusammen: Lebensgeschickale des Verfassers, historische Reminis-
zenzen, soziale Schilderungen, politische Erwägungen, Anekdoten,
Porträts von hervorragenden Menschen, denen er begegnete, Lustiges
und Trauriges, Politisches und Persönliches, Wichtiges und Neben-
sächliches, aber just das Nebenmäßliche gibt, um auf Fontane zu-
rückzugehen, das eigentlich Remahlische.

Als Wilhelm Vlos am 5. Oktober 1849 in Weismann, an der
Mündung der Tauber in den Main, zur Welt kam, hatten in
Waldheim gerade die Schiffe des preussischen Ständebuchs, unter
denen die deutsche Freiheit in den Sand vercharrt wurde. Wenn
er heranwachsend auch moncherlei vom „tolle Jahre“ reden hörte,
so ward ihm doch nicht an der Wiege gezeugt, daß er einst
im Vorderkampf einer weit entschiedeneren und umfassenderen
Revolution als der 1848 er stehen werde. Sein Vater
war Arzt, seine Mutter entstammte einer begüterten Bürger- und
Ratherrnfamilie Weismanns. Als der Vater ein paar Jahre nach
der Geburt des kleinen Wilhelm starb, kam ein Stiefvater ins Haus,
ein brutaler Förster, dessen gegenrevolutionären Sinn es in helle
Wut brachte, wenn er in einem Bauernhause Hecker's verhöhtes
Bild an der Wand entdeckte. Auch als Vlos der harten Jucht
dieses Mannes entronnen war, bei dem er wirklich sein Brot mit
Tränen aß und im Hause der Großmutter wohnte, bewegte er sich
zwischen den vier Wänden einer spießbürgerlichen Beengtheit und
Begrenztheit, die nicht zur Entfaltung seines Freiheitsdranges be-
trug. Viel anders ward es nicht, als er Oetern 1866 die Unter-
sekunda des Weismannschen Gymnasiums verließ, um in Mannheim,
damals einer Stadt von 40000 Einwohnern, in einem Kaffee-
Engros-Geschäft die ersten Weichen Neffens zu erlangen. Bald schon
scheiterte der Versuch, aus Vlos einen geschäftstüchtigen Kaffeehändler
zu machen, und da die Behörde dem hartnäckigen Stiefvater die
Vormundschaft abnahm und der Kaufmannslehrling, A. D. über
einiges Vermögen vom Vater her verfügte, konnte er an einen Ver-
such der Hochschule denken. Zunächst galt es eine „Samel-
blende“ oder „Samelpreffe“ in Breitenbrunn zu besuchen, die
ihre Jünger mit Hochdruck auf die Reifeprüfung vorbereitete.
Nach beendeten Examen bezog Vlos die Universität
Freiburg i. B. und war als flottes Vorkamp, der mit Stolz das blau-
weiß-rote Band der Rheinlanen trug, alles andere als ein Dudenläufer
oder Spielverderber. Mit vollen Jagen kostete er die Ungebunden-
heit des akademischen Freiens aus, mehr auf dem Fußboden und
in der Kneipe zu Hause als im Hörsaal. Aus jenen munteren Tagen
hat er sich das fröhliche Herz bis in das siebente Jahrzehnt seines
Lebens hinübergerettet und nur Pharisäer mögen mit ihmigen
Behagen sich darüber entsetzen, daß auch Vlos nicht in der Rahrung
und Gewandung Johannes des Täufers das erstrebenswerte Vorbild
für einen Vorkämpfer der Arbeiterklasse erblickt.

Aber auch die akademische Zeit ging jäh zu Ende, denn da der
Stiefvater das dem Studenten gehörige Vermögen launisch über-
haupt nicht auszählte, reiste Vlos zur Klärung der Verhältnisse
überhaupt nicht auszählte, reiste Vlos zur Klärung der Verhältnisse
nach Hause. Hier wurde ihm von der Großmutter eröffnet, er
müsse eine Stelle annehmen, und flugs trat er als Volontär beim
Hauptzolamt in Ueberlingen gewissermaßen durch die eine Tür ein,
um es durch die andere Tür wieder sehr schnell zu verlassen. In

die Mehrheit der Reichsratskammer die sozialdemokratische
Partei und die gewerkschaftlichen Organisationen treffen. Diese
Absicht ist allerdings, wie die nahe Zukunft lehren wird, gründlich
müßlingen; dagegen trifft der Schlag die Regierung und die
Krone, deren völlige Machtlosigkeit gegen den feudal-kapitali-
stischen Herrschaftskrieg vor aller Welt enthüllt wird. Dann
aber sind die Leidtragenden die Armen, die schuld-
los arbeitslos geworden, und ihre Familien. So offenbart sich
also die christlich-monarchische Empfindung der Reichsten im
Lande für die ungeschuldeten Opfer der kapitalistischen „Ordnung“.
So hindern sie den Staat, den sie als das Herrschaftsgebiet ihrer
eigenen kapitalistischen Verreicherungsansprüche betrachten, auch an
dem geringsten Schritte einer organischen Beseitigung des
Majennelands der Arbeitslosigkeit. So beweisen sie allen Den-
kenden, allen sozialpolitisch Empfindenden die Wahrheit der
sozialdemokratischen Auffassung vom kapitalistischen Klassen-
staat. Parteigenossen! Es gilt, an der Hand dieses ungemein
aufklärenden und aufrüttelnden Beispiels die Erkenntnis von
der Gemeingefährlichkeit einer solchen „Ordnung“ in die weite-
sten Kreise zu tragen. Unter der Losung: Nieder mit der
Reichsratskammer! soll eine umfassende Bewegung im
ganzen Lande eingeleitet werden, die, gefördert von unserer
Parteipresse und durch Parteivorstellungen, dem nächsten
Sitztag der Reichsratskammer, der Befestigung der Reichsrats-
kammer, zu dienen hat.“

Die bayerische Staatsregierung hat nach Ablehnung der Ar-
beitslosenversicherung im Reichsrat beschloffen, in der Zweiten
Kammer, an welche die abgeordnete Vorlage von der Reichsrats-
kammer zurückgeht, eine Ministerialerklärung abzugeben, wonach
sie an der staatlichen Förderung der Arbeitslosenversicherung in
Bayern unvermindert festhält und sich für alle Fälle die Wieder-
einbringung der Staatsforderung im Interesse der Arbeiter
vorbehält.

Das Verlangen nach dem Zigarettenmonopol.

Der Verband deutscher Zigarettenfabrikanten hat an Reichstag
und Bundesrat Eingaben gerichtet, in denen die Einführung des
Zigarettenmonopols verlangt wird. Die Kosten der Ablösung der
bestehenden Betriebe werden auf 215 Millionen Mark berechnet. Die
sonst noch entstehenden Kosten auf 125 Millionen, so daß die
Monopolanstalt eine Schuldenlast von 340 Millionen Mark mit
20% Millionen Mark pro Jahr zu verzinsen hätte. Die Einnahme
wird auf 161 Millionen Mark berechnet gegenüber 76 Millionen
Mark, die das Reich im laufenden Jahr an Zoll und Steuer für
Zigaretten einnimmt. Menschenfreundlich fügt die Denkschrift hinzu,
daß die Monopolsumme um 25-30 Millionen erhöht werden
könnte, wenn der Preis der billigen Zigarette auf 2 Pf. herauf-
gesetzt würde.

In Gnaden entlassen.

Die große Ministerkrise im Herzogtum Koburg-Gotha ist beendet.
Der bisherige Staatsminister Dr. v. Richter muß gehen. Wie aus
Koburg gemeldet wird, hat der Herzog den Staatsrat Hartold
v. Boffewitz in Koburg zum Wirklichen Geheimen Staatsrat und
Dirigierenden Staatsminister zu erneuern „geruht“.

Der Reichsverband der deutschen Presse für die Nachrichtenstelle im Kriegsministerium.

Der Geschäftsführende Ausschuss des Reichsverbandes der
deutschen Presse hat sich veranlaßt gefühlt, zu dem Beschlusse der
Budgetkommission des Reichstags, der die für das Presseferat im
Kriegsministerium geforderten Mittel ablehnt, Stellung zu nehmen
und die nachfolgende Petition an den Reichstag zu richten:

„In den hohen Reichstag richtet der Reichsverband der deut-
schen Presse als die berufene Vertretung der deutschen Redak-
teure ohne Unterschied der Parteien die dringliche
Bitte, entgegen dem Beschlusse der Budgetkommission die Mittel
für die Nachrichtenstelle im Kriegsministerium unberührt zu be-
willigen und auch weiterhin den Ausbau des Nachrichtendienstes
den Bedürfnissen der Presse entsprechend fördern zu helfen. Das
Presseferat im Kriegsministerium ist in seiner jetzigen Gestalt
auf eine Anregung des Reichsverbandes der deutschen Presse hin

Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten.*)

Die Verwirklichung dieses leuchtenden Ideals
lag in weiter Ferne; das wußte ich. Aber
ich beschloß, ihm mein Leben zu widmen.
Wilhelm Vlos.

Unter jedem Grabstein ruht nach einem Wort Heinrich Heines
eine Weltgeschichte. In der Tat spiegelt sich im Leben eines jeden
Menschen und zumal eines, der nicht als Stubenhocker hinter dem
Jenigen blieb, wenns draussen stürmte und gewitterte, nicht nur
das allgemeine Weltgeschehn wieder, sondern jeder Mensch lebt
teiles allgemeine Weltgeschehn auf seine besondere, persönliche Art
ist. Nichts spricht deshalb lebhafter und unmittelbarer zu unserm
Geist als die Erinnerungen, in denen bedeutende Zeitgenossen oder
Jenseitigen einer bedeutenden Zeit von dem Gang ihrer Tage be-
schränken, und es ist darum auch mehr als einem Gesichtswinkel
anzusehen, daß auch eine sozialistische Memoirenliteratur heran-
zuwachsen beginnt. Kurz nach dem dritten Band von Hebel's
edendbuch erschienen die Denkwürdigkeiten eines Parteigenossen,
er jahrzehntelang mit Hebel Seite an Seite in der sozial-
demokratischen Fraktion saß und ihr noch heute als Vertreter eines
heimschwäbiger Wahlkreises angehört: Wilhelm Vlos. Ebenso
ist durch seine politischen und parlamentarischen Wirken ist Vlos
auch seine historische und literarische Tätigkeit bekannt: sein
Beitrag über die deutsche Revolution von 1848 ist vollständige Ge-
schichtsschreibung im besten Sinne des Wortes und sein historischer
Roman „Der Prinzipienreiter“ erquält durch die Frische und An-
schaulichkeit, mit der er vorwärtsliches Einzelstücken schildert.
Der Vlos ist auch als Mensch eine Lebenswerte und liebens-
würdige Gestalt: kein kalter und darrer Fanatiker, der mit Formeln
ur und Schablonen arbeitet, sondern ein Kämpfer, der sich unter
er Eichenhülle des Panzers ein warmes und junges Herz bemahrt
at, und auch das ist eine Eigenschaft, die neben den politischen,
historischen und literarischen Qualitäten dem Gehalt seiner Den-
kwürdigkeiten zugute kommt. Träge er nicht das Schwert in den
rohen Freiheitskämpfe, so möchte man das Wesen von Vlos mit
em Theodor Fontane vergleichen, von dem er ein gutes Wort
einem Buch voranstellt: „Das Nebenmäßliche gilt als nichts, wenn
es bloß nebenmäßig ist, wenn nichts darin steckt. Steckt aber was
drin, dann ist es Hauptstück, denn es gibt einem dann immer das
eigentlich Menschliche.“ Wie Fontane steht auch Vlos den
Dingen mit einer gewissen Anschaulichkeit gegenüber und wie der
Reiz des modernen Romans erfreut sich auch unser Freund eines
Humors, der nie verlegt, aber auch nie an der Oberfläche bleibt,
ondern letzten Endes den Wert einer philosophischen Welt-
erachtung hat. Wie Fontane weiß Vlos aus der
fülle seiner Erlebnisse und Erfahrungen heraus reizvoll
u plaudern. Und wie Fontane ist Vlos eine un-
eierliche, schlichte Natur, die sich weder im Leben noch im
Buch in die Brust wirft, Wesen annimmt oder mit dem

*) Wilhelm Vlos. Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten.
fester Band. Bei G. Wirt & Co. (G. m. b. H.) in München. 1914.

seinem dunklen Drange sich des rechten Weges keinesfalls bewußt
wurde er durch einen demokratisch gestimmten Rechtsanwalt
Sautschan aus Mannheim auf seinen eigentlichen Lebensberuf
hingewiesen: „Ich weiß, wozu Sie taugen. Werden Sie Journalist.“
Und der Einundzwanzigjährige wurde Journalist.

Aber seines Weidens an dem demokratischen „Konstanzer Volks-
freund“ war nicht lange, denn die dem Kriege von 1870/71 folgende
nationalliberale Welle wälzte das Blatt bald hinweg. Dafür fand
Vlos Unterhalt in der Redaktion des „Schwarzwälder Voten“ in
Oberndorf am Neckar. Seine Stellung war hier nicht schlecht, und
man umlebte bereits von seiner bevorstehenden Verlobung mit der
Tochter des vermögenden Zeitungsbefizers; aber der junge Redak-
teur dachte nicht daran, seine Freiheit zu verkaufen. „So send“,
sagte ihm damals achselzuckend eine gewichtige Persönlichkeit, „halt
mit weckflug gwä!“ Und in der Tat, weckflug im Sinne ver-
sorgungsbefähigter Wälsbürger war Vlos nicht. Dafür ging ihm,
der sich bis jetzt im radikal-demokratischen, aber durchaus bürgerlichen
Vorstellungen bewegt hatte, in Oberndorf eine neue Welt auf. Von
einem Maschinenmeister des „Schwarzwälder Voten“ auf die soziale
Frage hingelenkt, die auch nach Verwirklichung des demokratischen
Programms ungelöst bliebe, vertiefte er sich in Lassalle's
Schriften und las eifrig den von Liebknecht redigierten
„Volksstaat“. Als Dreiviertel-Sozialdemokrat schon begab er sich
nach Würzburg, um hier aus seiner neuen Stellung am „Würzburger
Journal“ Annull und Paal entlassen zu werden, weil er der Kom-
municationsminister die über Verurteilung zu neuerelementarischer
Hast einen anerkennenden Artikel gewidmet. In Würzburg kam Vlos
noch als Redakteur eines bürgerlichen Blattes in näheren Verkehr
mit sozialdemokratischen Arbeitern und hier vollzog sich ganz und
gar seine Umwandlung zum Sozialdemokraten.

Auch für den sozialdemokratischen Journalisten war das Leben
anfangs unruhig genug. Redakteur am „Drainschwäbiger Volksfreund“
seit Januar 1872, seit Frühjahr 1873 am Leipziger „Volksstaat“,
dann in Mainz, Frankfurt und Offenbach, danach von Herbst 1876
am „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ und seit 1877 Mitglied des
Reichstags für Neuh. L. — das war ein Leben voll Arbeit und
Anstrengung, voll großer Kämpfe und kleiner Streitereien, ein Leben
in Entbehrungen und im Gefängnis, aber auch ein Leben voller
Anregung und Inhalt und im Verkehr mit wertvollen Menschen —
Hebel und Liebknecht sah er zum erstenmal, als er sie von
Leipzig aus in ihrer Hubertusburger Haft besuchte, Karl Marx
holte ihn einmal aus dem Gefängnis ab. Alle Strapazen, namentlich
die der Agitationstätigkeit hatten die Gesundheit des jungen
Kämpfers so zerrüttet, daß er an häufigem Lungenbluten litt und
seinen Tod nicht mehr fern glaubte. „Ja wahr“, schreibt Vlos von
dem Eisenacher Vorlesung von 1875, „an jedem Tage schiedlich viel
Blut aus. Aber ich beschloß doch, die Wahlkitation ohne Schonung
meiner Gesundheit mitzumachen. Denn ich rechnete mit meinem baldigen
Ende, was übrigens auch andere Leute taten, und da wollte ich
mich zum Schluß noch recht nützlich erweisen.“ Diese flammende
Begeisterung für die große Sache, mit der er den letzten Hauch
daranzulegen bereit war, entloh ihn auch jeden Kleinsten, als 1878
das Sozialistengesetz niederprasselte und ihm die Ausweisung aus
dem Hamburg-Altonaer Gebiet brachte.

Die Zeit des Sozialistengesetzes umfaßt der zweite Band der
Denkwürdigkeiten, von dem jeder Leser des ersten wünschen wird,
daß er bald erscheine.

Gewerkschaftliches.

Die Maifeierausperrung der Berliner Holzarbeiter.

In der am Montag abgehaltenen Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes berichtete der zweite Bevollmächtigte Guth über den Ausfall der Maifeier und der Ausperrung. Er sagte u. a.: Die diesjährige Maifeier hat stark gelitten unter den Folgen der wirtschaftlichen Krise und der langen Arbeitslosigkeit.

Die Ausperrung ist bedeutend geringer, als man nach Lage der Verhältnisse annehmen konnte. Der Arbeitgeberverband hatte, abweichend von seinem Verhalten in früheren Jahren, in diesem Falle keine bestimmte Parole für die Ausperrung gegeben.

Table with 3 columns: Workers, Days, and Status. Rows show data for 2516 workers in 131 enterprises and 3500 workers in 187 enterprises.

In 23 Betrieben wurden 67 Arbeiter entlassen. In den meisten Fällen erstreckt sich die Ausperrung nur auf einen Tag. — Wenn die Beteiligung an der Maifeier geringer war wie früher, so ist sie doch keine schlechte, denn in manchem anderen Beruf ist die Feier noch geringer ausgefallen.

Glocke kritisierte das in „Vorwärts“ bereits besprochene Verhalten der Unternehmer, die Maifeier durch eine protokolllarische Erklärung vor dem Gewerbegerichtsvorsitzenden v. Schulz als Vertragsbruch zu stempeln. Die Abgabe dieser Erklärung — sagte der Redner — ist unzulässig und unangenehm.

Kleines Feuilleton.

In der Densersauf des Zarismus. Im Jahre 1849 sah der russische Dichter Fedor Dostojewski als Strafbefehlener in der Kaserne der Festung und sah der Entscheidung seines Prozesses entgegen. Diese Entscheidung lautete bekanntlich auf Todesstrafe, und erst im letzten Augenblicke vor seiner Hinrichtung wurde der Dichter durch den Jaren zur Verschickung nach Sibirien begnadigt.

Ein ergreifendes Bekenntnis seiner geistigen Verfassung legt Dostojewski in folgenden Worten ab: „Seit fast fünf Monaten lebe ich ausschließlich von meinen eigenen Mitteln, d. h. von meinem Kopf allein und somit von nichts.“

Die erschütternde dieser „menschlichen Urkunden“ ist aber der Brief, den Dostojewski am Tage seiner Hinrichtung, das will sagen: nachdem er unmittelbar vor dem Tode gestanden hatte und begnadigt worden war, geschrieben hat. Dieser Brief lautet: „Heute, am 22. Dezember, wurden wir alle nach dem Semjonow Platz verbracht. Dort verlas man uns das Todesurteil, ließ uns das Kreuz küssen, zerbrach über unseren Köpfen den Degen und machte uns die Todes toilette (weiße Hemden).“

der Vertrauensmännerversammlung ihre abweichende Meinung zum Ausdruck zu bringen. Das ist aber nicht geschehen. Nachdem die Vertrauensmännerversammlung die Arbeitsruhe beschlossen hatte, mußten sich alle Kollegen diesem Beschlusse fügen.

Diese Ausführungen Glockes wurden mit Beifall aufgenommen und durch mehrere Diskussionsredner unterstützt. Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Maifeier in Zukunft wieder eine umfangreichere werden möge.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Berliner Eisarbeiter ist nach einer Dauer von 30 Wochen und nach wochenlangen Verhandlungen durch Vergleich beendet. Seit Mitte März wurden Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen geführt; aber die Angebote der Fabrikanten waren so minimal, daß sie wiederholt von den Streikenden abgelehnt wurden.

Massenentlassungen von kaufmännischen Angestellten.

Durch die Tagespresse ging vor einigen Tagen die Nachricht von der Kündigung von 900 Angestellten des Warenhauses Wolf Wertheim S. u. N. Damit fallen zahlreiche Angestellte dem Elend der Arbeitslosigkeit anheim. Nun wird zwar in den Mündungsschreiben des Konkursverwalters Gardegen den Angestellten ein eventuelles Neuzugewinnen in Aussicht gestellt.

dringend geraten werden, sich rechtzeitig um eine neue Stellung umzusehen, da bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage und der großen Masse stellenloser Angestellter die Erlangung einer neuen Stellung ohnehin schwierig genug ist.

Achtung, Bauarbeiter! Seit dem 2. April d. J. befinden sich die Müstiner Bauarbeiter im Streik. Der Maurer Freymann wirbt Arbeitswillige für die dortigen Unternehmer in Berlin im Lokal von Habermann, Neue Gohrstr. 49, an.

Wir erlauben die Berliner Bauarbeiter, das Anstehen zurückzuweisen und strengste Solidarität ihren Arbeitsbrüdern gegenüber zu üben. Zugug ist fernzuhalten. Die Bezirksleitung.

Der Streik der Bäcker.

Den Firmen Goldacker und Hanke u. Co., Inhaber Weidner, wird, wie es scheint, der Erfolg ihres Vorgehens bereits recht unbehagen.

In dem Inseratenteil des „Lokalanzeigers“ vom Dienstag morgens, Arbeitsmarkt, finden wir folgendes Inserat: „Suche einen Oberkassabücher oder Oberkassabücher, der genau mit der Buchdruckmaschine (Cucupresse) bescheid weiß.“

Diese Stelle wurde bisher nur mit monatlich 132 M. bezahlt! Ganz zweifellos wird der „Kassabücher“, der an Stelle der Streikenden an diesen Posten gestellt wurde, so überaus „tüchtig“ gewesen sein, daß Goldacker jetzt gewaltig in denbeutel greifen muß, um brauchbare Ersatzkräfte heranzuziehen.

Den Bewerbern kann aber nicht dringend genug geraten werden, sich die ihnen angebotene Stelle erst genau anzusehen! Der betreffende Arbeitsraum wird als ein überaus ungeeignet bezeichnet. Im Winter ist es so kalt, daß die Arbeiter nur mit warmen Pantinen und Oberkleidung überleben, ihre Arbeit verrichten können.

Das Verteilen der Zettel vor den Geschäften scheint Goldacker besonders auf die Nerven gefallen zu sein. Seine überhasteten Anreißer, die jedenfalls in der Bäckerei nicht mehr genügend beschäftigt werden können, werden auf die Zettelverteilung geht, wobei sie selbstverständlich die zu verantwortende Unterweisung der Polizei finden.

Unter Hinweis auf das heutige Inserat, nach welchem die Firma Paul Hanke erklärt, daß sie absolut mit dem Vorgehen Weidners nichts zu tun habe und alle derartige Gerüchte für sie aus der Luft gegriffen bezeichnet, erklärt die Zeitung des Bäckerverbandes:

Herr Weidner hat anscheinend mit bestimmten Hintergedanken der Verbandsleitung die Ueberzeugung beibringen wollen, daß Paul Hanke nur warten wolle, ob der Coup der Weidner gelingen würde, um dann dasselbe zu versuchen! Herr Weidner hat sogar schriftlich der Verbandsleitung zu versichern gegeben, daß noch andere Manipulationen im Gange seien, wodurch der Verband und die Arbeiterschaft in noch größerem Maße geschädigt würden.

Die Bäckereien der Firma Hanke u. Co. sowie die Bäckerei von Goldacker bleiben noch wie vor für Verbandmitglieder gesperrt.

mein Bruder, und an die Feinigen; in dieser letzten Minute standst Du allein vor meinem Geiste; da fühlte ich erst, wie sehr ich Dich liebe, mein geliebter Bruder! Ich hatte noch Zeit, Kleinfischer und Duron, die neben mir standen, zu umarmen und von ihnen Abschied zu nehmen.

Kollenshader. Ein alter Schmierenhändler, der in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts in Deutschland sein Wesen trieb, spulte vor einiger Zeit in der bürgerlichen Presse. Der geriebene Herr kannte die Spielwut der Schauspieler und pflegte darum die besten Rollen seiner Stücke öffentlich meistbietend an seine Darsteller zu versteigern, wobei z. B. in den „Mäubern“ Preise herauskamen, die von 2 Gulden auf 30 Kreuzer herabgingen.

Wenn der Mann derartige geschäftliche Manöver heute in Berlin einführen wollte, würde er einem mitleidigen Lächeln verfallen. Der Kollenshader hat zwar manchem Berliner Direktor durch faule Zeiten hindurch geholfen; er wurde dann aber auch mit einem ganz anderen Glanz bedient. Hatte eine Schauspielerin einen reichen „Freund“, konnte sie sich allerdings Rollen kaufen, aber selbstverständlich nicht für eine lumpige Gulden. So richtig der alte Schmierenhändler auch die Idee begriffen hatte, in der Ausführung war er ein Stümper.

Zwei Gulden für einen Karl Noth? Die bürgerliche Presse wipelt mit Recht.

Der „Mittelpunkt Deutschlands“. Mit was für Irrtümern und zwecklosen Zeug sich oft die sogenannten „amtlichen Stellen“ abgeben, erfährt man aus der erschütternden Mitteilung, daß es ihnen nunmehr nach äußerst sinnreichen und anstrengenden Messungen gelungen ist, den geographischen Mittelpunkt des Deutschen Reiches festzustellen! Er liegt — wie ich ein laum zu erwartendes Glück — in Preußen! Der Provinz Sachsen ist dieses Glück widerfahren, und der befehligte Gemeinderat des Dorfes Krinna im Kreise Bielefeld, das den gesuchten Punkt umschließt, will umgeben an diesem „Mittelpunkt Deutschlands“ einen Gedenkstein errichten!

Die anstehende Niesenschildkröte. Als Darwin auf der durch seine Forschungen zu einem Markstein der Geschichte der Naturwissenschaft gewordenen Weltreise die Inselgruppe der Galapagos im Stillen Ozean unweit der Westküste von Amerika besuchte, war

er überwältigt von der Menge der Niesenschildkröten, die auf diesem Eiland lebten und ihnen auch den Namen der Schildkröteninseln eingetragen haben. Jetzt, nachdem fast 80 Jahre seit seinem Besuch vergangen sind, sind die von ihm am meisten bewunderten Arten ganz oder nahezu ausgestorben. Die Elefantenschildkröten freuten sich noch im Jahre 18, aber die von Darwin als Testudo abingdoni bezeichnete Art ist bereits gänzlich verschwunden. Dabei machen die Galapagos ihrem Namen insofern immer noch Ehre, als sie die einzigen Inseln geblieben sind, wo man diese riesenhaften Reptilien überhaupt noch anzutreffen erwarten darf.

Notizen.

— Ein Bildnis Hans Thomas, das sein Lehrer Hans Caron von ihm auf der Karlsruher Kunstschule in den 60er Jahren gemalt hat, wurde für die Nationalgalerie erworben.

— Kunstchronik. Der Sturm, Potsdamer Str. 134a, zeigt auf seiner 25. Kunstausstellung zum ersten Male kollektiv die Gemälde des Kubisten Oskar Rubin. Ferner sind neu ausgestellt futuristische Gemälde von Marc Chagall.

— Der Maler Hans Basse, der die Farbenpracht Siziliens, besonders des sizilianischen Meeres in immer neuen Variationen gefeiert hat, ist in seiner zweiten Heimat in Taormina gestorben. In den letzten Jahren hatte er auch märkische Landschaften gemalt. Basse war 1867 in Berlin geboren.

— Alle New Yorker unter ärztlicher Kontrolle — das ist das Ziel, dem der Gesundheitsbeamte der Stadt, Dr. Goldwater, zustrebt. Einmal im Jahre sollen nach diesem Plan alle 5 Millionen Bürger New Yorks eine eingehende ärztliche Untersuchung über sich ergehen lassen. Unter den Beamten des Gesundheitsamtes ist dieser Gedanke bereits durchgeführt; demnach werden alle städtischen Beamten an die Reihe kommen, und schließlich soll die ganze Stadt der regelmäßigen ärztlichen Kontrolle unterliegen. Kamentlich für die Bekämpfung von Krebs und Tuberkulose würde die Maßregel segensreich wirken.

Aus dem Fleischergewerbe. Der Fleischermeister Bachmann, Bericht Nr. 11, weigert sich, den Tarifvertrag der Fleischerorganisation anzuerkennen. Bei der Unterhandlung erklärte Herr Bachmann, er habe mit der Fleischerinnung den Streikredaktariat abgeschlossen. Die Organisation hat über den Betrieb der organisierten Fleischergehilfen die Sperre verhängt.

Der Fleischermeister Otto Kramer, Reutlingen, Weferstraße 213, der mit der Fleischerorganisation im tariflichen Verhältnis steht, hat den Tarifvertrag gebrochen. Der Betrieb ist für die Organisation gesperrt.

Die Tarifkommission.

Deutsches Reich.

Die Glasmacher in Kauscha revidieren in den drei Glashütten (Wehr, Girsch, E. Hentschel Nachf. (Ind. Gebr. Greiner) und Rob. Greiner die Kündigung ein. Die Ursachen dazu sind Tarifstreitigkeiten. Am 1. April war der bisher bestehende Tarif abgelaufen. Schon Anfang Februar hatten die Arbeiter der drei Betriebe einen neuen Tarif eingereicht. Die Unternehmer haben es aber fortgesetzt verstanden, die Verhandlungen hinduzuziehen. Die Kündigung läuft am Sonnabend, den 16. Mai ab. In Betracht kommen rund 250 Beschäftigte.

Die tariffrühigen Malermeister in Rheinland-Westfalen, die wegen ihres Disziplin- und Tarifbruchs im vorigen Jahre aus dem Hauptverband der Unternehmer ausgeschlossen werden mußten, sträubten sich noch immer, den Tarif anzuerkennen. Doch schon wird es ihnen recht unbehaglich zumute. Dort, wo die Malergehilfen nicht ohne Tarif bekommen, was sie nach dem Reichstagsvertrag beanspruchen könnten, gibt es Konflikte. Verschiedene Firmen wurden gesperrt, in anderen Städten streifen die Gehilfen. So werden die Herren Unternehmer noch manche unruhige Stunde haben, wenn sie in ihrem Tarifbruch weiter verharren. Dieses Verhalten der Unternehmer beleidigt die Organisationsfähigkeit der Gehilfenorganisationen, wird doch dem interesselosesten Arbeiter gezeigt, was er zu fürchten hätte, wenn seine Organisation nicht dauernd auf dem Posten wäre. Die Tarife würden verschwinden und die schlimmste Lohnrückerei einreißen.

Ausland.

Die gewerkschaftliche Organisation in Italien.

Anfang Mai tritt in Mantua der aller drei Jahre stattfindende Kongress der Konföderation der Arbeit, der Zentralorganisation der italienischen Gewerkschaften, zusammen. Der Sekretär der Konföderation, Genosse Rigola, gibt in seinem dem Kongress vorgelegten Bericht einen Überblick über den derzeitigen Stand der Gewerkschaftsbewegung. Dabei analysiert er auch die Ergebnisse der letzten Berufszählung, um festzustellen, wie groß die Zahl der überhaupt organisierbaren Italiener im Alter von 16 bis 60 Jahren ist. Da Italien ein Land des kleinen Grundbesitzes und überhaupt der kleinen Betriebe ist, kommt man zu einer im Vergleich zur Gesamtbevölkerung von über 33 Millionen recht geringen Zahl. Organisierbar wären nur 7 850 000. Von diesen entfallen 3 398 850 Männer und 1 541 350 Frauen auf die Landwirtschaft, und 2 149 050 Männer und 850 850 Frauen auf die Industrie, das Transportgewerbe und die häuslichen Dienste. Tatsächlich organisierbar ist von dieser proletarischen Masse wenig mehr als der zehnte Teil, nämlich 800 000 Arbeiter. Landarbeiter sind davon 408 148, Industriearbeiter 452 854. Auf die verschiedenen Arten von Organisationen verteilen sich diese Organisierten wie folgt: auf die freien Gewerkschaften, die ihre Organisierten einerseits in Arbeitskammern und andererseits in Zentralverbänden zusammenschließen, entfallen 74 Proz. der Gesamtzahl, auf die katholischen Organisationen 12 Proz. und auf die inmalistischen und sozialistischen 14 Proz. Der Konföderation angegeschlossen ist nur ein Teil der freien Gewerkschaften; ihr Organisiertenbestand betrug zu Beginn des laufenden Jahres 327 312. Die gewerkschaftlichen Zentralverbände, deren in Italien 22 bestehen, zählen nahezu 200 000 Mitglieder. Die erste Stelle nimmt das Syndikat der Eisenbahner mit 49 000 Organisierten ein, es folgen die Bauarbeiter mit 38 000, die Seeleute mit 28 000, die Typographen und die Föderation der Eisenbahner mit je 18 000, und die Metallarbeiter mit 10 200. Die Gesamtzahl der organisierten Frauen beträgt 91 061, worunter 67 719 Landarbeiterinnen.

Der Bericht Rigolas verbreitet sich auch über die Frage der gewerkschaftlichen Taktik und belagert die romantischen Methoden, nach denen die Syndikalisten die Arbeiter führen. Für die Konföderation sei der Streik ein notwendiges Uebel, für die Syndikalisten ein Sport, den sie gar nicht genug betreiben können. Sie verfahren wie gewissenlose Väter mit ihren Nachkommen: sie legen die Streiks in die Welt, ohne sich darum zu kümmern, mit welchen Mitteln sie leben werden. Die Konföderation will aber aus der gewerkschaftlichen Organisation mehr machen als eine Vereinigung zum Durchführen von Streiks. Sie will das Unterstufungsweien entwickeln, das Bildungswesen fördern und durch die Macht ihrer Masse einen Druck auf die Gesetzgebung ausüben.

Die verhungerte Sonntagsruhe.

Zu kraftvollem Protest versammelten sich am vergangenen Montag Handelsgehilfen und Handlungsgehilfen. Es galt noch einmal ganz entschieden Stellung gegen den Sonntagsruhegesetzentwurf zu nehmen, denn gar bald wird dieser unsoziale Entwurf das Reichstagsplenum beschäftigen. In dieser Spottgeburt von Dred und Feuer hatte der eine Regierungsvorschlag etwas für sich, der eine Einzelheit in die Unvollständigkeit der verschiedensten Ortsstatute, Ausnahmestimmungen usw. bringen konnte. Die haben heute im Deutschen Reich 16 Städte, die die völlige Ruhe eingeführt haben. Die meisten überbieten sich dann in munterer Reihenfolge an sozialer Unkenntnis. Es sind sogar Ortsstatute vorhanden, die eine zehnjährige Sonntagsruhe gestatten. Das ist natürlich ungeschicklich, denn laut Gesetz darf höchstens 5 Stunden gearbeitet werden. Eine Einzelheit ist also dringend vonnöten. Nichts da, beschien die Herren Steindl und Kollegen vom Zentrum. Und im Chorus stimmten ihm alle bürgerlichen Parteien zu und alle Anträge der Sozialdemokraten nieder. Mit Jnsinger Bauernkläwe argumentierte dieser Herr in der Sonntagsruhekommission folgendermaßen: Für den Bauer müssen Sonntags die Geschäfte geöffnet sein; denn einmal habe der außer dieser Zeit keine. Kommt er dann morgens zur Stadt, besucht er zuerst die Zeit binnee, dann das Wirtshaus — er kennt seine Poppenheimer — und dann geht er kaufen. Darum, mittlerweile wirds dann nach und nach Mittag, müssen die Geschäfte geöffnet bleiben. Diese hinterbärtige Auffassung, man sollte es nicht glauben, fand bei den bürgerlichen Zustimmung, und es wurde in der Kommission beschlossen, daß Städte über 75 000 Einwohner begrenztere Sonntagsruhe erhalten sollten. Für die unter 75 000 wären aber hierdurch der Reaktion alle Türen geöffnet. Da vor allem „besondere Verhältnisse“ zu berücksichtigen sind, so dürfte unter diesen Umständen manchem Handlungsgehilfen eine achtstündige Sonntagsarbeit winken; aber nur bis spätestens 7 Uhr abends. Starker Touristenverkehr — wo wäre der nicht zu fabrizieren — soll für manche Gegenden auch eine Verkaufszeit bis 7 Uhr abends ermöglichen. Fürwahr keine Aussichten für die im Gewerbe Tätigen. Es sind schlimmere Ausnahmen in den Entwurf hineingearbeitet worden, als in dem alten Gesetz vorhanden sind. Und dies zum großen Teil dem Kleinrentnerium zuliebe, das verbohrt in die ältesten vulgäre ökonomischen Vadenhülter vermeint, die Sonntagsruhe deraube sie ihres Profites.

Jetzt scheint der Kampfplatz etwas verschoben zu sein, da die Regierung sich hinter die Städte verhängt. Viele Städte petitionieren jetzt nämlich um völlige Sonntagsruhe. Es seien nur genannt Saarbrücken, Chemnitz, Nürnberg und ganz besonders Frankfurt a. M. Interessant ist es auch, daß aus der vollständig zentralistischen Stadtverwaltung Köln eine Petition anlangt, die die von dem Zentrum beantragte Differenzierung als unlogisch verwirft.

Und noch famoser wirkt der Kölner Erzbischof für die vollständige Sonntagsruhe. Er schreibt unter anderem, daß die Sonntagsruhe Gottes Gebot ist, oder: „Enteiltigt den Sonntag nicht durch frechtliches Arbeiten!“ Solches den Zentrumsleuten vorgehalten, wird von diesen abgelehnt, da die Sozialdemokratie in religiösen Dingen — religiöse Dinge? wer laßt da nicht — inkompetent sei.

All das fand in dem Referat, das Reichstagsabgeordneter Duark übernommen, eingehende Würdigung. Dieses gestaltete sich zu einer vernichtenden Kritik des vorliegenden Entwurfs, der ein Verbrechen an den im Handelsgewerbe Tätigen bedeutet. Des Genossen Duark vorzügliche und kenntnisreiche Rede endigte in der Mahnung, alle Kräfte zusammen zu nehmen, um in wuchtiger Massenbewegung den verpfuschten Entwurf, so er ins Plenum gelange, hinwegzutreiben.

Die Einmütigkeit der Protestierenden wird durch nachstehende einstimmig angenommene Resolution ausgedrückt:

Die in den Arminhallen tagende, von Handlungsgehilfen, Handlungsgehilfen und Handelsgehilfen gutgeachtete Versammlung erklärt die Durchführung der vollständigen Sonntagsruhe für die Handelsangehörigen als eine zwingende Notwendigkeit und sieht in jeder anders gearteten Regelung dieser Frage eine Mißachtung der berechtigten Wünsche der Handelsangehörigen. Die guten Erfahrungen, die mit der vollständigen Sonntagsruhe in einer Reihe deutscher Städte gemacht wurden, sprechen für die Durchführbarkeit der vollständigen Sonntagsruhe. Die Versammlung verpflichtet sich, mit aller Energie für die Erringung der vollständigen Sonntagsruhe tätig zu sein.

Jugendbewegung.

„Jung-Zentrum“ phantasiert.

Seit einigen Monaten erscheint die „Politische Monatschrift für die Jungmannschaft der Zentrumspartei, Jung-Zentrum“. Wenn die politische „Erziehung“, die es leistet, die der in die Pferde der Schwarzen geratenen Jugend Erfolg hat, dann wird die nächste Generation Zentrumsdiktatoren noch schlimmer als die jetzige. Man sehe nur, wie das Blatt im Aprilheft seinen Lesern einen jungen Sozialdemokraten schildert:

Soeben ist Feierabend in der Fabrik da drüben. Ein junger Mensch kommt hastend von schwerer Arbeit. Mühsam, Unzufriedenheit, Verbitterung und Haß gegen den reichen „Faulenzer“, all diese herben Empfindungen spiegeln sich auf dem arbeitsmüden Gesicht ab. Er geht in eine nahe gelegene Kneipe und greift hoffig nach einer Zeitung, deren Leitartikel er mit großem Interesse verschlingt. Es ist ein sozialdemokratisches Blatt. Der junge Mann liest es mit wachsendem Eifer zu Ende und trinkt ein Glas Bier nach dem anderen und raucht eine Zigarette nach der anderen. Dann legt er das rote Blatt beiseite und greift in die Tasche. Er zieht ein Gewerkschaftsblatt heraus und studiert es eifrig; es ist das Blatt einer sogenannten freien, d. i. roten Gewerkschaft. Dann verläßt er eilends das Lokal. Draußen summt er den Anfang der Arbeitermarxellaise vor sich hin und streift einige Offiziere und besser gekleidete Bürger, die ruhig des Weges kommen, mit neidischem, von Haß erfülltem Blick. Armer Junge, wärest du beizzeiten in gute Hände geraten, hättest statt der roten Zeitungen unsere Blätter gelesen, es wäre vielleicht ein zufriedener, wahrhaft glücklicher Mensch aus dir geworden, auf den Vaterland und Kirche stolz sein könnten.

Es ist immer noch anerkennenswert, daß „Jung-Zentrum“ den jungen Sozialdemokraten nicht mit einer Sännapfische, einem Dolch und einem Revolver ausgerüstet hat. Auch das Inbrandsteden einiger Kirchen und ein Raubmord in einem Pfarrhause hätte mit dazu gehört. Erst dann hätten die Leser den richtigen Begriff von der abgrundtiefen Verworfenheit eines Sozialdemokraten bekommen. Aber „Jung-Zentrum“ wird wohl noch hinzulernen und seine Räuber-geschichten über die Sozialdemokratie in verschämender Auflage fortsetzen.

Auf Jagow's Spuren.

Der Stuttgarter Polizeidirektor Dr. Wittinger verfällt bei seinem bevorstehenden Abgange ganz in die Krastiken seines großen Kollegen in Berlin. Besonders hat er es auf die Jugend abgesehen. Bei der Kaiserfeier ließ er den Festsaal von Polizisten umstellen und Jagd auf Jugendliche machen, die in den Saal wollten. In Gannstatt ließ er ferner am Sonnabend eine unpolitische Jugendversammlung polizeilich überwinden, und jetzt hat der Vorsitzende des Jugendausschusses für Württemberg eine Zuschrift Wittingers erhalten, in welcher mitgeteilt wird, daß die beantragte Genehmigung zu einem öffentlichen Umzug der Jugendorganisation verweigert wird, weil die Vereinigung „nicht etwa nur die Förderung der geistigen und körperlichen Entwicklung der schulentlassenen Jugend zum Zweck hat, sondern weil sie vor allem eine Einrichtung zur Vorbereitung jugendlicher Personen für die Aufgaben der Partei, zur Sammlung jugendlicher als künftige Parteimitglieder sei“. Zum Schluß heißt es: „Da hiernach diese Organisationen selbst den Strafgesetzen (§§ 2, 17, 18 Ziffer 6 des Reichsvereinigungsgesetzes) zuwiderlaufen und unerlaubt sind, kann für deren Veranstaltungen die vom Gesetz geforderte polizeiliche Genehmigung nicht erteilt werden.“

Herr Wittinger glaubt also auch, die proletarische Jugend aus der Welt schaffen zu können, wenn er sie für politisch erklärt. Erst recht wird jetzt die Arbeiterschaft dafür sorgen, daß die Arbeiterjugend zu ihrem Recht kommt.

„Arbeiter-Jugend“.

Die soeben erscheinende Nr. 10 des sechsten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Mehr Säuh den jungen Arbeitern! — Erlösung. Die Geschichte einer proletarischen Jugend. Von Fritz Sepp. — Der Kampf um den freien Sonntag. Von Gustav Koch. — Babylon. Von A. Ellinger. (Mit Abbildungen.) — Am Fabrikator. Gedicht von L. Vossen. — Ein Aseilstreifen auf die Arbeiterjugend. — Die Segner an der Arbeit. Von der Rechten der Kultur.

Beilage: Die Fischer. Erzählung von Johann Bojer (Fortsetzung). — Ein Diktator der Jugend. Von Konrad Haensch (Schluß). — Eine Harzwanderung. (Mit Abbildungen.) Von B. Voregel. — Die drei großen gleichischen Tragiker. L. Sophokles. Von Otto Koenig. — Verriät. Erzählung von Fritz Müller.

Soziales.

Staatsanwaltschaft und Innungsterroristen.

Wir berichteten neulich, daß bei einer Tarifbewegung der Fleischer im Bezirk Dresden ein Meister in Mägeln seiner Kundenschaft durch ein Inzerat in der Birnaischen Volkszeitung mitgeteilt hatte: „Der Tarif des Zentralverbandes der Fleischer ist anerkannt.“ Daraufhin erhielt er vom Vorstande der Freien Fleischerinnung des mittleren Elbals (St. Laubegast) einen langen Brief, worin es mit Bezug auf das Inzerat heißt:

„Wie Ihnen schriftlich mitgeteilt worden ist, hat die Innung... beschlossen, alle Anträge des Zentralverbandes der Fleischer auf Abschluß von Tarifverträgen abzulehnen und bei vorkommenden Boykottierungen sich der boykottierten Kollegen anzuschließen, die Nichtinhaltung des Beschlusses aber durch den Innungsvorstand mit zwanzig Mark Strafe

für jeden einzelnen Fall zu bestrafen. Der unterzeichnete Innungsvorstand sieht in dem... Schlusse ihres Inzerats nicht nur eine Nichtinhaltung des erwähnten Beschlusses, sondern einen schweren Verstoß gegen die Pflichten der Kollegialität und eine die gesamte Innung und ihre Mitglieder schädigende sittenwidrige Handlungsweise. Der Vorstand wirft deshalb... wegen Zuwiderhandlung gegen den bezeichneten Beschluß eine Geldstrafe von zwanzig Mark gegen Sie aus und sieht deren sofortiger Einzahlung entgegen. Er gibt Ihnen weiter auf, bei etwaigen künftigen Inzeraten und sonstigen Bekanntmachungen den... Schlusse hinwegzulassen und sich aller Bekanntmachungen des Inhalts, daß Sie den Tarifvertrag anerkannt haben, zu enthalten. Es wird Ihnen aufgegeben, sofort vom Vertrage zurückzutreten.“

Gegen diesen unerhörten Innungsterror rief der Terrorisierte die Staatsanwaltschaft an, die aber bezeichnenderweise die Einleitung des Verfahrens ablehnte. Nun hat auch die Oberstaatsanwaltschaft die gegen den Entschluß der Staatsanwaltschaft eingelegte Beschwerde abgewiesen mit der Begründung:

„Es ist nicht richtig, wenn dasselbe (das Beschwerdebeschreiben) davon ausgeht, die in Betracht kommende Inskript drohe dem Beschwerdeführer, falls er nicht dem Tarifvertrag zurücktrete, eine Strafe von 20 M. an. Der Inskript läßt sich, wie aus ihrem Wortlaut erhellt, eine Drohung irgendwelcher Art überhaupt nicht entnehmen. Es geht auch aus dem Inskript nicht hervor, daß deren Abtender den Beschwerdeführer, um dessen Willen zu bestimmen, an seiner Ehre verletzt hätte. Schon deshalb ist die Zügligkeit, gegen die Beschuldigten, sei es wegen verachteter Nötigung, sei es wegen Vorgehens nach § 153 der Gewerbe-Ordnung vorzugehen, zu verneinen. Auch der Tatbestand der Beleidigung erscheint nicht gegeben (zu vgl. § 193 des Strafgesetzbuches).“

Die sonst so findigen Anklagebehörden lesen also aus der Drohung des Innungsvorstandes mit materieller Schädigung des in Frage kommenden Meisters (Geldstrafe von 20 M.) keine Bedrohung und Nötigung und aus dem Vorwurf eines schweren Verstoßes gegen die Pflichten der Kollegialität und einer die gesamte Innung und alle ihre Mitglieder schädigenden sittenwidrigen Handlungsweise keine Beleidigung und Ehrverletzung heraus. Ob die Anklagebehörden in der gleichen Handlung, von Arbeitern begangen, ebenfalls nichts Strafbares erblickt haben würden? Wir möchten keinem Arbeiter raten, die Probe aufs Exempel zu machen, da er sich zweifellos auf eine schwere Gefängnisstrafe gefaßt machen könnte. Aber die Innungsterroristen bleiben unbehelligt und dürfen auch fernerhin ungestört bedrohen, beleidigen und nötigen!

Krankenversicherung und agrarische Trübeberger.

Die Agrarier bringen den Landkrankenassen, wie überhaupt den Krankenversicherungsweien keine Sympathie entgegen. In landwirtschaftlichen Zeitungen wird das soziale Versicherungsweien ja oft als eine Prämie auf Faulheit bezeichnet. Wo sich die Quissherren vor den Verpflichtungen, die ihnen die Reichsversicherungsordnung auferlegt, herumdrücken können, da tun sie es mit der allergrößten Beifügung, und die Fragestellungen der landwirtschaftlichen Organisationen, wie die Spalten ihrer Zeitungen wimmeln geradezu von Anfragen über die beste Methode der Trübebergerei. Sehr zahlreich sind die Fälle, in denen von der im § 418 der Reichsversicherungsordnung enthaltenen Konzeption Gebrauch gemacht wird:

„Von der Versicherungspflicht wird auf Antrag des Arbeitgebers befreit, wer an diesen bei Erkrankung Rechtsanspruch hat auf eine Unterstützung, die den Leistungen der zuständigen Krankenkasse gleichwertig ist.“

Obgleich die Vorstände der landwirtschaftlichen Organisationen selber raten, das Risiko nicht zu übernehmen, das in der generellen Verpflichtung zur eigenen Unterstützung liegt, und lieber die geringen Beiträge zur Landkrankenasse zu zahlen, wird in zahllosen Fällen der Antrag auf Befreiung von der Krankenpflicht gestellt. Bei der Erörterung der hiermit zusammenhängenden Fragen ist von den landwirtschaftlichen Beratern nun ein Umstand herausgetastet worden, der die anti-sozialen Bestrebungen zu begünstigen scheint. Im Organ des „Westfälischen Bauernvereins“ wird nämlich in der Antwort auf eine Anfrage der Standpunkt vertreten, daß

„eine Unterstützung nur in den Fällen zugesichert zu werden braucht, wo eine Krankheit im Sinne der Reichsversicherungsordnung vorliegt. Ein normal verlaufendes Wochenbett, für das die Krankenkassen Wochenhilfe gewähren, ist keine Krankheit, so daß der Arbeitgeber zur Gewährung von Wochenhilfe überhaupt nicht verpflichtet ist. Das gleiche gilt selbstredend für das Sterbegehalt...“

Indem der agrarische Berater das schrieb, dämmerte ihm aber doch die Erkenntnis, daß der Gesetzgeber eine solche Umgehung des Gesetzes nicht gewollt haben kann, und daß jedenfalls die Absicht bestanden hat, die Leistungspflicht des Arbeitgebers auf die weiteren Unterstützungsfälle der Krankenversicherung neben den Krankheitsfällen ausgedehnt.

„Allein diese Absicht ist im Gesetze nicht zum Ausdruck gekommen; die gelegentliche Bemerkung eines Regierungsvortragenden, daß die Befreiung allgemein die Hebernahme sämtlicher Leistungen zur Voraussetzung habe und daß zu diesen Leistungen auch die Wochenhilfe gehöre, reicht dazu nicht aus.“

Hoffentlich wird der praktischen Ausnützung dieser Spitzfindigkeit durch agrarische Trübeberger recht bald ein Ende gemacht. Man sieht daran aber einmal wieder, wie traurig es um den sozialen Sinn und die soziale Fürsorge in agrarischen Kreisen bestellt ist, wenn man sich nicht einmal zu den geringen Pflichten bekennen will, die die Vorschriften über die Landkrankenassen enthalten.

Witterungsübersicht vom 5. Mai 1914.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C
Eutin	754	SW	2	Regen	13	Saparanda	755	SW	2	bedeckt	12
Damburg	754	SW	4	bedeckt	13	Petersburg	757	SW	1	bedeckt	6
Berlin	755	SW	3	Regen	15	Schw.	757	SW	6	wolkig	11
Frankf. a. M.	759	SW	2	bedeckt	13	Aberdeen	745	SW	3	heiter	11
München	763	SW	4	Regen	9	Paris	767	SW	4	heiter	13
Wien	763	SW	1	wolkig	12						

Wetterprognose für Mittwoch, den 6. Mai 1914.

Etwas kühler, zeitweise anfallend, jedoch vorwiegend trübe mit wiederholten Regenschauern und häufigen westlichen Winden.

Berliner Wetterberaub.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag: Ein wenig kühler, zeitweise trübe, aber sehr veränderlich mit öfter wiederholten, besonders im Küstengebiet starken Regenschauern.

Advertisement grid for various businesses including Schneewittchen-Bleichseifenpulver, Warenhäuser, and numerous local shops and services.

Kleine Anzeigen (Small Advertisements)

Main advertisement section containing various notices, job openings, and business announcements.

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe (Sales) - Advertisement for various goods and services including furniture and household items.

Möbel (Furniture) - Advertisement for furniture stores and services, including dining tables and chairs.

Musikinstrumente (Musical Instruments) - Advertisement for musical instruments and related services.

Fahrräder (Cycles) - Advertisement for bicycles and related accessories.

Strohhutnäherinnen (Straw Hat Makers) - Advertisement for straw hat makers and their products.

Annahmestellen für 'Kleine Anzeigen' (Small Advertisements) - Advertisement for small ad placements in various publications.

geschaffen worden und hat sich nach dem einstimmigen Urteil der Zeitungen aller Parteien durchaus bewährt. Das Kriegsministerium hat durch diese Einrichtung die Presse in dankenswerter Weise in der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützt und damit zugleich erreicht, daß Nachrichten, deren Verbreitung aus Gründen der Landesicherheit nicht wünschenswert war, von der deutschen Presse nicht veröffentlicht wurden. Der in der Budgetkommission ausgesprochenen Besichtigung gegenüber können wir feststellen, daß das Pressegesetz sich jeder politischen Beeinträchtigung der Zeitungen enthalten hat, wie es auch selbstverständlich sein Material der Presse aller Parteien gleichmäßig und ohne jede Bevorzugung zukommen ließ. Sehr bedauern würden wir es auch, wenn einem in der Budgetkommission geäußerten Wunsch gemäß an Stelle der jetzigen Leitung des Nachrichtenwesens durch aktive Offiziere inaktive gesetzt würden. Wir sind sowohl nach den langjährigen Erfahrungen im Reichsmarineamt als nach den kürzeren im Kriegsministerium der Überzeugung, daß die Befugung dieser Stellen mit aktiven Offizieren sich als durchaus zweckdienlich erwiesen hat, weshalb wir auf die Weisung, aus denen gerade für diese Aufgabe inaktive Offiziere nicht in gleichem Maße geeignet erscheinen, nicht näher eingehen möchten. Der Reichsverband der deutschen Presse bittet daher den hohen Reichstag, zu dessen Wohlwollen und Verständnis für die Bedürfnisse der Presse er volles Vertrauen hat, die Forderungen für die Nachrichtenstelle im Kriegsministerium unverändert zu bewilligen.

Nach der Petition des Reichsverbandes der deutschen Presse hätte es scheinen, als hätte sich auch die sozialdemokratische Presse dem Vorhaben des Reichsverbandes angeschlossen. Das ist nicht der Fall! Die sozialdemokratische Presse ist völlig mit der Haltung übereinstimmend, die die sozialdemokratischen Mitglieder der Budgetkommission des Reichstages gegenüber der Forderung des Kriegsministeriums eingenommen haben.

Der Konflikt in der Handelshochschule.

Die Kellern der Kaufmannschaft haben weitere Verhandlungen bis zur Einstellung des Studentenstreiks abgelehnt. Das Dozentenkollegium antwortet darauf in einem Schreiben, worin es bedauert, daß durch die Haltung der Kellern der Streitpunkte beseitigt worden sei, die zu dem Ausbruch des Studentenstreiks geführt haben, wodurch ihm jede Möglichkeit genommen werde, an der Beseitigung des Streiks mitzuwirken. Bei Fortdauer dieser Lage würde nur übrig bleiben, das Einwirken der Aufsichtsbehörde zu erbitten.

Hanfband.

Am 19. Mai soll unter Vorsitz des Präsidenten des Hanfverbandes, Herrn Geheimrat Professor Dr. Nieber, eine Sitzung des Direktors des Hanfverbandes stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Referate über die Entwicklung des Hanfverbandes in den fünf Jahren seines Bestehens, über die Verhältnisse des Einflusses von Gewerbe, Handel und Industrie im Reichsgebiet, über die Gewerbeordnungsnovelle, den Jugendbeschäftigungswurf, die Novelle zum preussischen Kommunalabgabengesetz-Entwurf und den „Ladenlosen Zolltarif“. Ferner soll über allerlei Verwaltungen beraten werden — über Zusammen zum Direktorium und Gesamtausschuss, Abhaltung einer Hanfwoche usw. Referenten sind die Geschäftsführer des Hanfverbandes, Professor Dr. Meefeld und Abgeordneter v. Richthofen, ferner Dr. Treseemann und Oberminister Knies.

Wieder eine Soldatentragedie.

Am 2. Mai morgens wurde in der Senne bei Detmold die Leiche des Musikers Walmeier von der 10. Kompanie des 1. Infanterie-Regiments gefunden. Er hatte sich mit seinem Gewehr erschossen. Nach zuverlässigen Mitteilungen hatte er sein Seitengewehr verloren und wurde am 24. April mit dem Befehl ausgeschieden, das Seitengewehr zu suchen und sich nicht eher wieder sehen zu lassen, als bis es gefunden sei. Nach einer Mitteilung ist die Leiche in einem Zustande gewesen, die vermuten läßt, daß der Unglückliche umherirrend, sein Seitengewehr zu suchen. Schließlich wird die Verzweiflung übermannt haben. Eine amtliche Erklärung des Falles ist nicht gegeben.

Der mexikanische Konflikt.

Zapata gegen Huerta.

Veracruz, 5. Mai. In einem Kurzus, der von Zapata am 1. Mai unterzeichnet und gestern veröffentlicht wurde, wird bekanntgegeben, daß die Insurgenten des Südens heute die Stadt Mexiko angreifen und über Huerta und General Huerta das Todesurteil aussprechen wollen. Durch diesen Kurzus wird die Meldung widerlegt, daß Zapata und Huerta zusammenwirkten und Zapata auf Veracruz marschiere.

General Huerta ließ heute Feldgeschütze landen, nachdem er erfahren hatte, daß die mexikanischen Bundesstruppen von der Hauptstadt aus Artillerie gegen Veracruz beschaffen, die vermutlich für den General Maas in Soledad bestimmt ist.

Minen vor Veracruz.

Washington, 5. Mai. Das Kriegsdepartement hat aus Veracruz die Meldung erhalten, die mexikanischen Bundesstruppen hätten an die Bahnlinie von Veracruz nach Mexiko Minen gelegt, um die Zerstörung der Linie vorzubereiten für den Fall, daß die Amerikaner versuchen würden, den Marsch auf Mexiko zu unternehmen.

Oesterreich.

Die Aktion gegen den Absolutismus.

Wien, 4. Mai. Die vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Sylvester, auf Wunsch der Parteien einberufene Obmann-Konferenz zwecks Aussprache über die Wiedereinberufung des Abgeordnetenhauses trat nachmittags in Anwesenheit des Ministerpräsidenten und des Finanzministers zusammen. Die Redner sämtlicher Parteien sprachen ihren dringlichen Wunsch nach Durchführung verfassungsmäßiger Wahlen aus. Die tschechischen Agrarier, die tschechisch-Radikalen und die Deutschen beharrten auf ihren bisherigen Forderungen. Ministerpräsident Graf Stürgkh erklärte, die Regierung wünsche die Wiedereinberufung des Hauses an gewisse praktische Vorbereitungen, welche von den Parteien und der Regierung gemeinschaftlich zutreffen seien und mit einiger Aussicht auf Wahrscheinlichkeit sich zutreffen ließen. Der Ministerpräsident verwarf sich entschieden gegen den Vorwurf der Parteilichkeit und erklärte, der Regierung könne es doch nicht darum zu tun sein, lediglich eine Art Rechtsfertigung dafür, daß das Haus jetzt nicht tagt, dadurch zu gewinnen, daß sie es ohne Aussicht auf Erfolgigkeit der Beratungen zusammenberufe. Präsident Sylvester stellte fest, daß sich sämtliche Redner für die Wiederherstellung parlamentarischer, verfassungsmäßiger Zustände ausgesprochen hätten, und daß von den Tschechen und den Deutschen der Wunsch geäußert worden sei, daß die an dem deutsch-tschechischen Vergleich beteiligten Parteien wieder zu einer Konferenz einberufen würden. Der Präsident sei bereit, an die Einberufung einer solchen Konferenz zu schreiben, und erhoffe einen gedeihlichen Erfolg.

Schweiz.

Wahlen und Volksabstimmungen.

Die sonnigen Wahlen und Volksabstimmungen in den Kantonen Baselstadt und Bern haben unserer Partei ebenfalls nicht die wünschenswerten Erfolge gebracht. In Basel sind nicht einmal die Regierungsratswahlen zustande gekommen, indem nur einer statt 7 Regierungsräte gewählt wurden und der eine ist der parteilose Dr. Rangold, der mit 8433 Stimmen gewählt wurde. Für die Wahl der übrigen 6 Minister muß ein zweiter Wahlgang stattfinden. Von den 8 Kandidaten stehen unsere Genossen Walschleger mit 717 und Dr. Blocher mit 5807 Stimmen an der Spitze, der letzte Bürgerliche erhielt nur 2128 Stimmen.

Die nach dem Proporz stattgefundenen Grossratswahlen brachten unserer Partei eine Verminderung ihrer bisherigen Vertreterzahl von 47 auf 43. Auch die Freistimmigen (36 statt 26) und die Liberalen (21 statt 29) gingen zurück, während die Demokraten, die bisher keinen Vertreter hatten, deren nun 3 erhielten, die Katholiken 18 statt 17 und die Reaktionen (sie selbst nennen sich fortschrittliche) Bürgerverbänder von 6 auf 17 stiegen.

Im Kanton Bern vermehrten sich die sozialdemokratischen Vertreter im Kantonsrat von 15 auf 16. Unsere Partei erhielt in einem Wahlkreis der Stadt Bern, in dem sie die sichere Mehrheit hat, zwei Vertreter mehr, weil die Vermehrung erfolgt; sie gewann dann noch einen Sitz in Thun, verlor aber dafür zwei Sitze in zwei anderen Wahlkreisen.

Bei der Nationalratsersatzwahl im Berner Jura erhielt unser Genosse Auser die schöne Stimmzahl von 4424, unterlag damit aber seinem liberalen Gegner, der mit 4510 Stimmen gewählt wurde.

Erstlich ist die Verwerfung des reaktionär-mittelständischen Gewerbegesetzes im Kanton Bern mit 47347 gegen 39570 Stimmen und auch die des Jagdgesetzes mit 61482 gegen 26127 Stimmen. Die sozialdemokratische Partei hatte die Parole für die Verwerfung beider Gesetze ausgegeben und damit nun Erfolg gehabt.

In der Stadt Gené wurden bei den zum erstenmal nach dem Proporz vorgenommenen Gemeindevahlen zehn Sozialdemokraten, 17 Demokraten (Katholiken), ein Radikaler und vier Unabhängige gewählt; in der Gemeinde Carouge ergab die Wahl zwei Sozialdemokraten, sieben Radikale, je vier Unabhängige und Jungradikale sowie einen Demokraten.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Am Sonntag, den 3. Mai, tagte in Bromberg im Arbeiter-Kasino die Kreisgeneralversammlung, die erste seit dem 1. Juli 1913 erfolgten Durchföhrung der Kreisorganisation. Besetzt war dieselbe durch 26 Delegierte, darunter 4 Genossinnen. Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht geht hervor, daß die Organisation weitere erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Der Kreisverein zählt 272 Mitglieder, darunter 34 weibliche, in drei Ortsvereinen, von denen an Beiträgen in der Berichtszeit 607 M. eingegangen sind. Die Einnahme und Ausgabe schließt mit 1518,63 M. ab bei einem Kasienbestand von 61,21 M. Zwecks Agitation wurden verbreitet 60 100 Flugblätter, 2800 Broschüren und 11 700 Kalender. Versammlungen haben 23 Mitglieder, 2 Frauen und 17 öffentliche stattgefunden.

Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Da sich die Neubesezung der Reichstagskandidatur nötig gemacht hat, wurde hierfür Genosse Wienowski-Bromberg einstimmig gewählt. Ferner wurden erledigt die Delegiertenwahlen zum Parteitag in Würzburg und zum Provinzial-Parteitag in Posen.

Konferenz der thüringischen Bildungsausschüsse.

Im Volkshaus zu Jena tagte am Sonntag die jährlich im Frühjahr stattfindende Konferenz der thüringischen Bildungsausschüsse, die von 48 Genossen besucht war. Den Bericht über die Bildungsarbeit im letzten Jahre erstattete der Vorsitzende des Bezirksbildungsausschusses Genosse Prager, der bemängelte, daß die einzelnen Ausschüsse doch nicht in genügender Weise auf die Anregungen des Bezirksbildungsausschusses reagiert hätten. Ferner fehle bei manchen Ausschüssen noch die nötige Arbeit über das Wesen der proletarischen Bildungsbestrebungen, ein Moment, das hier und dort zu einer zu starken Betonung der künstlerischen und unterhaltenden Veranstaltungen im Gegensatz zu denen belehrender Natur geführt habe. — In der sehr regen Diskussion kam zum Ausdruck, daß die kleineren Orte, wenn überhaupt, so doch nur unter großen Schwierigkeiten die Kosten für die Kurse der Wandlehrer des Zentralbildungsausschusses aufbringen könnten. Die schlechte finanzielle Lage der Bezirksbildungsausschüsse sei ein Zustand, der auf die Dauer aufrechtzuerhalten kaum wünschenswert sei. Die Kreisbildungsausschüsse haben sich im allgemeinen bewährt, doch sei ihre Einrichtung nur dort geboten, wo die geographischen Verhältnisse — Kleinstaatenelement — und die Verlehrsstände ein gedeihliches Arbeiten ermöglichen. — Nach der Entgegennahme des Berichts von der Konferenz der Bezirksbildungsausschüsse in Berlin, den ebenfalls Genosse Prager erstattete — in der Debatte wurde hauptsächlich die Vorkursfrage erörtert und der Hofnung Ausdruck gegeben, daß der Bezirk bald einen Vorkursapparat bekomme — hielt noch Genosse Hennig-Leipzig einen Vortrag über „Grundriss und praktische Arbeit zur Bibliotheksfrage“. In der Diskussion über das gehaltvolle Referat wurde von verschiedenen Seiten der Wunsch ausgesprochen, daß der Zentralbildungsausschuss diese außerordentlich wichtige Angelegenheit nach Kräften fördern möge. — Als Vorwort des Bezirkes wurde wiederum Erfurt gewählt; dort findet auch die nächstjährige Konferenz statt.

Aus Industrie und Handel.

Kontingentierung der Mehlerzeugung.

Jedes Gewerbe, das mit seinen Profitten nicht zufrieden ist, schreit neuerdings nach staatlicher Alimentierung. So meldet sich jetzt auch der Verband deutscher Müller und fordert die staatliche Zwangsbeschränkung der Mehlerzeugung. Wesentlich wie das Branntweingesetz es vorsteht, soll alles über eine bestimmte Menge erzeugte Mehl besteuert werden. Die Folge einer solchen Maßnahme würde natürlich sein, daß der Preis des gesamten konsumierten Mehls noch um den Betrag dieser Steuer steigen würde. Nun ist heute schon das Mülleingewerbe dadurch gefährdet, daß auf die Einfuhr von Mehl ein Zoll von 10,30 M. erhoben wird. Die Einfuhr von Mehl ist demnach verhältnismäßig gering, während der Umfang der Ausfuhr eine bedeutende Höhe hat. Gewiß leiden die Mehlfabriken besonders in einzelnen Grenzgebieten darunter, daß ihnen durch das Einfuhrschneidestem Getreide entzogen wird, während die Einfuhr von Getreide durch die hohen Getreidezölle gebindert wird. Aber es ist selbstverständlich, daß eine Verringerung dieser Verhältnisse nur dadurch erzielt werden darf, daß das Getreideeinfuhrschneidestem beseitigt und die Getreide-

zölle aufgehoben oder ermäßigt werden. Die Kontingentierung der Mehlerzeugung dagegen würde durch die Brotverknäuerung die Lage der konsumierenden Massen noch untraglicher machen.

Rathenau für ein Elektrizitätsmonopol?

Im „Berliner Tageblatt“ wird eine Unterredung mit dem Generaldirektor der A. E. G. Emil Rathenau mitgeteilt, in der sich u. a. Neuperlegungen Rathenaus über ein staatliches Elektrizitätsmonopol finden. Geheimrat Rathenau legt dar, daß die modernen Anforderungen an Stromlieferung (etwa durch große elektrische Verkehrsunternehmen) durch den Ausbau privater Elektrizitätswerke auf die Dauer nicht befriedigt werden könnten. Hier könnten nur zentrale Meerkraftwerke Abhilfe schaffen, die neben ihrer Hauptaufgabe (Versorgung der Eisenbahnen) auch für die private Industrie Strom abzugeben hätten. Um eine derartige Konzentrierung der Elektrizitätserzeugung anzubahnen, hält Rathenau „die monopolistische Gestaltung der Stromerzeugung unter staatlicher Führung oder Mitwirkung“ für diskutabel. Wie sich Rathenau die staatliche „Führung“ im einzelnen vorstellt, wird nicht mitgeteilt. Wahrscheinlich denkt er nur an die Schaffung gemischt-wirtschaftlicher Unternehmen, wobei sich Staat und die großen Elektrizitätskongerne (A. E. G. und Siemens-Schuckert) in das Monopol teilen würden; d. h. an ein Pseudo-Monopol, das den Konsumenten wenig nutzen würde.

Der Wert der Auslassungen Rathenaus liegt in ganz anderer Richtung. Rathenau hat in der Unterredung die (bereits an anderer Stelle des „Vorwärts“ vertretene) Auffassung selbst bestätigt, daß es der A. E. G. nicht so sehr auf die Stromerzeugung als auf die Produktion und den Absatz von elektrotechnischen Maschinen, Apparaten und Massenkonsumartikeln ankommt. Auch die zahlreichen Gründungen von Elektrizitätswerken nimmt die A. E. G. nur deshalb vor, um sich feste Abnehmer für elektrotechnische Erzeugnisse zu schaffen. Die Stromlieferungsverträge von Ueberlandzentralen, die die A. E. G. errichtet, enthalten z. B. sehr oft die Klausel, daß die Stromabnehmer ihre elektrotechnischen Artikel durch die Zentrale, d. h. also von der A. E. G. beziehen müssen. Die Durchsetzung dieser Bindung fällt den Ueberlandzentralen um so leichter, als diese ja meist das Monopol für die Stromlieferung innerhalb eines Kreises von dem betreffenden Kommunalbezirk erhalten haben. Die Schaffung eines staatlichen Monopols würde die Stellung der A. E. G. als Produzent von Maschinen usw. natürlich nur noch befestigen. Daher also die monopolfremdliche Haltung Rathenaus, die auf den ersten Augenblick ebenso verblüffen könnte, wie der Schrei der „Post“ nach einem Elektrizitätsmonopol, den wir kürzlich (an anderer Stelle des „Vorwärts“) auf die wahren Absichten hin untersuchten.

Ein neues Antitrustgesetz. Nach einer Unterredung mit dem Präsidenten Wilson teilte Underwood, der Führer der Mehrheit des amerikanischen Repräsentantenhauses, mit, daß eine Verständigung über die Einbringung eines umfassenden Antitrustgesetzes und über die Bildung einer zwischenstaatlichen Industriekommission erzielt worden sei. Ferner werde ein Gesetz zur Regelung der Ausgabe von Aktien und anderen Wertpapieren und, wenn möglich, auch eine Vorlage, betreffend die Gewährung landwirtschaftlicher Kredite, eingebracht werden.

Letzte Nachrichten.

Die Vorgänge in der russischen Duma.

Petersburg, 5. Mai. Nach Wiederaufnahme der Sitzung weigerte sich der auf Grund der Abstimmung des Hauses ausgeschlossene Sozialist Tschenteli wiederum, der Anforderung zum Verlassen des Saales Folge zu leisten, worauf der Präsident die Sitzung unterbrach und der Quästor die Wache holen ließ, bei deren Erscheinen Tschenteli seinen Platz mit der Erklärung räumte, daß er der Gewalt weiche. Sodann wurden nach persönlichen Auseinandersetzungen noch drei Sozialisten für fünfzehn Sitzungen ausgeschlossen, zwei von ihnen mußten durch die Soldaten entfernt werden. Die Linke fuhr fort zu lärmen, so daß der dreimalige Versuch des Ministerpräsidenten Goremykin, das Wort zu ergreifen, erfolglos blieb.

Der Präsident der Duma schlug vor, zwei weitere Gruppen von Abgeordneten der äußersten Linken von fünfzehn Sitzungen auszuschließen. Der Antrag wurde angenommen, so daß im ganzen sechzehn Ausschließungen von Abgeordneten erfolgten. Die mit dem Ausschluss bedrohten Abgeordneten verließen den Saal bei dem erneuten Erscheinen der Wache. Endlich konnte der Ministerpräsident die Tribüne betreten und eine kurze Rede halten, in der er die Duma begrüßte, und bat, diese Begrüßung mit dem gleichen Wohlwollen entgegenzunehmen, mit dem er die durch die Duma an ihn gerichtete Begrüßung entgegengenommen habe. (Beifall im Zentrum und auf der Rechten.)

Auch eine militaristische Annahme.

Budapest, 5. Mai. Zwischen der hiesigen Militärbehörde und dem Budapestener Magistrat ist wegen Benutzung der Gemeindegärten in Ufen ein Konflikt ausgebrochen. Der Kommandant von Budapest, Terzitsch, verweigert, trotzdem das Bezirksgericht zugunsten der Stadt Budapest entschieden hat, dem Publikum den Webergang über die Wiese und läßt die dort aufgestellten Militärwerke nicht einziehen. Man ist allgemein auf den Ausgang dieser Affäre, welche eine Störung des guten Verhältnisses zwischen Bürgerschaft und Garnison bedroht, sehr gespannt.

Die Explosion am Panamakanal.

Panama, 5. Mai. Die Explosion in dem Dynamitmagazin wurde durch einen Waldbrand herbeigeführt, der auf das Gebäude übergriff. Die meisten der Getöteten sind Feuerwehrlente.

Ein brennendes Schiff auf hoher See.

Salizag, (Neuschottland), 5. Mai. Der Dampfer „Schellig“ hat einer von ihm abgeordneten drahtlosen Meldung zufolge 150 Meilen südwestlich von Sable-Island einen Dampfer brennend angetroffen. Der Name des Schiffes ist unbekannt. Das Marinedepartement ist der Ansicht, daß die Passagiere von Schiffen, die keine Einrichtung für drahtlose Telegraphie besitzen, aufgenommen worden sind, und daß diese bei der ersten sich ihnen bietenden Gelegenheit Meldungen senden werden.

Im Passage-Kaufhaus Friedrichstr. = 110-112 =

W. Wertheim G. m. b. H.

Konkursmassen-Ausverkauf

in allen Abteilungen.

Ermässigung 20 bis 50 Prozent.

Verkauf: 9-1 Uhr und 3 1/2-8 Uhr, Sonnabends bis 9 Uhr.

Für das photographische Atelier werden Aufträge nicht mehr angenommen!

Der Konkursverwalter



Vom 3. bis 9. Mai 1914
werde ich in
Berlin, Hotel Prinz Heinrich,
Dorotheenstr. 22,
anwesend sein, um
künstliche Augen
direkt nach der Natur für Patienten anzufertigen
und einzupassen. 2107
F. Ad. Müller, Augenkünstler aus Wiesbaden.

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Dichte Dächer, farbige Pappdächer
für Sommerhäuschen, Lauben etc.
erzielt man dicht und dauerhaft nur mit
Dachpax rot, grün, weiß (alle Farben).
Sämtliche Materialien für Bedachung
— Anstrich-Farben für alle Zwecke —
Dachpax-Gesellschaft, Plan-Ufer 38
Amt Moritzpl. 1936. Muster, Auskunft etc. gratis. Amt Moritzpl. 1936

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 6. Mai 1914.
Anfang 5 Uhr.
Passage-Theater. Kino-Varieté.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Eines Nollendorfer-Theater.
Histoire d'un Pierrot.
Anfang 7 Uhr.
Kgl. Schauspielhaus. Peer Gynt.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Der Freischütz.
Deutsch. Was ihr wollt.
Anfang 7 3/4 Uhr.
Metropol. Die Reise um die Welt
in 40 Tagen.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Mit dem „Imperator“ nach
New York.
Leitung. Ullom.
Kammertheater. Der Enob.
Deutsches Künstler-Theater.
Erziehung zur Liebe.
Berliner. Wie einst im Mai.
Königgrätzer Straße. Mr. Wu.
Theater am Nollendorferplatz.
Der Jucharon.
Alteins. König großes Herz.
Thalia. Wenn der Frühling kommt.
Trionon. Die Nollische.
Komödienhaus. Kammermusik.
Montis Opernhaus. Jung-England.
Deutsches Opernhaus. Die Königin
von Saba.
Lustspielhaus. Die spanische Fliege.
Schiller O. Was ihr wollt.
Schiller Charlottenburg. Ueber
unsere Kraft. I. Teil.
Kofe. Die Tochter des Heim-
gekehrten.
Rajino. So die Liebe blüht.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Herrfeld. Ein Weinfaß. Deut-
sch übermorgen. Madras-Partie.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Otto Reutter.
Passage-Theater. Das Mirakel.
Voigt. Prinz und Bettlerin.
Herkus Busch. Das Mirakel.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Residenz. Ein Walzer von Chopin.
Friedrich-Wilhelmstädt.
Die Förster-Christl.
Admiralspalast. Im Tangoklub.
Berliner Eispalast. Eisballer.
Amor auf Irland.
Eines Nollendorfer-Theater.
Histoire d'un Pierrot.
Gartenwarte. Invaldenstr. 57-62

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das große Licht.
Freitag, abends 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Schiller-Theater Char-
lotten-
burg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Ueber unsere Kraft (I. Teil).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Heiligenwald.
Freitag, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft (I. Teil).
Theater in der Königgrätzer Straße
Täglich 8 Uhr:
Mr. Wu.
Komödienhaus.
8 Uhr:
„Kammermusik“.
Berliner Theater.
8 Uhr:
Wie einst im Mai.
Theater des Westens.
8 Uhr: **Polenblut.**
Theater an der Weidendammbrücke.
Täglich 8 1/2 Uhr. Ende 10 1/2: **Der
müde Theodor**
mit Henry Bender als Ball.
Stürmischer Lacherfolg laut ein-
stimmigem Bericht der Presse.
Residenz-Theater.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Ein Walzer von Chopin.
Schwan in 3 Akten von Henri Kotoul
und Albert Barré.
Morgen und folgende Tage:
Ein Walzer von Chopin.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Die Förster-Christl.
Walhalla-Theater
Weinbergsweg 19/20.
Gastspiel des Operetten-Ensembles
vom Hof-Theater.
Direktion: Bernhard Rose.
Die Dollarprinzessin.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Theater am Nollendorferplatz 5.
8 Uhr: **Der Jucharon.**
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 122.
**Die Tochter des
Heimgekehrten**
Anfang 8 Uhr. — Donnerstag:
Die Tochter des Heimgekehrten.

Deutsches Künstlertheater
Theater-Sozietät.
Nürnbergstr. 70/71, am Zoo.
Kassa: Nollendorf 1303.
Mittwoch, 8 Uhr:
Erziehung zur Liebe.
Donnerstag, 8 Uhr:
Schneider Wibbel.
Trionon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Die Notbrücke.

Zirkus Busch
Gastspiel des Deutschen Theaters
Direktion: Max Reinhardt.
Das Mirakel
Anfang 8 Uhr.
Vorkauf an der Tageskasse des Deutschen Theaters u. an allen
Theaterkassen von A. Wertheim. — Preise der Plätze von 1-10 M.

Brauerei Friedrichshain.
Nur Donnerstag, den 7. u. Freitag, den 8. Mai 1914:
Gastspiel von
Johann Strauß
aus Wien
Dirigent a. D. der k. k. österr. Hofballmusik
mit seiner vollständigen Kapelle.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Die Küche im Mai
**Kochkunst
Ausstellung**
Clou
Eröffnung: Heute 1 Uhr.
Eintritt 1 Mark.

URANIA
Taubenstraße 49/49.
8 Uhr:
Mit dem „Imperator“
nach New York.

WINTER GARTEN
Neues Programm!
Rajah
in ihren Tänzen
Johnson u. Dean Joannette Denarber
Ragtime mit ihrem
Sextett mit ihrem
Ballon
und eine Auslese
hervorragender Kunstkräfte!
Entreesplatz wochentags
M. 0.60.
— Rauchen gestattet! —

Apollo-Theater.
8 Uhr Tel.: Lützow 2757. 8 Uhr
Otto Reutter
u. ein vollständ. neues Variétéprogr.
Rauchen gestattet!

Metropol-Theater.
abends 7 Uhr 55 beginn!
**Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.**

Passage-Panoptikum.
**Der unfesselbare
Rappo,**
der König der Ausbrecher.
Vom Publikum gefesselt.
Vor dem Publikum befreit.
Aga, die schwebende Jungfrau.
Buddhas Geistesart.
20 Skizzen mit Sehenswürdigkeiten
Alles ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

ZOOLOG
ischer Garten
Tägl. ab **Militär-Konzert.**
4 Uhr:
Vom 15. Mai 1914 ab:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintrittspreise:
Zoo 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf.
Aquar. 1 M., v. d. Str. 50 Pf., v. Zoo
Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.
Neu! **AQUARIUM**
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

Casino-Theater
Lobbringer Straße 37. Täglich 8 Uhr
Litke Carlsen in „Der Glückspilz“
Juana, 3 Tauberts, Mlle. Lolitta,
Glanz der große Lustspiel-Schlag
Wo die Liebe hinfällt.
Stürmischer Lacherfolg

Folies Caprice.
8 1/4 { **Tokuwaboku**
Das Karnekel
Das Erdbeben.

Voigt-Theater
Badstraße 58.
Mittwoch, den 6. Mai 1914:
Prinz und Bettlerin
Sensationskomödie in 6 Bildern
v. E. S. Lutz.
Raffeneroffen. 7 Uhr, Anfang 8 1/2 Uhr
Boranzetge. Freitag, den 15. Mai
Benetz D. Rein. „Der Liebe Erwachen“
Admiralspalast
Eis-Arena.
Die
Novität „Im Tangoklub“
und zum 247. Male das effek-
volle Eisballett „Die lustige
Puppe“. Bis 6 Uhr u. ab 7 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.
Wein- und Bier-Abteilung
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Herr D'rektor Kuhlicke
Buckele von
Wesfel.
Anfang 8 Uhr
Sonntags
7 1/2 Uhr.

Berliner Elektrizitätsfragen.

2. Die Fernversorgung.

Wenn erst einmal die Befreiung der V. E. W. aus der Umarmung durch die Allgemeinen Elektrizitätswerke glücklich durchgeführt ist, was, wie wir schon dargelegt haben, nur auf dem Wege der reinen Verstaatlichung des ganzen Werkes geschehen kann, dann geht es an die Ausgestaltung des künftigen Betriebes. Herr von Thösa hat im „Berliner Tageblatt“ vom 30. April d. J. die Behauptung aufgestellt, daß die Zukunft einer rationellen Elektrizitätsversorgung von Berlin mit der Verlegung der Produktionsstätten in die Nähe der Braunkohlenslager von Bitterfeld stehe oder falle. Hätte er sich die Mühe genommen, vorher das Werk von Prof. Klingenberg, der ein Direktor der V. E. W., also ganz gewiß ein unbeeinträchtigter Urteiler ist, über die Elektrizitätsversorgung großer Städte durchzulesen, so würde er wissen, daß diese Behauptung nach dem heutigen Stande der Technik unhaltbar ist. Auch Stadtverordneter Dr. Levy hat in einer sehr sachkundigen und gewissenhaften Abhandlung in der „Vossischen Zeitung“ dargelegt, daß unter den heutigen Verhältnissen und namentlich bei einer Verdichtung des Berliner Elektrizitätskonsums noch auf lange Zeit hin die Erzeugung in den hiesigen Werken der Fernversorgung von Bitterfeld aus technisch und wirtschaftlich überlegen oder wenigstens gleichwertig sei.

Kann man nun natürlich der Meinung sein, die Zukunft werde uns so viele technische Verbesserungen bringen, daß sogar die Versorgung eines so dicht besiedelten und verhältnismäßig so großen Gebietes wie Berlin mit elektrischer Energie aus eigenen Produktionsanlagen unrationell werden würde. Wir wollen uns diese Ansicht des Arguments wegen auch zu eigen machen. Wenn die Erzeugung elektrischer Energie in Berlin selbst unrationell wird, die maschinellen Anlagen der V. E. W. veraltet sind, dann kann Berlin entweder selbst seine Betriebe nach außen verlegen oder aber Anschluß an eine bestehende oder zu gründende Fernzentrale suchen. Eine der dabei in Rechnung zu stellenden Varianten — nicht etwa, wie das „V. T.“ glauben machen will: die einzige Möglichkeit — wäre die Errichtung eines Fernwerks bei Bitterfeld. Nun liegen die Dinge dort so, daß niemand bei Bitterfeld ein Werk schaffen kann, der nicht Berlin als Konsumenten hat. Der alte Geheimrat Rathenau soll in den Verhandlungen mit den hiesigen Behörden die Behauptung gewagt haben, er werde das Bitterfelder Werk errichten und von dort aus das ganze Königreich Sachsen wie große Teile von Mitteldeutschland bis nach Braunschweig hin mit elektrischer Energie versorgen. Die Verträge habe er schon in der Tasche und wenn Berlin noch etwas von dem billigen Segen abbekommen wolle, dann müsse es sich sehr beeilen. Das war ein Bluff. Die sächsische Regierung hat dafür gesorgt, daß Sachsens Städte nicht in die Abhängigkeit von einem privaten oder gemischten Unternehmen zu kommen brauchen. Die mitteldeutschen Orte denken nicht daran, der V. E. W. ein Monopol einzuräumen. Was dann noch übrig bleibt, das reicht auch nicht annähernd aus, um ein wirklich erstklassiges Fernwerk lebensfähig zu erhalten. Dieses steht und fällt mit der Berliner Kundenschaft. Es verhält sich also ungefähr umgekehrt, wie Herr von Thösa den Lesern des „V. T.“ dargelegt hat.

Gesetzt, die V. E. W. böwe das Fernwerk in Bitterfeld dennoch in der Erwartung, daß infolge der allmählich stärker werdenden Verkaltung der maschinellen Einrichtungen der V. E. W. die Stadt auf Strombezug von auswärts sinnen und ihr dann mit Anerbietungen „kommen“ müsse: dann würden die intelligenten Leiter der V. E. W. zum erstenmal in ihrem Leben einen wirklich entscheidenden Spekulationsfehler machen. Sie denken deshalb auch gar nicht daran, das Werk zu bauen. Sie wissen ganz genau, daß es keine Kunst ist, in Bitterfeld elektrische Energie zu machen, sondern sie vorteilhaft abzuziehen. Mit anderen Worten: Berlin mit seinem gewaltigen und höchst entwicklungsfähigen Konsum wäre in der Lage, den Bitterfelder Werken jederzeit die Bedingungen für die Stromlieferung vorzuschreiben, nicht umgekehrt.

Wollte sich Berlin im jetzigen Stadium der Dinge auf die Errichtung einer gemischten wirtschaftlichen Unternehmung mit der V. E. W. zusammen einlassen, dann würde die Stadt der privaten Gesellschaft lediglich die Kapitalbeschaffung erleichtern und ihr das Lieferungsmonopol gewährleisten, gerade jenes Monopol, das bisher die Entwicklung der V. E. W. gehemmt und das gewerbliche Leben von Berlin beinahe unheilbar geschädigt hat. Alle Vorteile jener freien Stellung, die der Vertrag mit der V. E. W. glücklicherweise der Stadt sichert, wären mit einem Schlage hinfällig.

Daß mit dem allgemeinen Hinweis auf die Vorteile der Fernversorgung von Bitterfeld aus die Errichtung einer „Gemischtwirtschaftlichen Unternehmung“, d. h. also die Preisgabe der städtischen Unabhängigkeit, nicht gerechtfertigt werden kann, hat wohl auch Dr. von Thösa eingesehen, der sich deshalb bemüht, noch ein paar andere „Gründe“ anzuführen. Er sagt: „Nur in zwei Punkten ist der städtische Betrieb dem privaten nicht gewachsen, aber gerade diese sind hier von ausschlaggebender Bedeutung: In der Akquisition und der Tarifpolitik“. Ein klein wenig nachdenken hätte den Verfasser dieser kühnen Zeilen vor ihrer Veröffentlichung und damit vor seiner Blamage bewahren können: Bisher war ja die Verwaltung der V. E. W. (wenn auch die Verfassung des Werkes der einer gemischten wirtschaftlichen Unternehmung schon recht nahe kommt) eine private Verwaltung, die in Ansehung der Akquisition und der Tarifpolitik so gut wie ganz freie Hand hatte. Was haben wir denn aber erleben müssen? Hat nicht gerade die private Gesellschaft in diesen Punkten völlig versagt? Will ein Mensch aufstehen und behaupten, daß auch nur ein einziges der großen hiesigen Elektrizitätswerke in Deutschland eine Rückständigkeit in der Kundenakquisition und namentlich in der Tarifpolitik aufweise, die auch nur entfernt mit der der V. E. W. zu vergleichen wäre?

Gerade die traurigen Erfahrungen in Berlin sprechen gegen den privaten Betrieb der Elektrizitätswerke. Sie sprechen so bestechend dagegen, daß auch Herr von Thösa nicht wagt, ihn für die Zukunft zu empfehlen. Er gesteht vielmehr zu: „Die Verstaatlichung bietet viele Vorteile, die so offensichtlich sind, daß sie einzeln gar nicht aufgeführt zu werden brauchen.“ Dieser Satz erinnert in einer fahrlässigen Weise an die Methoden mancher Gerichte, die die ihnen unangenehmen Kodeweise mit der Redensart aus der Erdichtung ausschneiden, sie würden „als wahr unterstellt“. Angesichts der Haltung des Berliner Kommunalparlamentes ist es im Gegenteil sehr notwendig, die Vorteile der Verstaatlichung nicht einmal, sondern unablässig und sehr im einzelnen auch aufzuführen. Denn sonst findet sich am entscheidenden Tage im Rathensaal eine Weisheit zusammen, die diese Vorteile auch „als wahr unterstellt“ und dann — der V. E. W. ein neues Monopol auf unabsehbare Zeit hinaus in den Schoß wirft, die Elektrizitätsversorgung der Reich-

hauptstadt auch weiterhin einem privaten Monopolbetrieb überläßt. Die Verurteilung auf die Gemischtwirtschaftliche Unternehmung wäre dann nur eine durchsichtige Anklage.

Parteianglegenheiten.

Zur Lokalliste.

In Steglitz hat das Lokal „Albrechtshof“ den Besitzer gewechselt. Der neue Inhaber weigert sich, sein Lokal der Partei zur Verfügung zu stellen. Dasselbe ist somit von der Lokalliste zu streichen und für die organisierte Arbeiterschaft als gesperrt zu betrachten.

Die Lokalkommission.

Dritter Wahlkreis. Den Genossen und Genossinnen zur Kenntnis, daß die Kassengeschäfte bis auf weiteres von unserem zweiten Kassierer Georg Felsmann, Oranienstr. 180, erledigt werden.

Neuwahl. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 19. Mai cr., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Partsch, Hermannstr. 49, statt. Auf der Tagesordnung steht: Geschäfts- und Kasienbericht. Neuwahl des Vorstandes. Stellungnahme zur Kreis-Generalsammlung: a) Anträge zur Kreis-Generalsammlung; b) Anträge zur Verbands-Generalsammlung. Anträge und Verschiedenes.

Wir machen darauf aufmerksam, daß Anträge zur Generalversammlung bis zum 11. Mai im Bureau des Wahlvereins eingereicht sein müssen.

Heute abend ist bei Partsch, Hermannstr. 49, die Versammlung der Jugendfektion. Genosse Max Schütte hält einen Vortrag über „Die Entwicklung unserer Erde“. Die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahre werden gebeten, an dieser Versammlung zahlreich teilzunehmen.

Berliner Nachrichten.

Kaufen Sie Zündhölzer? . . .

Großstadtleben . . . Ein unabsehbarer Menschenstrom windet sich durch die Straßen. Straßenbahnwagen, einer nach dem andern, fahren vorbei und ihr immerwährendes Räten durchzittert die Luft. Dazwischen furt das eigentümliche Geräusch der Automobile und lärmende Signalhupen fordern für sie rücksichtslos Raum. Ein Schamann zu Pferde überträgt das Ganze. Kalt und nüchtern scheint er mit dem Pferde verhandelt und sein stummes Handschellen bedeutet den Drohsäcken, Autos und Straßenbahnen „halt!“ oder „Vorwärts!“, und geduldig wartet dazwischen das Publikum, bis ihm freie Bahn wird.

Es ist um die achte Abendstunde und kurz vor Laden-schluss. Im Scheine ungeschätzter elektrischer Vogenlampen tummle ich mich inmitten der Menge und laß gemächlich die reichen Schaufensterauslagen an meinem Auge vorübergleiten. Geschäftig eilen noch vielfach Personen den Warenhäutern zu den hohen, dichtaneinander gelegenen Schaufenstern zu, um einzukaufen und so des Lebens Bedürfnisse für den nächsten Tag zu befriedigen.

Inzwischen bin ich vor dem Eingang eines großen Cafés angelangt. Ein Blick in den Vorräum überzeugt mich von dem „vornehmen Charakter“ des Lokals und von innen her klingt eine hübsche, leichte Walzermelodie an mein Ohr.

Ich trete ein und bin auch bald von der Pracht des Raumes geblendet. Im matten Weiß ist der große Saal gehalten und nur schlichte Goldleisten beleben den ruhigen Stil des Ganzen. Um den Balkon, der den Saal einfaßt, sind hunderte elektrischer Birnen angebracht und vermengen ihr reiches Licht mit dem des großen Kronleuchters, der schwer und wuchtig, ganz in Glasimitation, von der Decke herabhängt.

Trotz der frühen Abendstunde ist das große Lokal vollbesetzt und es hält schwer, daß ich auf dem Balkon einen nur halbwegs angenehmen Platz erwische. Ein Herr und zwei Damen bilden mein Gegenüber und bald ist eine kleine Unterhaltung angeknüpft. Ein vorzüglich geduldetes Orchester läßt seine Weisen erklingen, und mir bietet sich inzwischen Gelegenheit, ein wenig umzusehen. Von meinem Platz aus kann ich das Leben und Treiben unter mir im Saale betrachten und dem ewigen Gehen und Kommen zusehen. Ueberall vergnügte Gesichter, heiteres Lachen und Lebenslust . . .

Einige Tische von mir sitzt ein behäbiges älteres Ehepaar. Der Mann, ein angebender Sechziger, läßt bequem und sicher den Rauch seiner schweren Zigarre zwischen den Zähnen entwickeln und sieht gemütlich lächelnd dem Treiben um sich her zu. Die Gattin, wohl einige Jahre jünger als ihr Mann, schaut schon längere Zeit auf einen Tisch, an dem ein junger Mann mit einem jungen Mädchen Platz genommen. Sie flirten sich ungeniert mit ihren Augen an und aus ihren Blicken erzieht man, daß sie wohl zum ersten Male die Bonnen dieses Lebens genießen . . . Die Frau verzicht mahnung die Miene und tuschelt ihrem Manne einige Worte zu. Auch er wendet daraufhin den Kopf. Doch nur einen Augenblick. Ueberlegen lächelnd hört er die erneuten Worte seiner „Alten“ und murmelt etwas in den Bart. Ob er vergangener Jugendtage gedenkt? . . .

Und überall ähnliche Bilder, Szenen, und doch wieder anders. Ich schaue in das Treiben hinein, lache, frage und erzähle mit und mir vergeht die Zeit, als ob sie dahingeflogen. Immer rauschender wird die Musik, immer lebhafter der Beifall und nur Leben, Leben scheint die Luft zu sein . . .

Blödsinnig saßt mich jemand leise an die Schulter, und als ich mich umschaue, fragt eine dünne Stimme: „Kaufen Sie Zündhölzer?“. Ein kleines, zartes Mädchen, im zerschiffenen, abgetragenen Rock, vielleicht zehn Jahre alt, steht vor mir und hält ein Körbchen mit Zündhölzern vor sich in der Rechten. Bittend hebt sie ihre Augen und eindringlicher noch als der Mund wiederholt der Blick den Wunsch. —

Wir ist die Stimmung vergangen. Meine Gedanken schweiften ab von diesen Stätten der Freude und Lebenslust und ich finde mich mit ihnen weit, weit ab wieder. Vor mir malen sich jene Stadteile, die draußen an der Peripherie der Stadt liegen und wo kahle, nüchterne Straßen sich in der Länge und Breite säumen. Miefkassernen an Miefkassernen, mit Vor- und Hinterhäusern, reihen sich hier aneinander und enge, schmutzige Gassen sind der Ausblick, in den die Bewohner schauen und auf denen blasse Kinder spielen. Keine Kavelle läßt hier ihre Tanzweisen erschallen. Nur dann und wann erzieht ein „Italiener“, und wenn er seiner gebrechlichen Orgel quieschende, herzerreißende Töne entlockt, dann öffnen sich trotzdem die Fenster und die Menschen sind froh . . .

Da ist auch wohl die Wohnung des abgehärmten, zarten Mädchens, das jetzt inmitten des Glanzes und der Lebenslust von Tisch zu Tisch geht und seine Ware anbietet. Es schaut in lachende, fröhliche Gesichter, sieht gedeckte Tische, volle Gläser. Ob sich ihm wohl das Herz kraupft, wenn es dabei die Angehörigen gedenkt, von denen vielleicht der Vater, die Mutter krank sind? Und alle warten der Feinnige, die die Schwester aus dem Zündholzverkauf gewonnen, um dafür Brot zu kaufen und den Hunger zu stillen! —

Es war ziemlich spät, als ich mich erhob, um nach Hause zu gehen. Menschen waren inzwischen gegangen und gekommen und das Bild war dasselbe geblieben. Ueberall Freude, Lachen, Lebenslust . . .

Als ich in meiner „Halle“ los, himmten mir noch die Walzermelodien im Ohre nach. Dazwischen aber klang eine dünne, feine Stimme: „Kaufen Sie Zündhölzer?“ . . . Großstadtleben! —

Gegen den Oberbürgermeister Wermuth

richtet die „Freisinnige Zeitung“ in ihrer Nummer vom 5. Mai einen heftigen Angriff. In einer „Oberbürgermeister Wermuth und der Waldlauf“ überschriebenen Notiz heißt es:

Etwas dunkel ist das Verhalten, das der Berliner Oberbürgermeister in der Frage des Kaufs der Wälder durch den Zweckverband gezeigt hat. Im Verbandsauschuß hat Herr Wermuth für den Ankauf unter den zuletzt vereinbarten Bedingungen gestimmt und sich mit den übrigen Ausschußmitgliedern verpflichtet, im Kreise seiner Gemeinde für die Annahme der Vorlage durch die Verbandsversammlung zu wirken. Nichtsdestoweniger entwickelte er in der Folge eine eifrige Tätigkeit, um den Beschlüssen des Ausschusses Schwierigkeiten zu bereiten. Bekanntlich widmet Herr Wermuth seit Übernahme des Berliner Oberbürgermeisteramtes der Presse seine ganz besondere Aufmerksamkeit, ja, soweit wir unterrichtet sind, ist die Preßbearbeitung das einzige Spezialgebiet, das Herr Wermuth inne hat. So hat er denn in die ihm ergebenden und von ihm mit Informationen gespeisten Blätter Artikel über Artikel geschrieben die unter seinem Vorhinein und mit seiner Zustimmung angenommene Vorlage des Verbandsauschusses lanciert. Daneben ging eine Bearbeitung der Berliner Mitglieder der Verbandsversammlung in gleichem Sinne. Ein Teil der letzteren entschloß sich denn auch, sowohl in der eingeleiteten Subkommission wie im Plenum einen Antrag einzubringen, der auf eine Verschleppung der ganzen Angelegenheit hinauszielte. Die Sozialdemokraten, die ja die eigentliche Kerntruppe der Wermuthischen Rathhauspolitik bilden, hatten sich ihrem Herrn und Weiser so blindlings anvertraut, daß sie schließlich auf die Heiligkeit einer Kabinettsorder mit der Inbrunst eines Fanatikers schworen. Herr Wermuth selbst aber — enthielt sich bei dem Verschleppungsantrag, der Geist von seinem Geiste war —, der Stimme und trennte sich bei der entscheidenden Abstimmung ganz von seinen Getreuen, indem er für die Beschlüsse des Ausschusses stimmte. Herr Wermuth hat ja sein Vorgehen große Virtuosität darin bezeugt, sich „richtig zu legen“, und wir können es ihm nachfühlen, daß er sich ungern in eine so kleine Minorität drängen lassen wollte, wie sie schließlich am Sonnabend gegen die Kaufsanträge vorhanden war. Wir meinen aber, wer eine derartige Agitation gegen eine Sache entfaltet, wie wir sie in den verflochtenen Wochen von dem Berliner Oberbürgermeister erlebt haben, wer vermeintlich so gewichtige Bedenken hat, wie sie von demselben Manne am Sonnabend vorgebracht sind, der darf nicht schließlich für diese Sache stimmen, indem er sich nur für die Zukunft noch ein Hintertüchlein aufmacht. Herrn Wermuths Getreue mögen vielleicht jetzt mit geheimnisvollen Augenwinkeln versichern, daß ihr Meister eine beherrschende Politik verfolgte; wir sind aber überzeugt, daß die große Mehrzahl der Berliner Bürgerschaft für solche Diplomatenkünste kein Verständnis empfindet, vielmehr von dem ersten Beamten der Stadt eine klare Haltung erwartet.

So niedrig belämpft der offensichtlich von freisinnigen Stadträten und Stadtältern gespeiste Artikel der „Freisinnigen Zeitung“ den Oberbürgermeister, weil er nicht vollkommen nach der Pfeife der Grundstückspekulanten in Sachen des Waldlaufes tanzte. Vielleicht ist es nicht ganz überflüssig, gegenüber dem auf geistig recht minderwertige Leiter berechneten Artikel zu betonen, daß Wermuth gegen die Stimmen der Sozialdemokratie zum Oberbürgermeister gewählt ist. Selbstredend lassen sich die Sozialdemokraten lediglich von sachlichen Gründen leiten und haben ebenso wie die doppelte Anzahl bürgerlicher Abgeordneter, die gegen den Waldlauf stimmten, allerdings bedauert, den Oberbürgermeister bei seiner Schlüsselabstimmung im Gefolge der Haberland, Fischbeck, Cassel und Genossen zu sehen.

Aus der Glendstatistik.

Am 1. Mai befanden sich im städtischen Familienobdach 239 Personen, und zwar 31 Familien mit zusammen 111 Köpfen (darunter 45 Kinder und 12 Säuglinge) und 128 Einzelpersonen. Der Gesamtbestand betrug am 1. April 31 Personen mehr.

Das nächtliche Obdach wurde während des April von 9127 Männern und 1055 Frauen besucht. Der Tag des geringsten Besuches war der 29. April mit 2651 Personen, der des stärksten Besuches der 10. April mit 3528 Personen. Gebadet haben in den Brausebädern täglich durchschnittlich 669 Personen. Barmenbäder wurden während des ganzen Monats an 361 Männer und 516 Frauen verabreicht.

Das nunmehr fertiggestellte Straßenbahnverbindungsstück durch die Lutherstraße wird am 8. Mai in Betrieb genommen und durch die Linien 43, 50 und M befahren. Vom gleichen Tage ab wird Linie 34 nach Wilmersdorf (Wilhelmsau) verlängert. Linie 85 Schöneberg (Militärbahnhof) bis Halensee (Ringbahn) neu eingerichtet und Linie D in bereits bekanntgegebener Weise gebahnt.

Das Gerücht von einem Mord vor gestern früh im Norden Berlins verbreitet. Der in der Wadstraße 62 wohnende Zigarrenhändler Otto Friedrich sollte in seinem Laden das Opfer eines Raubmordes geworden sein. Wie die ärztliche Untersuchung ergab, war er jedoch einem Herzschlage erlegen.

In der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag soll endlich über die Einführung des Genossen Verstoß als Stadtverordneten Beschluß gefaßt werden. Voraussichtlich wird eine namentliche Abstimmung herbeigeführt werden.

Zwei Personen im Müggelsee ertrunken.

Der Rudersport auf dem Müggelsee hat wieder zwei Menschenleben gefordert. In der Nähe von Müggelsee wurde ein mit zwei jungen Leuten besetztes Ruderboot dadurch zum Kentern gebracht, daß die Insassen das Fohrgewicht falsch leiteten und längs in den Wellenschlag eines vorüberfahrenden Dampfers führten. Beide Ruderer wuchten sich an dem umgeschlagenen Boot anzuklammern, doch war es bald mit ihren Kräften zu Ende. Sie gingen unter und kamen nicht mehr an die Oberfläche zurück. Die Leichen der beiden Ertrunkenen vermochte man bisher nicht zu bergen.

Statistik der „Kontinentalen Kunstfilm-Gesellschaft“.

Etwa 200 Arbeitslose, die für die „Kontinentale Kunstfilm-Gesellschaft“ (Berlin, Friedrichstraße 233) von einem Agenten durch „Morgenpost“-Kannone zur Verwendung bei einer Filmaufnahme angeworben waren, erlebten — wie wir in Nr. 115 meldeten — eine bittere Enttäuschung. Als nach Anweisung des Agenten die junge Schar hoffnungsfroh sich am 27. April früh um 7 Uhr in der Reichenze in der Franz-Josef-Straße einfand, mußte den Leuten gesagt werden, daß sie nur wieder nach Hause gehen sollten, weil die Aufnahme infolge Erkrankung einer wichtigen Darstellerin nicht stattfinden könne. Vergeblich forderten die Arbeitslosen, die den weiten Weg nach Reichenze hinausgemacht hatten, von Angehörigen der Firma den ihnen durch den Agenten versprochenen Lohn von 1 Mark. Dreihundert von ihnen traten zusammen, um durch einen Bevollmächtigten aus ihrer Mitte eine gemeinsame Lohnliste gegen die Gesellschaft einzureichen. Gestern war in dieser Sache beim Gewerbeamt in Reichenze ein Termin angesetzt, in dem eine Einigung herbeigeführt werden sollte. Die Gesellschaft erwiderte durch ihren Vertreter den Einwand, das Gewerbeamt in Reichenze sei, weil die Gesellschaft ihren Sitz in Berlin hat, für nicht zuständig. Der Vorsitzende fragte, ob etwa die Gesellschaft für die dort die Leute nun einmal angeworben worden seien, beim Gewerbeamt in Berlin besser wegzukommen hoffte. Der schon am 27. April von Angehörigen der Firma gemachte Verlust, die entlassenen Arbeitslosen mit ihrer Lohnforderung an den Agenten zu verweisen, wurde vor Gericht wiederholt. Die Firma soll mit dem Agenten (einem Herrn Temmler, Großbeerstraße 11) einen Kautionsbetrag für die Anwerbung der ihm ausgegebenen Anzahl Statisten vereinbart haben, so daß er selber — unter Abzug eines Profites von dem ihm gezahlten Betrag — die anzukommenden Leute hätte bezahlen müssen. Es gibt andere Filmfirmen, bei denen es üblich ist, solche Statisten direkt zu bezahlen. Der Gewerbeamt ließ auch durch die Bezugnahme auf den Agenten sich nicht abhalten, den Vertreter der „Kontinentalen Kunstfilm-Gesellschaft“ auf ihre Pflicht zur Schadloshaltung der für sie angeworbenen hinzuweisen. Das einzige Zugeständnis, zu dem die Gesellschaft durch ihren Vertreter sich zunächst bereit erklärte, war, daß sie pro Mann 50 Pf. zahlen wolle. Mehr nicht! Die Kläger wehrten sich dagegen, daß sie mit einer so dürftigen Entschädigung abgefunden werden sollten. Nach längeren Verhandlungen einigte man sich dahin, daß die Gesellschaft pro Mann 2 Mark zu zahlen hat. Diermit haben die Kläger immer noch die Hälfte des erhofften Verdienstes eingebüßt. Die Gesellschaft verspricht, den Betrag von 2 Mark jedem einzelnen bis 9. Mai zuzuschicken. Die obige Vereinbarung gilt aber nur für die 88 Mann, die gefügt haben.

Selbstmord eines Blinden.

Durch einen Sturz aus dem Fenster machte in der vergangenen Nacht der 64 Jahre alte Invalid Paul Hornung aus der Linienstraße seinem Leben ein Ende. Der Mann war früher Monteur. Vor etwa drei Jahren verlor er bei einer Krankheit, die ihm auf die Sehnerben schlug, das Augenlicht. Hierzu gesellte sich ein nervöses Leiden, das sich von Tag zu Tag verschlimmerte und schließlich der alte Mann geisteskrank wurde. In der vergangenen Nacht gegen 4 Uhr erhob er sich in einem Anfall seines Leidens heimlich aus seinem Bett und schlich sich nach dem Flurfenster im dritten Stock. Aus diesem sprang er auf den Hof hinab, wobei er sich so schwere Verletzungen zuzug, daß er bald darauf verstarb.

Der Polizeifädel

hat wieder mal eine Rolle gespielt — um einer Bagatelle willen. Man höre: Kommt da am Sonnabendabend um 1/2 9 Uhr ein Schuttmann durch die Plantagenstraße gerannt, eine immer stärker anwachsende Menschenmenge hinter sich her. Man denkt an Mord, Totschlag, Einbrecher. — In die Raststraße biegt der Schuttmann ein, wo er bei einem seiner Kollegen anlangt, der ihn telefonisch hat herbeirufen lassen, da er glaubt, mit einem betrunkenen jungen Mann nicht allein fertig zu werden. Fast im gleichen Moment, in dem er an Ort und Stelle ist, sieht man zwei Schuttmannslingen durch die Luft sausen. Der Ervedent stößt Schmerzensschreie aus — er hat Hiebe über den Kopf erhalten, so daß das Blut herabrinnt, auch die Hände, die, zur Abwehr erhoben, in den Säbel griffen, zeigen tiefe Wunden. Und so zerrt man ihn fort zu einer Drohsche. Noch im letzten Augenblick ritt jammernd die Mutter herbei, die nun auf Jureden des Publikums ebenfalls den Wagen besteigt, um ihren äbel zugeredeten Sohn zur Unfallstation zu begleiten.

Was ist die Folge dieses Rentoniers? Der vom Polizeifädel zerfetzte junge Mensch wird sich obenbrein wegen eines halben Duzend strafbarer Handlungen vor Gericht verantworten müssen, wird hohe Geldstrafen bezahlen oder sie im Gefängnis absitzen. Der Schuttmann, der so lähn den Säbel schwingt und sogar mit Schießen drohte — man hat's ja so bequem — wird von seinen Vorgesetzten ob seiner mutigen Tat belobigt werden.

Die organisierte Arbeiterkraft predigt seit Jahren den Schnapsbott. Es wäre dringend zu wünschen, daß auch diejenigen Arbeiter, die den Weg in die gewerkschaftliche und in die politische Organisation noch nicht gefunden haben, sich von übermäßigen Bier- und Schnapsgenuss fernhalten, um unangenehme Bekanntschaften mit der Polizei — wie sie in ähnlichen Fällen wie dem vorstehend geschilderten fast immer entstehen — aus dem Wege zu gehen.

Ein wackerer Kämpfer für die Bestrebungen der Partei und der Gewerkschaften hat am Sonntag für immer die Augen geschlossen: Johann Käsehägen ist 50 Jahre alt, der Proletariatskämpfer, an der er lange und schwer zu leiden hatte, erlegen! Der Verstorbene ließ sich durch seine Krankheit jedoch nicht niederdrücken: ein Aufrechter und Zielbewußter ging er seinen Weg, tat er stets in vorbildlicher Weise unermüdbare Aufklärungsarbeit. Kamensich in den weiter vorgeschobenen Vororten des Niederschönhauser Bezirks lag sein Wirkungsbereich; hier agitierte und organisierte er, hier traf man den schwächlichen, durch ein Hüftleiden am Gehen behinderten Mann fast Sonntag für Sonntag, bei Regen und Sonnenschein, bei Sänee und Sturm. Die Erfolge, die hier in der Sammlung und Werbung für die Wahlvereinsfilialen gezeitigt wurden, sind fast ausschließlich auf sein Konto zu legen. Er verstand es denn auch — ein Ausfluß seiner liebenswürdigen, allezeit freundlichen Persönlichkeit — selbst die Indifferentesten zu belehren und für den Sozialismus zu gewinnen. Kahezu ein Duzend Jahre wirkte Käsehägen fast ununterbrochen als Vorstandsmittglied im Niederschönhauser Wahlverein. Seine klugen, stets kurz gefassten Worte fanden gern Gehör; seiner reichen Erfahrung in allen Dingen der Agitation wurde willig Folge geleistet. Wer persönlich dem prächtigen Menschen näher zu treten Gelegenheit hatte, mußte ihn bewundern, ihn schätzen und lieb gewinnen. Käsehägen stammte aus dem Thüringischen; er war Knopfarbeiter; neben seiner eifrigen Arbeit für die Partei, versäumte er seine Pflicht auch gegenüber seiner Gewerkschaft nicht. So war er in jeder Beziehung das Muster eines klaffenbewußten Arbeiters. Das Andenken an seine verdienstvolle Parteilichkeit wird weiterleben, und deshalb ist es auch Ehrenpflicht der organisierten Arbeiter des Niederschönhauser Bezirks, die Beerdigung Johann Käsehägens (sie findet heute 1/2 8 Uhr von der Halle des alten Friedhofes in der Buchholzer Straße statt) zu einem würdigen Abschied für den lieben Toten zu gestalten.

Die drei zusammengebundenen Leichen der Ehefrau des Monteurs Weidke und ihrer beiden Kinder wurden gestern mittig im Westhafen des Teltowkanals bei Brigg geborgen. Die Frau hatte sich vor einigen Tagen mit den Kindern in den Teltowkanal gestürzt.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich gestern in der Buchdruckerei von Seydel & Cie., Teltower Straße. Der Maschinenmeister Alfred Ziegner war damit beschäftigt, Farbe in den Farbkräften einer Zweifarbenmaschine zu tun. Aus einer noch nicht ermittelten Ursache geriet er mit dem rechten Ellenbogen in das Walzwerk der Maschine und so wurde der ganze Arm bis zur Schulter hineingezogen. Trotz der großen Schmerzen mußte der Verunglückte warten, bis die Maschine zum Teil abmontiert war. Der Unglücksfall ist um so bedauerlicher, als der Verunglückte erst vor vier Wochen seine Sehzeit beendet hatte. Ein Krankenwagen brachte den Schwerverletzten nach dem Krankenhaus am Urban, wo ihm wahrscheinlich der rechte Arm abgenommen werden muß.

Feuer beim Hofbäckermacher Barilla. In der dritten Morgenstunde wurde die Feuerwehre gestern (Dienstag) nach der Französischen Str. 25/26 gerufen, wo im Keller des Vorderhauses in dem Backraum des Hofbäckermachers H. Barilla Feuer ausgebrochen war. Es brannten Verbände, Rissen und allerhand Verpackungsmaterialien. Um an den Brandherd zu gelangen, mußte die Wehre sich gewaltsam Eintritt in den Keller verschaffen. Die Abkühlung des Feuers wurde mit einer Schlauchleitung durchgeführt. Ein großer eiserner Sarg, in dem Pulvervorräte und Patronen lagerten, hielt dem Feuer stand. Die Ursache des Brandes ist mit Bestimmtheit nicht ermittelt. Es wird vermutet, daß von der Straße aus vielleicht ein brennendes Streichholz oder eine brennende Zigarette durch ein Fenster in den Keller verwickelt worden ist. Nach anderthalbstündiger Tätigkeit konnte die Wehre wieder abrücken. — Fast gleichzeitig brach in der Grünauer Str. 11 im Erdgeschoss in einer Restauration ein Brand aus, der den Fußboden und einen Teil des Schanktisches erfaßte. Die Gastwirtin, die in einer hinter dem Restaurant gelegenen Stube schlief, geriet in Erstickungsgefahr, wurde aber von der Feuerwehre noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht. — Ein böwigniger Alarm erfolgte in der letzten Nacht dann noch nach der Stettiner Str. 48. Leider ist es wieder nicht gelungen, den Täter zu ermitteln.

In den Fahrstuhl gestürzt. Gestern vormittag gegen 10 Uhr verunglückte der 34jährige Monteur Bauer aus der Wöfler Str. 6 beim Montieren eines Fahrstuhls in der Charlottenstraße 56. Er stürzte aus der zweiten Etage in den Schacht und blieb beunruhigend liegen. Er wurde nach dem Urban-Krankenhaus gebracht, wo man einen schweren Schädelbruch feststellte. Der Fall ist um so trauriger, als die Ehefrau des B. in den nächsten Tagen ihrer Niederkunft entgegensteht.

Kleine Nachrichten. In der Badeanstalt in der Gerichtstraße zu erscheinen versuchte sich gestern früh ein 25 Jahre alter Arbeiter Karl Schneider, der aus Rüstowalbe zu stammen scheint. Er wurde schwerverletzt nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht. — Seiner Frau in den Tod gefolgt ist gestern der 63 Jahre alte Bierverleger Gustav Ernst aus der Weberstr. 28. Ernst verlor vor ungefähr einem Jahr seine Frau durch den Tod. Seitdem war er lebensüberdrüssig, ergab sich dem Trunk und äußerte wiederholt, daß er Selbstmord begehen wolle. Gestern nachmittag sah man sich nach ihm um, weil er sich nicht hatte sehen lassen und jetzt fand man ihn erhängt auf.

Vorortnachrichten.

Neufölln.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich am Montagabend am Hermannsplatz zugetragen. An der Ecke der Hakenheide und der Wismannstraße wurde ein Straßenbahnwagen der Linie II durch ein anderes Fahrzeug aufgehalten und der den Wagen begleitende Schaffner Lemke begab sich nach vorn, um sich von der Ursache der Verzögerung zu überzeugen. Er stand dicht neben dem Straßenbahnwagen, als der Autoomnibus I A 1038 der Linie 4 der U-Gemeinden Omnibus-Gesellschaft zwischen Bahmwagen und Bürgersteig hindurchzufahren versuchte. Dabei hielt sich der Autoomnibus so dicht an den Straßenbahnwagen, daß der Schaffner erfasst und zwischen Motorwagen und Auto eingeklemmt wurde. Lemke erlitt eine Verrenkung des Hüftgelenks und schwere Lungenentzündung des Oberkörpers. Der Verunglückte mußte nach dem Urban-Krankenhaus geschafft werden.

Bei der Waiseier in der „Neuen Welt“ ist ein Spazierstock gefunden worden. Abzuholen im Bureau des Wahlvereins, Redarstraße 3.

Neuenhagen (Ostbahn).

Die Ersparung für den verstorbenen Genossen Lubatsch findet am Freitag, den 8. Mai, nachmittags von 4 bis 7 Uhr im Saale des Herrn Jägerstern (im Dorf) statt. Die drei Grundbesitzervereine und der Verein der fortschrittlichen Volkspartei wollen mit vereinten Kräften der Sozialdemokratie das Mandat abnehmen und einen Sieg unseres Kandidaten, des Bauers Robert Schumann verhindern. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung verlangten unsere Parteigenossen wieder die Abhaltung der Wahl an einem Sonntag oder aber an einem Wochentag in der Zeit von 5—8 Uhr nachmittags. Leider ist der Gemeindevorstand dem Wunsch nicht nachgekommen. Mit welchen Mitteln die Gegner kämpfen, ersieht man daraus, daß sie die Mär verbreiten, die sozialdemokratischen Vertreter wollten den Wochentag beschließen. In Wahrheit haben einige bürgerliche Vertreter diese Absicht und nicht die Sozialdemokraten. Erst in der letzten Gemeindevertretersitzung kam es wegen dem Markt zu erregten Auseinandersetzungen und zwar in der Stadtverwaltung. Bei Position Erhöhung der Kosten zur Unterfindung von Nahrungsmitteln von 100 auf 200 M. verlangte Gemeindevertreter Bürger wieder die Befestigung des Privatmarktes und Einrichtung eines öffentlichen Gemeinemarktes, aber unter Ausschluss der nicht ortsanfässigen Händler, und zwar weil die fremden Händler die höheren Unterfindungskosten veranlassen und den hiesigen Geschäftsleuten den Verdienst wegnehmen. Der bürgerliche Redner setzte sich aber mit seinen rüchdringenden Ausführungen und seiner eigenen Geschäftspraxis arg in Widerspruch. Das wurde ihm auch neben unseren Genossen sogar vom Gemeindevorsteher gesagt. Letzterer führte ungelächter folgendes aus: Man kann den Händlern nicht verbieten, nach hier zu kommen! Was würde wohl Topfmeister Bürger sagen, wenn ihm plötzlich die Einwohner von Dahldorf, Kaulsdorf, Mahldorf das Segen von Deseu und Ruchherden verbieten würden, weil er ja doch naturgemäß auch nicht zu den dortigen Gemeindefällen beiträgt. Eine verlegene Ausrede war die Antwort des Herrn Bürger darauf. — Unsere Vertreter sind für die Beibehaltung des Privatwochenmarktes, aber nur so lange, bis ein öffentlicher Markt durch die Gemeinde (aber ohne Einschaltung des Gemeindevorstandes Bürger) eingerichtet wird. — Jedenfalls versucht man, den Wählern Sand in die Augen zu streuen, und es ist deshalb Pflicht aller Parteigenossen, die kurze Zeit bis Freitag zur Aufklärung und zur Agitation fleißig zu benutzen.

Heute, Mittwochabend findet eine Flugblattverteilung statt. Das Material ist von den Gruppenführern in Empfang zu nehmen. Am Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, ist bei H. Wänsche, Wahnholzerstraße, ein Extra-Jahlabend, zu dem jeder Parteigenosse erscheinen muß.

Schöneberg.

Heute im Werte von mehr als 3000 Mark haben Einbrecher gemacht, die in der Nacht zum Dienstag den Geschäftsräumen des Schneidermeisters Erforth in der Alazienstraße einen Besuch abstatteten. Die Diebe haben sich wahrscheinlich am Abend in das Haus einschließen lassen. Durch ein Abortfenster drangen sie in den Laden ein, erdrachten dort sämtliche Behälter und entwendeten die

teuersten Stoffe. Mit der schwereren Beute, die sie in einem großen Wäschkorb verpackten, verließen die Einbrecher dann durch den zweiten Ausgang nach der Grunewaldstraße den Schauplatz ihrer erfolgreichen Tätigkeit. In der Grunewaldstraße fielen die beiden Durchsucher einer Dame auf, doch gelang es nicht, die Spitzbuben festzunehmen. Die Einbrecher haben auch zwei Invalidenten, auf die Namen Max Klarmeyer und Sellmann lautend, mitgenommen.

Friedrichshagen.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst wurden die neu resp. wiedergewählten Gemeindevorstände, darunter unsere Genossen Wiese und Stephan eingeführt. Von dem Verschönerungsberein sind der Gemeinde zwei Steinbänke geschenkt, die auf dem Marktplatz aufgestellt gefunden haben. Wie wir schon bei der Stadtberatung mitteilten, hatte Herr Gloede damals den Antrag auf Aufhebung der Wertzuwachssteuer gestellt. Der Antrag wurde seinerzeit mit 8 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Inzwischen fanden die Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung statt und nunmehr gelang es Herrn Gloede mit seinen Anhängern den Antrag auf Aufhebung der Wertzuwachssteuer mit 9 gegen 8 Stimmen durchzubringen. Trotzdem der Bürgermeister darauf hinwies, daß der eventuelle Beschluß nicht die Genehmigung der vorgelegten Behörde erhalten würde, erklärte Herr Gloede im Vertrauen der Ueberzeugung, daß man den Antrag erst recht annehmen müsse, um bei der Regierung energisch zu protestieren. Genosse Wiese wies darauf hin, daß es recht komisch ansehe, wenn die bürgerlichen Vertreter aus diesem Anlaß energisch protestieren, während sie bei anderer Gelegenheit, wo die Interessen der Arbeiterschaft in Frage kommen, teilnahmslos beiseite stehen. Mit der Mehrheit stimmten die neugewählten Vertreter, die Herren Krofer und Buchdruckereibesitzer Koster. Zum Schluß entspann sich noch eine Debatte über eine eventuell zu errichtende Hypothekenanstalt. Die Vertretung hatte vor einiger Zeit infolge der unangünstigen Finanzlage den Antrag auf Errichtung derselben abgelehnt. Herr Gloede beantragte nunmehr eine Kommission zu wählen, die die Vorarbeiten für die Hypothekenanstalt in die Hand nehmen sollte, falls die Kasbiotungsgarantie für erste Hypotheken, die die Gemeindevertretung inzwischen beschlossen hat, nicht den gewünschten Erfolg zeitigt. Der Antrag wurde angenommen. Die Kommission besteht aus den Herren Gloede, Hinze, Lehmann, Koster und dem Genossen Wiese. Nachdem sich eine längere geheime Sitzung statt.

Bohnsdorf.

In der letzten Gemeindevertretersitzung wurden die neugewählten Vertreter eingeführt, darunter auch der Genosse Franz Mohr; mit ihm zieht der dritte Genosse in unser Dorparlament ein. Die Versammlung stimmte einem Vergleich betreffs Auflösung des Gasversorgungverbandes mit Alt-Gliedern einstimmig zu. Eine sehr rege Debatte entspann sich bei der Beratung über die Krankenversicherung der Lehrer. Unsere Genossen vertraten den Standpunkt, die Lehrer in ihrem eigenen Interesse sowohl wie im Interesse der Gemeinde unbedingt zu versichern, da sich aber einige bürgerliche Vertreter über die Versicherung nicht klar waren, wurde beschlossen, den Punkt zwecks näherer Information zu verlagern. Wie der Vorsitzende mitteilte, hat am 23. Februar 1914 gefasster Gemeindevorstand, die Aufhebung der Wertzuwachssteuer betreffend, die Zustimmung der vorgelegten Behörde nicht gefunden, obwohl der von der Gemeinde vorgelegte Etat für 1914 von derselben Behörde anerkannt wurde; es soll versucht werden, nähere Auskunft über diese Angelegenheit zu erlangen. Zur Kontrolle auf dem neuen Schulhausbau wurde eine Paulkommission, bestehend aus den Herren Wiese, Kersten und mehreren Genossen Schiffe gewählt. Des weiteren beschäftigte sich die Versammlung mit der Anstellung eines Schularztes. Es sollen mit einigen Ärzten Verhandlungen gepflogen werden. Damit der Friedhof endlich ein vernünftiges Aussehen bekommt, wurde beschlossen, den Ralermüller Entsch, der ein besonderes Interesse an der Regelung der Verhältnisse auf dem Friedhof zeigt, als technischen Beirat in die Friedhofskommission zu senden.

Trebbin.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Die Pflasterung des Platzes vor dem Rathaus soll mit Reibenssteinen erfolgen. Da die Benutzung der Badeanstalt eine erhebliche Steigerung erfahren hat, machten sich Reuananschaffungen notwendig. Die Kosten hierfür wurden bewilligt. Im Vorjahre sind allein über 1900 Wannenbäder verabfolgt worden. In den Schulvorstand der Fortbildungsschule wurden die Herren Hänsler und Krüger gewählt. Auf Anregung aus der Stadtverordnetenversammlung sollen die Unterrichtsstunden während des ganzen Schuljahres an einem Wochentag von 4 bis 8 Uhr abgehalten werden. Die Zeichenstunden sollen auch fernerhin Sonntags stattfinden.

Reinickendorf-West.

Der Verein „Arbeiter-Jugendheim“ hält am Donnerstag, den 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Bohnsdorf, Eichhornstr. 18, seine Generalversammlung ab. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, Neuwahl desselben, Verschiedenes. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen. Ohne Mitgliedskarte kein Zutritt.

Spandau.

Bei der Arbeit verunglückte am Montag der Kassierer des Wahlvereins, Genosse Franz Abraham. Abraham war auf der Pulverfabrik mit noch einem Arbeitskollegen mit der Ausführung von Maurerarbeiten beschäftigt, als die Leiter, auf der er mit seinem Kollegen stand, ins Rutschen kam und beide abstürzten. Während sein Kollege ohne Verletzungen davonkam, blieb Abraham bewußtlos liegen und mußte mit einem Krankenwagen ins städtische Krankenhaus gebracht werden. Erreicht wurde war das Befinden des K. gestern abend sehr gut. Trotzdem er außer starkem Wundverlust Verletzungen am Kopfe erlitten hatte, erklärten die Ärzte, daß eine Gehirnerschütterung nicht vorliege und er sich außer Lebensgefahr befinde. Verwunderlich ist es, daß das städtische Nachrichtenbureau von dem Unfall noch nichts bekannt gegeben hat. Ueber Unfälle auf den Staatsbetrieben sind die Behörden überhaupt sehr schweigsam.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Wienick (Nordbahn). Donnerstag, den 7. Mai, abends 8 Uhr, im Gemeindebureau, Hauptstr. 18.
Kantow. Donnerstag, den 7. Mai, nachmittags 6 Uhr, im Rathaus.
Reinickendorf. Donnerstag, den 7. Mai, nachm. 5 1/2 Uhr, im Rathaus, Hauptstr. 38/40, II (großer Sitzungssaal).
Reichenhagen. Donnerstag, den 7. Mai, nachmittags 6 Uhr, in der Aula der Gemeindegemeinschaft, Schillerstraße.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Gerichtszeitung.

Sport und Körperpflege ist eine „politische Angelegenheit“. Schrumm widium — es ist erreicht. Ist's zwar Unförm, so hat es doch Methode. Das höchste preussische Gericht hat gestern entschieden, eine vom „Kartellverband Groß-Berlin für Sport und Körperpflege“ veranstaltete Veranstaltung sei politisch. — weil sie, ja weil sie die auf Bekämpfung der Sozialdemokratie gerichteten politischen Bestrebungen des „Jugenddeutschlandbundes“ nicht unterliege. Das Urteil erinnert an ähnliche Urteile des Kammergerichts, in denen es sich darum handelt, Handlungen für strafbar zu erklären, weil sie von Sozialdemokraten vorgenommen sind. Wir erinnern an die tanzlose Aufhebung des Naturgesetzes über die Sawyerkraft. Bekanntlich hat das höchste preussische Gericht

allen Ernstes es für nicht rechtmäßig erachtet, das Tragen von Flugblättern für eine „Arbeit“ zu erklären, da die an sich leichten Flugblätter durch ihren sozialdemokratischen Inhalt schwerer geworden seien. Der Nobelpreis soll demnach diesen naturwissenschaftlichen Entdeckern zuerkannt werden. In dem gestern entfallenen Fall ist ein Urteil befällig, das von allem Brimborium entkleidet, nackt und klar erklärt: politisch betätigt sich, wer es ablehnt, politisch sich zu betätigen, nämlich dann, wenn die unterlassene politische Betätigung Bekämpfung der Sozialdemokratie war. Schwarz ist also weiß. Rumpf. Ueber dies neueste Ergebnis forensischen Wettkampfes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie geht uns folgender Bericht zu:

Ueber „Jungdeutschlands Erziehung und die Arbeitervereine für Sport- und Körperpflege“ hatte der Redakteur Genosse Däumig in einer öffentlichen Versammlung referiert, die vom „Kartellverband Groß-Berlin für Sport- und Körperpflege“ in Berlin am 12. Oktober 1913 in den Konfessionshäusern veranstaltet worden war. — Der Mechaniker Blau als Beamter der Versammlung wurde wegen Übertretung der §§ 5 und 18 Ziff. 2 des Vereinsgesetzes angeklagt, weil es sich um eine Versammlung zur Erziehung politischer Angelegenheiten gehandelt habe, er es abgesehen hätte, die Versammlung vorher polizeilich anzumelden oder öffentlich bekanntzumachen. Blau bestritt, daß es eine politische Versammlung gewesen sei. Es sei eine Versammlung im Interesse des Sports und der Körperpflege der Arbeiter gewesen.

Er wurde jedoch zu einer Geldstrafe verurteilt und das Landgericht bestätigte das Urteil. Das Landgericht stützte sich auf den Bericht eines Polizeileutnants, der die Versammlung überwacht hatte. Danach habe der Referent an die Hundertjahrfeier der Schlacht bei Leipzig angeknüpft und den am 18. Oktober stattgefundenen Festzug eine große Maschade, verbunden mit viel patriotischem Lärm, genannt und ausgeführt, daß der Kernpunkt der Erhebung von 1813, die Freiheit des Volkes, nicht erreicht worden sei. Selbst die Jugend sei auch heute noch nicht frei von Unterdrückung. Erst die Arbeiterbewegung hätte sich durch Schaffung von Jugendparteiorganisationen ihrer Jugend angenommen. Dann habe der Referent den Gegensatz zwischen Arbeiterbewegung und Jungdeutschlandbündelei behandelt. — Unter Bezugnahme auf den Polizeibericht führte dann das Landgericht aus: Politische Angelegenheiten seien solche, welche die Verfassung, Verwaltung und Weisgebung des Staates betreffen; daraus beziehe sich auch mittel- und unmittelbar Parteitätigkeit, die den Endzweck der Verfassungen bestehender öffentlicher Einrichtungen verfolgte. Nun sei der Kartellverband Groß-Berlin von der sozialdemokratischen Partei gegründet; es habe ein Gegengewicht gegen die Jungdeutschlandbewegung geschaffen werden sollen, um diese zu bekämpfen. Die Bekämpfung des Jungdeutschlandbundes wäre auch Zweck und Ziel der Versammlung gewesen. Von Sport und Körperpflege sei nur nebenbei die Rede gewesen. Der Referent habe hervorgehoben, daß die Jungdeutschlandbündelei gleiche erzieherische Zwecke verfolgte wie die Arbeiterbewegung, welche sich der Jugend angenommen hätte, und daß die Jungdeutschlandbündelei die arbeitende Jugend für ihre Tendenzen und Ziele zu gewinnen suche. Ferner habe der Referent das Eingreifen der bürgerlichen Parteien zugunsten der Jungdeutschlandbewegung betont. — Obwohl selbst nach dem Polizeibericht von der Sozialdemokratie gar nicht die Rede war, kam das Landgericht zu folgenden sprunghaften Schluß: Die einander entgegengesetzten Bestrebungen der bürgerlichen Parteien einerseits und der Sozialdemokratie andererseits und die Einwirkungsversuche der sich so gegenüberstehenden politischen Parteien auf die Jugenderziehung seien in der Hauptsache in der Versammlung erörtert worden. Das Referat und die Diskussion hätten darauf abgezielt, durch Verbreitung des die Bestrebungen der Sozialdemokratie tragenden Gedankens auf die Zuhörer einzuwirken und von den bürgerlichen Parteien geleiteten Jungdeutschlandbewegung die Anhänger zu entziehen und der sozialdemokratischen Partei zuzuführen. Somit handele es sich um eine politische Versammlung. Der Angeklagte legte Revision ein. Sein Vertreter in der Verhandlung vor dem zweiten Strafsenat des Kammergerichts, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, zerpfand die Gründe des Landgerichts und hob unter anderem hervor, daß die Jungdeutschlandvereine doch keine politischen Einrichtungen oder Organe seien, so daß aus ihrer Bekämpfung doch nicht auf politische Erörterungen zu schließen wäre.

Das Kammergericht unter Vorsitz des Senatspräsidenten Roth verzurück jedoch am 5. Mai die Revision mit folgender Begründung: Das Landgericht nehme an, daß es sich darum handelte, Anhänger für eine politische Partei, nämlich für die Sozialdemokratie, zu werben, und daß die Verhandlungen über den Jungdeutschlandbund und die ihm entgegengesetzten sozialdemokratischen Bestrebungen nur Mittel zu diesem Zweck gewesen seien. Damit sei der Begriff der politischen Versammlung richtig gewürdigt worden. Nur immer so weiter. Je klarer erblickt, daß Gerichte

und Verwaltung glauben, die Gleichberechtigung der Arbeiter entgegen dem Wortlaut der Verfassung auf Grund der Gesetze ablehnen zu können, desto besser am Ende für die politische Organisation der Arbeiter, für die Sozialdemokratie. Sie wird aus dem von jenen getätigten Unrecht reichliche Ernte haben.

Ausbeutung der Not.

Ein Sittenbild aus dem Konfektionsviertel wurde in einer Verhandlung aufgerollt, welche die 4. Strafkammer des Landgerichts I bis in die späten Abendstunden hinein beschäftigte. Wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit und tätlicher Beleidigung war der Kaufmann Fritz Levy aus Wilmersdorf angeklagt. Mitangeklagt wegen Sittlichkeitsvergehens war ferner der 18jährige Kaufmannslehrling Hermann Rosenstock.

Die Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, führte zu der Erörterung recht sandbarer Szenen, die sich in dem Privatbureau des Angeklagten Levy abgespielt hatten. Levy betrieb in der Arzoparkstraße ein Damenstoff-Engrosgeschäft, in welchem er neben zahlreichen weiblichen Angestellten auch mehrere Lehrlinge beschäftigte. Die Beweisaufnahme ergab, daß Levy sich seinen weiblichen Angestellten wiederholt mit unzüchtlichen Anträgen genähert hatte und auch zu einem der jungen Mädchen in nähere Beziehungen getreten war. Seinen Lehrlingen gegenüber betätigte er sich wiederum auf eine andere Weise. Wenn einer der jungen Leute irgendeinen kleinen Fehler gemacht hatte, wurden sie zu dem gestrengen Herrn Chef in das Privatbureau bestellt. Hier mußten sie sich entkleiden und wurden dann von Levy über einen Tisch gelegt und mit einem dünnen Spazierhütchen bearbeitet. Außerdem soll er sich auch bei dieser Gelegenheit eines Vergehens gegen den § 175 des Strafgesetzbuches an den jungen Leuten schuldig gemacht haben. Bezüglich dieses Punktes kam das Gericht zu einer Freisprechung, da hier nur die eigenen Angaben des Mitangeklagten Rosenstock vorlagen. Staatsanwalt Dr. Lehmann wies darauf hin, daß sich hier ein Abgrund von sittlicher Verworfenheit aufgetan habe. Durch die gemeingefährliche Handlungsweise des Angeklagten sei das Gift der Unmoral in die Seelen unreifer junger Menschen hineingetragen worden und deshalb empfehle es sich, hier ein Exempel zu statuieren. Der Antrag des Staatsanwalts lautete deshalb auf 2½ Jahre Gefängnis. Das Gericht kam, da das Sittlichkeitsvergehen als nicht erwiesen angesehen wurde, zu einer milderen Auffassung, erkannte aber, trotz der bisherigen Unbesonnenheit des Angeklagten, wegen Beleidigung auf 6 Monate Gefängnis. Rosenstock wurde freigesprochen.

Aus aller Welt.

Ein Soldat als Doppelmörder?

Der bei der 5. Kompagnie des 181. Infanterieregiments in Chemnitz stehende Soldat Lüders hat sich selbst zweier seltener Verbrechen schuldig. Wie gemeldet wird, war Lüders im August vorigen Jahres von seinem Regiment desertiert und war auf seiner Flucht nach Berlin gekommen. Hier traf er sich mit der Prostituierten Pantichmann, und mit ihr zusammen will er einen Mann in den Grunewald gelockt, dort erschlagen und beraubt haben. Die Leiche wurde im Walde verscharrt. Beide flüchteten dann nach Thüringen. Dort wollte die Prostituierte über die Grenze gehen; doch Lüders weigerte sich, da er sich sträubte, ergriffen zu werden. Als ihm dann die Prostituierte mit einer Anzeige drohte, hat er auch sie erschlagen und die Leiche vergraben. Die Staatsanwaltschaft hat bereits die Ueberführung Lüders nach Berlin veranlaßt.

Dynamitexplosion am Panamakanal.

Wie aus dem Staate Panama eingetroffene Telegramme melden, hat sich dort eine schwere Dynamitexplosion ereignet. Ein der Regierung der Republik Panama gehörendes Dynamitdepot lag aus bisher noch unbekanntem Ursachen in die Luft. Bei der Explosion wurden acht Menschen getötet und 13 zum Teil schwer verletzt. Auch der Materialschaden ist beträchtlich. Dagegen haben die Arbeiten am Kanal keinerlei Schaden erlitten.

Brandkatastrophen.

Ein Riesenbrand hat in der philippinischen Hafenstadt Valparaiso ein ganzes Häuserviertel zerstört. Etwa 40 Menschen sind in den Flammen umgekommen. Weitere 100 Personen erlitten schwere Brandwunden.

Ein anderes fürchtbares Feuer wütet zurzeit in der russischen Stadt Skala. Es stehen etwa 300 Häuser

in Flammen. Auch sind schon verschiedene Menschenleben zu beklagen.

In Stenichow (Tirol) brach Montagabend ein Feuer aus, das bis drei Uhr morgens andauerte. Fünfundachtzig Häuser wurden eingäschert, dreihundachtzig Familien, das sind zwei Drittel der gesamten Einwohnerschaft, sind obdachlos.

Verbrecherjagd in New York.

Zum siebenten Male innerhalb eines Jahres wurde am Montag in New York ein Polizist bei der Ausübung seines Amtes von Verbrechern erschossen. In der Montagnacht wurde der New Yorker Polizist Kelly in die Räume eines Nachtlokals gerufen, um dort drei Verbrechern festzunehmen, die den Besitzer des Lokals niedergeschossen hatten, weil er Verhaftung von ihnen verlangt hatte. Als Kelly im Lokal erschien und auf die drei Verbrecher zutrat, wurde er ohne weitere Worte niedergeschossen. Darauf stürzten die Mörder, verfolgt von den Straßenpassanten und den übrigen Gästen des Lokals. Auch telefonisch herbeigerufene Sicherheitsmannschaften nahmen die Verfolgung auf und es entspann sich eine wilde Jagd durch die Straßen New Yorks, wobei die Verbrecher fortwährend auf ihre Verfolger feuerten. Ein Polizist erhielt hierbei einen Schuß in das Bein. Schließlich gelang es, die Verbrecher einzuholen und nach heftigem Kampfe, der ohne Blutvergießen abließ, zu überwinden und in Polizeigewahrsam abzuführen.

Eine gestürzte Ordnungshäule.

Vor einigen Tagen verhaftete die Solinger Polizei den Kaufmann Franz Karmann wegen Unterschlagungen, deren Höhe noch nicht feststeht, die jedoch recht bedeutend sein sollen. Karmann stand an der Spitze der Zentrumswarte der Stadt Solingen, spielte nebenbei eine große Rolle im katholischen Jugendverein und war außerdem Kassierer der Solinger Ortsgruppe des Bundschuhbundes. Bei allen katholischen Veranstaltungen stand Karmann mit an der Spitze. Auch mühte er sich als großer Bekämpfer der Sozialdemokratie erfolglos ab. Die Zentrumspresse, die bei ähnlichen Vorgängen sich nicht genug entristen kann, schweigt.

Keine Notizen.

Waldbrand in Oldenburg. Bei Rethen brach ein großer Waldbrand aus, der auch auf das Heidefeld übergriff. Der Schaden wird auf eine Million Mark geschätzt.

Drei Kinder bei einem Stubenbrande erstickt. In Adelsbach (Schlesien) sind drei kleine Kinder des Arbeiters Schneider, die in der Wohnung ohne Aufsicht zurückgelassen waren, bei einem Stubenbrande erstickt. Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg.

Ein amerikanischer General von seinem Sohn ermordet. In New York wurde am Dienstag früh der ehemalige General D'Amico Duran, der sich im Sezessionskrieg einen Namen gemacht hatte, in seinem Zimmer ermordet aufgefunden. Der Verdacht der Täterschaft lenkte sich auf den Sohn des Generals, mit dem dieser seit längerer Zeit in Unfrieden lebte. Man nimmt an, daß der Sohn die fürchterliche Tat in einem Anfall geistiger Unmachtung begangen hat.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Bescheid und eine Zahl als Werkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Adressenangabe beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

B. 18. Gehob. Jermelch. Reußlin, Hermannstraße 177, kann die gewünschte Auskunft erteilen. — R. R. 34. Unseres Wissens nur Privatinstanzen, die wir als solche prinzipiell nicht empfehlen. — R. 12. 1. In Prozerien erhalten Sie zu dem Zweck Bestätigung. 2. Die Buchhandlung „Vorwärts“, Lindenstraße 69, kann das Gewünschte besorgen. 3. Rein. — R. 2. 99. Der Vater hat Anspruch auf Herausgabe des Buches, falls das Geld von ihm herrührt. Ist das nicht der Fall, so können Sie das Buch vorläufig behalten und Urdausweiserteilung bezügl. des Kauterells verlangen. Die hoch dies ist, kann nur gelöst werden, wenn Sie noch angeben, wo der erste Chechobnig Ihrer Eltern gewesen ist.

Marktpreise von Berlin am 4. Mai 1914. nach Ermittlungen des Unigl. Polizeipräsidiums. Weis (mired), Kalai 00,00—00,00, Donau 0,00—0,00, Reis (runder), gute Sorte 15,00—15,20, Nichtstros 0,00, Neu 0,00—0,00.

Marktpreise von Berlin am 4. Mai 1914. nach Ermittlungen des Unigl. Polizeipräsidiums. Weis (mired), Kalai 00,00—00,00, Donau 0,00—0,00, Reis (runder), gute Sorte 15,00—15,20, Nichtstros 0,00, Neu 0,00—0,00. Kartoffeln (Rheinbl.) 4,00—7,00, 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seite 0,00—0,00, Rindfleisch, Bauchfleisch 0,00—0,00, Schweinefleisch 0,00—0,00, Kalbfleisch 0,00—0,00, Hammelfleisch 0,00—0,00, Butter 2,40—3,00, 60 Stück Eier 3,40—4,50, 1 Kilogramm Karopen 1,20—2,20, Kalb 1,00—3,20, Fander 1,00—3,40, Pechte 1,40—2,50, Varsche 1,00—2,30, Schlets 1,40—3,20, Weis 0,80—1,60, 60 Stück Kresse 3,50—4,00.

Möbelfabrik Berolina.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Bilanz für das Geschäftsjahr 1913.

Aktiva.	
Stoffbestand	158,45
Baren	24032,84
Rahmsinen	2100,—
Berkszeuge	2500,—
Immolar	300,—
Debitoren	25004,95
Kaufmannen	250,—
Konto-Dubio	100,—
Banz	8424,30
Beschl.	300,—
	63130,54
Passiva.	
Kreditoren	7022,92
Darlehen	47355,97
Anteil	210,—
Debitoren-Reserve	3000,—
Referenzfonds	178,67
Gewinn	5362,98
	63130,54

Am Laufe des Geschäftsjahres ist kein Genosse ausgeschieden und keiner eingetreten. Die Genossenschaft hat 7 Mitglieder mit einer Gesamtsumme und einem Geschäftsguthaben von je 210 M. 104/18

Der Vorstand. G. Krebs. Karl Müller.

Hautleiden

Endlich bin ich durch Ihr gutes Mittel von meinem 40 jährig. Hautleiden gründl. befreit, dafür meinen aufricht. Dank. Spulen, Jollen, nehm. Gnügen.

Durch Ihr Mittel ist mein 20 jährig. Niesleiden gebreht worden. Aufrichtigen Dank. Georg Eign. Schwanndorf.

Am liebsten Dank für gründliche Heilung meines 25 Jahre alten Hautleidens. Max Reibhardt, Oberzell.

Die potentamlich geschützten Hauptpillen sind wie folgt zu haben: Generaldepot u. Versand: Biomard-Apothek Berlin, Oranienstr. 47, ferner in den Apotheken: Charlottenstr. 51, Potsdamer Str. 84a, Landberger Str. 39, Kottbuser Allee 2, Auguststr. 60, Königsberger Str. 21, Belle-Alliance-Str. 12, Wilmersdorf, Büchelstr. 110, Schöneberg, Hauptstr. 151, Spandau, Fehldorfer Straße 14, Friedrichshagen, Central-Apothek, Charlottenburg, Büdemerstraße 81, Rheenanio, Fabrik chemisch-pharmaceutischer Produkte, Bonn.

Reuters Werke

3 Bände 4 Mark. Buchhandlung Vorwärts

Ohne jede Anzahlung!! Keine Kaffierer, keine Ratel! Bettwäsche, Teppiche, Portieren, Bilder, Gardinen, Stores, Stepp-u. and. Decken. MATZNER, Hufelandstraße Nr. 41.

Ziehung 12., 13., 14., 15., 16. Mal

Geld-Lotterie

zum Ausbau der Veste COBURG 360000 Lose, 17553 Geldgewinne — Mk.

360000
100000
50000
10000
5000

Coburger Geld-Lose à 3 Mk. Porto und Liste extra 30 Pfg.

Lud. Müller & Co. in Berlin W., Werdersdorfer Markt 10.

H. C. Kröger in Berlin W., Friedrich-Str. 193 a.

in allen Lotteriegeschäften, Loseverkaufsstellen und dem Preuss. Landeslotterieverband, Berlin, Geilshausstr. 2.

offizieren frei Haus für das laufende Jahr den großen oder ganzen Eimer . . . 35 Pf. den kleinen oder halben Eimer . . . 25 Pf. Bestellungen erbitten

Köpenicker Norddeutsche Eiswerke, Straße 40/41.

Garbáty

Cigaretten

Qualität

Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, which, auch Zylinder von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, II. (Städt. Bitt.)

Kufeke - Kinder-nahrung - Kranken-kost.

Hervorragend bewährte Nahrung. Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei u. leiden nicht an Verdauungsstörung.

Persil

Das selbsttätige Waschmittel für Hauswäsche!

Henkel's Bleich-Soda

Hübsches Schmiedegrundstück, 2 Gefellen, höhere alte Grundstück für 10 500 M. bei 4000 M. Anzahlung, verkauft Fritz Plötz, Charlottenburg, Suarezstraße 29-1.

Unserem lieben Mitgliede
August Zander nebst
Gattin
zur beängstigten Silberhochzeit
feier die herzlichsten Glück-
wünsche vom 591
Freundschaftsklub „Klette“.

Todes-Anzeigen

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß mein
lieber Mann, unser guter Vater,
Schwieger- und Großvater

Heinrich Griepentrog
plötzlich im Herzschock gestorben
ist. Dies zeigt tiefbetrübt an
Dwe. Emilie Griepentrog
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 6. Mai, nachmittags
4 1/2 Uhr, auf dem Südlichen
Friedhof in der Müller-, Ecke
Seestraße, statt. 1969b

**Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.**

Am Sonntag, den 3. Mai, ver-
starb unser Genosse, der Kandidat

Heinrich Griepentrog
Bezirk 700.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 6. Mai, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Südlichen Friedhofes
in der Müllerstraße, Ecke See-
straße, aus statt.

Am Sonntag, den 3. Mai er.,
verstarb unser Genosse, der
Schlichtermesser

Erich Klewitz
Bezirk 787.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 6. Mai, nachmittags
4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Südlichen Friedhofes in der
Müller-, Ecke Seestraße, aus statt.
Am rege Beteiligung erucht
22710 **Der Vorstand.**

**Zentralverband der Maschinisten
u. Heizer sowie Berufs-Deutsch.
Geschäftsstelle Groß-Berlin.**

Am Sonntag, den 3. Mai,
verstarb plötzlich infolge Herz-
schlages unser Mitglied, Kollege

Heinrich Griepentrog.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 6. Mai, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Südlichen Fried-
hofes, Seestraße, Ecke Müller-
straße, aus statt.
Am rege zahlreiche Beteiligung
bittet 15319
Die Geschäftsstellenverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlreiche Verlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler

Adolf Hofefeld
Balladenstraße 20, im Alter von
34 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 7. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle
des St. Georgen-Kirchhofes in
Weigensee, Altdorfstraße, aus statt.
8719 **Die Ortsverwaltung.**

**Verband der Lithographen,
Steindrucker u. verwandten Berufe
(Deutscher Senefelder-Bund).**

Am 3. Mai verstarb unser
Mitglied, der Lithograph

Bernhard Deter
im Alter von 70 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 6. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Thomas-Kirchhofes in
Neudamm, Hermannstraße, aus statt.
Am rege Beteiligung erucht
10917 **Die Verwaltung.**

**Verband der Maler, Lackierer,
Anstreicher usw.**

Filiale Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Lackierer

Gustav Otto
im Alter von 38 Jahren, am
2. Mai verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung hat bereits
gestern, am 5. Mai, nachmittags
4 Uhr, von der Halle des Danke-
Kirchhofes in Heinersdorf statt-
gefunden. 1371 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.

Am 3. Mai starb unser Mit-
glied, der Maurer

Wilhelm Lück
(Bezirk Norden II).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 6. Mai, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle
des Giesemann-Friedhofes in
Nordend aus statt. 142/11
Der Vorstand.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.
Filiale Groß-Berlin.

Unserem Mitgliede zur Nach-
richt, daß der Kollege

Wilhelm Kandit
welcher im Betriebe der Gas-
anstalt Lichterberg beschäftigt war,
verstorben ist.
Wir werden ihm ein ehrendes
Andenken bewahren.
31/9 **Die Ortsverwaltung.**

**Verband der Fabrikarbeiter
Deutschlands.**

Zahlreiche Groß-Berlin.
Am Sonntagabend, den 2. Mai,
verstarb unser Mitglied

Albert Köpke.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 6. Mai, nachmittags
5 Uhr, von der Halle des Gies-
emann-Friedhofes, Nordend, aus
statt.
Rege Beteiligung erwartet
56/15 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß unser
lieber, einziger Sohn und Bruder

Hans Stammer
bei einer Feuersbrunst in den
Planungen seinen frühen Tod fand.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Franz Stammer, Tischler,
nebst Tochter. 19706

Dankfagung.

Für die zahlreiche Beteiligung bei der
Einäschung meines lieben Mannes

Hermann Arndt
sagen allen Teilnehmern, insbesondere
Herrn Budig für die trostreichen
Worte, sowie dem Bahlerverein, dem
Verband der Bauarbeiter und den
Sängern meinen tiefgefühltesten Dank.
Bitte **Auguste Arndt.**

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meiner
lieben Frau

Berta Röser
sagen wir allen unseren besten Dank
Paul Röser und Tochter.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes und Vaters

Adolf Bethge
sagen wir hiermit allen Freunden
und Bekannten, besonders dem Ver-
band der Buchdrucker von Moser,
dem Verband der Buch- und Stein-
drucker-Gesellen und Arbeiter-
innen herzlichsten Dank.
Die Hinterbliebenen
Wwe. Bethge.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes **Theodor Hei-
bbreder** sage ich allen Freunden und
Bekanntem, insbesondere dem Buch-
drucker-Verband meinen besten Dank.
Frau **Elsa Heibbreder.**

Versammlung

der Funktionäre aller zentralorganisierter, freier Gewerkschaften Berlins und Umgegend

am Mittwoch, den 6. Mai 1914, abends 8 Uhr,
in den Räumen der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114.

Tagesordnung:

1. Die Politisch-Erklärung der Gewerkschaften durch den
Polizeipräsidenten von Jagow.
Referent: Reichstagsabgeordneter Wolfgang Heine.
2. Diskussion.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

Große unpolitische Jugendversammlung

für Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf u. Umgegend

am Donnerstag, den 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den „Prachsfälen des Westens“
(großer Saal), Spichernstr. 3, am Nürnberger Platz.

Tagesordnung:

1. „Jugend heraus!“
Referenten: Reichstagsabgeordneter Dr. Erdmann,
Frau Wally Zepler.
2. Freie Aussprache, zu der auch die Gegner geladen sind. — Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen.
Männer und Frauen werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.
Der Veranstalter: M. Hentschke, Wilmersdorf, Auguststr. 33.

Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands.

Filiale Groß-Berlin.

Am Freitag, den 8. Mai 1914, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engelauer 15, großer Saal:

Ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnkommission über die letzten Tarifverhandlungen
und Abstimmung über das von den Unternehmern Gebotene bezüglich eines neuen Tarifs.
2. Bericht des Gesamtvorstandes vom 1. Quartal. 3. Verschiedenes. 192/6

Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß.

In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung wird erwartet, daß alle Kollegen
erscheinen.
Der Vorstand.

Achtung! Streik in zwei Großbäckereien! Achtung!

Die Firma

Oskar Hanke

legt Wert darauf, das geehrte Publikum darauf hinzuweisen, daß zwischen ihr und der Arbeiterschaft **keine Differenzen** bestehen, was hiermit gern bestätigt wird.

Die Firma **Paul Hante** macht uns die Mitteilung, daß sie absolut keine Verbindung mit der Firma **Hante u. Co.**, Inhaber **Weidner**, habe! Sie habe nie daran gedacht, dem Beispiel **Weidners** zu folgen. Dieser führe die Firma **Hante u. Co.** überhaupt zu Unrecht! Alle Gerüchte bezüglich der Differenzen, die von **Weidner** über die Firma **Paul Hante** in Umlauf gesetzt werden, entbehren jeder tatsächlichen Unterlage.

Gesperrt für Organisierte ist nur die

Firma Hanke & Co. Inhaber O. Weidner

mit folgenden Geschäften:

Adalbertstr. 100.	Frankfurter Allee 29/30.	Müllerstr. 144.	Torstr. 29.
Böddikerstr. 5.	Reichstr. 4.	Rönsberger Str. 6.	Brandelstr. 75.
Börsenstr. 24.	Gerickestr. 79.	Oppelner Str. 28.	Joffener Str. 2.
Bülowstr. 35.	Gieselerstr. 60.	Bettenbergstr. 5.	
Brannstr. 110.	Hußstr. 71.	Reichenberger Str. 114.	
Brücker Str. 53.	Koppenstr. 27.	Rigauer Str. 79.	
Capriolstr. 25.	Koppenstr. 45.	Rigauer Str. 104.	
Elbinger Str. 59.	Markgrafendamm 35.	Rüdersdorfer Str. 29.	
Elbinger Str. 79.	Marientstr. 7.	Schulzenborfer Str. 2.	
Faldenfeinstr. 45.	Remeler Str. 16.	Sparrstr. 20.	
Fehmannstr. 19.	Remeler Str. 48a.	Taborstr. 15.	

Das Geschäft Panstr. 68-69 gehört nicht mehr der Firma **Hante u. Co.**

40/5

Eduard Goldacker

für alle Organisierte gesperrt!

Die Verkaufsstellen der Firma **Goldacker** sind:

Andreasstr. 66.	Gr. Frankfurter Str. 139.	Müllerstr. 156.	Charlottenburg:
Artileriestr. 4.	Frankfurter Allee 123.	Reichensdorfer Str. 112.	Berliner Str. 115.
Alte Schönhauser Str. 33.	Feldstr. 247.	Schönhauser Allee 70a.	Rantstr. 134b.
Baderstr. 3a.	Arnoldstr. 157.	Schönhauser Allee 177a.	Nürnberger Str. 42.
Brannstr. 129.	Stankienallee 33.	Turmstr. 43 (Noabit).	Umlandstraße.
Danziger Str. 4.	Riechstr. 1 (Noabit).	Wilmersdorfer Str. 15.	Wilmersdorfer Str. 44.
Dresdener Str. 6.	Roppenstr. 75.	Wilmersdorfer Str. 15.	Wilmersdorfer Str. 66.
(am Kottbuser Tor).	Rönsberger Str. 1.		
Al. Frankfurter Str. 18.	Kottbuser Damm 12a.	Charlottenburg:	
		Wolkestr. 31.	

Hoch die Solidarität!

Der Vertrauensmann der Bäcker und Konditoren Berlins und Umgegend.

Steinarbeiter!

Heute Mittwoch abend 8 Uhr
im Englischen Hof, Alexanderstraße 27 c:

Versammlungen beider Sektionen

Tagesordnung:
Endgültige Beschlußfassung über das Verhandlungsergebnis.

Die Wichtigkeit der Versammlung erfordert das Erscheinen aller Kollegen.
Zentralverband der Steinarbeiter.
Verwaltung Berlin.

Zentralverband der Lederarbeiter.

Filiale Berlin I.

Donnerstag, den 7. Mai, abends 8 Uhr:

Versammlung

in Schmidts Festsaal, Prinzenallee 33.

Tagesordnung:
1. Wahl eines ersten Vorsitzenden. 2. Verhandlungsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen erucht
Der Vorstand. 134/10

Grosser Pfingst-Verkauf auf Teilzahlung

15%

Rabatt

erhält Vorzeiger dieses Inserates sofort auf die von ihm geleistete Anzahlung vergütet ohne Anzahlung jedoch liefern ich an Beamte und Kunden, die bei mir oder anderweitig ein entsprechendes Konto besitzen und prompt erledigt haben. Achten Sie genau auf blauweisse Schilder und auf meine einzig dastehende Firma

KREDIT-FEDER

Zentrale: Norden

1 Brunnenstr. 1
Eing. Weidenbergsweg 20
- Filiale: Osten
Frankfurter Allee 89
Filiale: Süden
Kottbus. Damm 103
Filiale: Westen
Charlottenbrg. Scharrenstr. 5
In grosser Auswahl

Anzüge Paletots Kostüme Kleider

Damen-Hüte Stang. - Reiher Feine Wäsche Schuh - Waren Gummimantel

Kein Kredithaus Berlins

unterhält auch nur ausserhalb ohne so grosse Auswahl wie

KREDIT-FEDER

Stempelfabrik

Robert Hecht, Inh.: Alf. Schüller
Berlin S. 42.
Ritterstr. 116.
Liefert schnell und billig alle Arten Stempel in bester Ausführung.

Heines Werke

3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Reichstag.

249. Sitzung, Dienstag, den 5. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Falkenhayn.

Kleine Anfrage.

Die Abgg. v. Reding (Welfe) und Behrens (Wittich, Bgg.) fragen, ob der Reichskanzler die Interpretation der Reichsversicherungsordnung für richtig hält...

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Die Entscheidung dieser Frage kann nur im Wege des Feststellungsverfahrens erfolgen. Es folgt die gestern zurückgestellte namentliche Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag zum Gesetzentwurf über die Konkurrenz...

Der Antrag wird mit 215 gegen 99 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung abgelehnt.

Petitionen.

Ueber eine Petition gegen den heimlichen Warenhandel wird entsprechend dem Antrage der Kommission zur Tagesordnung übergegangen.

Die weiteren 13 Petitionen werden auf Antrag Wassermann (natl.) von der Tagesordnung abgelehnt.

Beratung des Heeresetats.

Kriegsminister v. Falkenhayn:

Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen Rechenschaft zu geben von der Art, wie die Wehrvorlage sich in die Wirklichkeit übersetzt hat. Die Aufbringung des Mannschafserfolges ist ohne jede Schwierigkeit gelungen. Wir behielten noch achtunddreißigtausend vollständig taugliche Mannschaften übrig...

Abg. Schulz-Erfurt (Soz.):

Als der Kriegsminister v. Heeringen die letzte große Heeresvorlage hier vertreten mußte, war er längst seines Amtes überdrüssig. Er war gewiß kein Kleber, und es war zweifellos sein militärisches Pflichtgefühl, was ihn im Amte hielt.

in geradezu fuchstartiger Eile

das Kriegsministerium verlassen hat, und seine Mitarbeiter mit ihm, so daß es fast den Eindruck machte, als ob sie ihre Koffer schon in den Reichstag mitgebracht hätten.

so war es doch geradezu unverantwortlich von ihnen, in dem Augenblick, wo eine umfassende Neuorganisation des Heeres durchzuführen war, ihren Posten zu verlassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

ein allgemeines Schütteln des Kopfes,

man schlug in den Militärhandbüchern nach und fragte sich: Wer ist der neue Mann, was für militärische Verdienste hat er, wodurch hat er sich den Anspruch auf ein so verantwortungsvolles Amt in einer so verantwortungsvollen Zeit erworben?

Wir können nicht beurteilen, was an den Gerüchten wahr ist, aber sie klingen glaubhaft. Es wird gewiß für einen Offizier ganz nützlich sein, wenn er die Sympathie des Kronprinzen besitzt. Und wie sehr geizt Herr v. Falkenhayn als Lehrer des Kronprinzen für Verwaltungsrecht war, beweist die Tatsache, daß derselbe Herr die bekannte preussische Wahlreformvorlage ausgearbeitet hat...

Politikern der Offiziere

und der ausgeprägten Kostengeist, der sagt: Wir sind der erste Stand, das Juhl hat Steuern zu zahlen und im übrigen das Maul zu halten, der Wehrstand soll leben!

Kann war die letzte Heeresvorlage beschloffen, da gerbrach sich im August bereits General v. Verharbi den Kopf über unsere militärischen Zulustörungen und wollte nachweisen, daß trotz der Heeresvorlage unsere Lage nicht sicher sei.

Krieg gegen Frankreich, Rußland und England

kräften müßten (Weiterheit und Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), das verlange das deutsche Volk. Nun das deutsche Volk möchte am liebsten solche Artikelreiber über die Pant...

die Wier des Rüstungskapitals

zum Ausdruck, dem es ganz gleich ist, welches Land in den Krieg getrieben wird. Profit macht das Rüstungskapital in jedem Falle, zumal ja das Rüstungskapital aller Länder verflochten und verflochten ist.

denkbar. Der Transport und die Verpflegung der Massenheere ist eine ungelöste und wahrscheinlich unlösbare Aufgabe, ebenso die Leitung dieser Heere zu Wasser und zu Lande, ungelöst ist auch das Problem der moralischen Einwirkung eines solchen Massenkrieges auf die Truppen.

Mit dem Kulturgefühl wächst auch der Abscheu vor dem Rorden und Sengen im Kriege. (Widerpruch und Juruse rechts.) Was wissen Sie denn vom Volke, von der Arbeiterschaft, von der Sozialdemokratie?

Warum tut aber der Kriegsminister nichts gegen die aktiven Offiziere, die Politik treiben? Bei der Jahrhundertfeier des Regiments in Frankfurt a. M. beschimpfte der General v. Schenk in der Rede die Sozialdemokraten, in Kostka bezeichnete der Oberst bei einer Ansprache vor den zahlreichen Reservisten und Landwehrmännern die Sozialdemokraten als Schweinehund.

dummes Geschwätz.

(Präsident Kaempf ruft den Redner für diesen Ausdruck, den er auf die konservativen Abgeordneten bezieht, zur Ordnung.) Als der General Keim seine hekerische Rede in Strahburg hielt, blieben die Zivilbehörden fern, aber das Offizierkorps mit dem General v. Deimling an der Spitze war erschienen und spendete demonstrativen Beifall.

Im Kriegsministerium ist auch ein Pressereferat eingerichtet, ein Nachrichten- oder Pressebureau, für das mehr Offiziere verlangt werden. Handelte es sich um ein Informationsbureau, so könnte man damit einverstanden sein.

politische Stimmungsmache schlüssiger Art,

die muß man sich von einer Behörde, insbesondere vom Kriegsministerium, ganz entschieden verdrängen lassen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Eine der ersten Taten des Kriegsministers war sein belantes Rundschreiben an die Handelskammern, sie möchten dafür sorgen, pensionierten Offizieren in handlungshöhleren Stellungen zu verschaffen.

Das Glend der pensionierten Offiziere bestritten wir nicht, aber warum sind die konservativen nicht ebenso gerührt, wenn es sich um die Verjorgung von Hunderttausenden von Arbeitern handelt?

barbarischen Schencklichkeiten der Soldatenmishandlungen

wenden sollen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der bayerische Kriegsminister hat das in einem Erlaß getan, und damit doch wenigstens seinen guten Willen bekundet. Bei dem preussischen Kriegsminister müssen wir noch abwarten, ob er die Erklärung, die Herr v. Einem hier vor einigen Jahren gegeben hat, wiederholen wird.

geben, sondern er greift die Sozialdemokratie an und erlaubt sich Reden über ihren Antimilitarismus und ähnliche Dinge. Den Fehler der Falschmeldung bebahnen die Redakteure am meisten, aber er ist durch den Eifer des Gesichts zu entschuldigen, durch den Wunsch, die Soldaten vor unnützen Quälereien zu schützen. Graf Westarp aber hat den Putz gehabt, zu behaupten, die Redakteure hätten die falschen Angaben wider besseres Wissen gemacht. Ich fühle mich verpflichtet, diese unerhörte Verdächtigung ehrenhafter Männer zurückzuweisen. (Sehr bravo! bei den Sozialdemokraten. — Vizepräsident Baaske: Sie dürfen einem Mitgliede des Reichstages nicht unerhörte Verdächtigung vorwerfen.)

Erfurter Urteil
Will ich nicht eingehen, ich will nur bemerken, daß leider das revidierte Urteil noch viel zu hart ist für den harmlosen Witzhansstrafeel. Erreulich ist nur, daß durch die einmalige Ermahnung des Reichstages wenigstens eine kleine Reform durchgeführt ist. Nun soll der Gehelntwurf erweitert werden, da hören wir aber bei allen Wünschen des Reichstages ein „Unannehmbar“ des Kriegsministers. Ich fürchte, der Reichstag wird zurückweichen, wie er es überall seit Jahren getan hat. Nur einmal hat er so etwas wie Entschlußkraft gezeigt, bei dem Mißtrauensvotum gegen den Reichstanzler. Es scheint, daß der Reichstag damit seine Energie für ungenutzte Zeiten veräußert hat, daß er dreimal gut machen will, was er damals gesündigt hat.

Der Reichstag hat Gelegenheit zu zeigen, ob er weiß, was er dem Volke schuldig ist, oder ob er sich rücksichtslos alles bieten läßt. Die sogenannte neue Vorschrift über den Waffengebrauch des Militärs ist ein Ende von Zubern, wie es unähnlicher gar nicht gedacht werden kann. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die konservative Presse tut so, als ob diese Vorschriften ein Fortschritt in demokratischer Richtung seien. Das glauben diese Blätter ja selbst nicht. Die liberalen Zeitungen suchen die Vorschriften auszulegen und ihnen alles mögliche unterzulegen. In Wirklichkeit handelt es sich um einen gewaltigen Rückschritt, um die

restlose Unterwerfung der Zivilgewalt unter das Militär.

Die alte Kabinettsorder war gesetzwidrig und daher rechtswirksam. Jetzt wird sie neu aufgebügelt, aber damit wird sie noch immer nicht gesetzlich. Mit der kautschukartigen Bestimmung, daß das Militär selbständig einschreiten hat, wenn ein staatlicher Notfall vorhanden ist, wird der Militär Tür und Tor geöffnet. Am schlimmsten ist der Artikel, der das Militär verpflichtet, ohne Aufforderung der Zivilbehörden einzugreifen, wenn in Fällen dringender Gefahr die Zivilbehörde infolge äußerer Umstände gezwungen ist, die Aufforderung zu unterlassen. Was kann nicht alles bedeuten: „Infolge äußerer Umstände.“ Und diese ungläubliche Verschlechterung eines gegenwärtig bestehenden Zustandes, weil in Zubern die öffentliche Ordnung nicht durch das Bürgertum, sondern durch gewalttätige Offiziere gesichert worden ist! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Da ist es kein Wunder, wie die Militärbehörde auch sonst mit dem Reichstag und seinen Wünschen umspringt. Als ich die Druckfasse mit den Antworten des Bundesrats auf die Entschlüsse des Reichstages las, habe ich mich als Abgeordneter geschämt. Die Schulungen werden die Abgeordneten abgefanzelt. Der Reichstag wünschte, bei der Besetzung höherer Stellen soll die persönliche Tüchtigkeit allein entscheiden. Das heißt doch, er ist der Meinung, daß das heute nicht geschieht! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Kriegsminister antwortet: „Die Besetzung erfolgt wie bisher allein nach der militärischen Tüchtigkeit.“ (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstag wünscht, kein Angehöriger des Heeres soll wegen seiner religiösen und politischen Ueberzeugung zurückgesetzt werden. Der Kriegsminister antwortet: „Wegen seiner religiösen Ueberzeugung wird beim Heere niemand zurückgesetzt.“ (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstag wünscht, daß der Militärkonflikt nicht aus politischen Gründen verhängt werde. Der Kriegsminister antwortet: „Er wird aus politischen Gründen nicht verhängt.“ (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstag wünscht, daß adlige Offizierskorps nicht bevorzugt werden; der Kriegsminister bestreitet diese Bevorzugung. (Heiterkeit.) Der Reichstag wünscht eine Revision der Militärstrafprozedur; der Kriegsminister antwortet: „Die Militärstrafprozedur hat sich durchaus bewährt“, und so fort. Es ist Sache der bürgerlichen Parteien, sich mit dieser Bräuterei abzugeben. Wir haben feinerzeit verlangt, daß der Reichstag seine Wünsche in die Militärvorlage hineinbrachte, dann wären solche Antworten unmöglich gewesen.

Der Reichstag hat Recht, wenn er sie nur gebrauchen will. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man bestiegt Bureaukraten nicht mit Rechnungsträgereien, sondern durch energische Ausnutzung der eigenen Macht.

Zum Schluß muß ich noch auf den Fall Walter Stöder eingehen, dem man das Recht zum Einjährig-Freiwilligendienst entzogen hat. Prinzipiell sind wir Gegner dieses Privilegs, das ja neuerdings sogar von Männern des Bekehrereis als militärisch unbrauchbar hingestellt wird. Wir sind für die Einführung der einjährigen Dienstzeit ganz allgemein, wenn eine bessere körperliche und geistige Jugendberichterung vorher betrieben wird. So lange das Einjährig-Freiwilligen-System besteht, benutzen wir es natürlich auch und zahlreiche Sozialdemokraten haben bisher als Einjährig-Freiwillige ihre Pflicht getan. Erst der neue Kriegsminister scheint neue Gaben geben zu wollen. Walter Stöder ist als Sohn bürgerlicher Eltern in Köln geboren und bekam nach vierjährigem Besuch der Volksschule eine Freistelle in einer Realschule, wurde später Handlungsgehilfe, sparte Geld, um seinen Wunschkurs zu bestreiten, ein paar Groschen und studierte in Berlin privat Nationalökonomie und Geschichte. Während dieser Zeit erwarb er sich den Einjährig-Freiwilligen-Verechtigungschein und war dann mehrfach Redakteur. Er ist vollständig unbefragt, hat weder eine Anklage noch ein Strafmandat erhalten und hat nicht einmal in so beschwerlicher Weise das Vereinsrecht übertreten wie der junge Düssel, von dem wir vor zwei Jahren hier gesprochen haben. Im Juli 1913 wurde ihm auf einmal von der Erlasskommission in Köln mitgeteilt, daß ihm die Verechtigung zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst entzogen sei, ohne jede Angabe von Gründen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Erst nach acht Wochen bekam er vom Polizeikommissar seines Bezirks mündlich den Bescheid, daß ihm der Verechtigungschein wegen seiner organisatorischen Tätigkeit in der sozialdemokratischen Partei gemäß § 93 der Verfassung und einer Ministerialverordnung entzogen worden sei. Dieser § 93 bestimmt, daß der Verechtigungschein zu entziehen ist, wenn jemand vorbestraft ist oder beim Eintritt in den Dienst nicht mehr die nötige moralische Qualifikation besitzt. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Stöder erhob dann

Beschwerde beim Kriegsminister

und wies darauf hin, daß agitatorische Betätigung für die sozialdemokratische Partei keine unmoralische Handlung sei. Darauf bekam er folgende Antwort vom Generalkommando des 3. Armeekorps: „Der Ministerialerlass spricht sich dahin aus, daß derjenige, welcher sich wie Sie in besonderem Maße im staatsfeindlichen Sinne agitatorisch betätigt, die für den Freiwilligendienst im Heere erforderliche moralische Qualifikation nicht mehr besitzt.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese geradezu ungeborene Entscheidung (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten) veranlaßte uns zu einer kurzen Anfrage an den Kriegsminister, ob er bereit sei, Stöder wieder in den Besitz seiner Rechte zu bringen. Darauf erhielt ich einen an mich persönlich gerichteten Brief des Kriegsministers, daß er die Entscheidung in Sachen Stöder nicht habe ändern können. In dem Briefe heißt es auch: „Die Art seiner agitatorischen Tätigkeit gestattet nach dem Ergebnis der angestellten Ermittlungen nicht, ihm die erforderliche moralische Qualifikation für den Ein-

jährig-Freiwilligen-Dienst zuzubreaken. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. — Rufe: Skandal!) Der Kriegsminister hat zweifellos nicht geglaubt, mich durch diesen Brief zu beleidigen, aber ich muß ihm sagen, daß ich diese Judikatur für eine unerhörte Beleidigung und eine tiefverletzte Beschimpfung empfunden habe. (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir weisen die darin liegende objektive Beleidigung, als ob alle Sozialdemokraten unmoralische Menschen wären, mit größter Leidenshaftigkeit zurück. (Erneute lebhafteste Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Diese Antwort deckt die ungeheure Kluft auf, die zwischen den Anschauungen der Militäristen und der Arbeiterklasse liegt. Sie zeigt vor allem, daß die verantwortlichen Minister nicht die elementarste Kenntnis vom Wesen und Wollen des Sozialismus haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokratie ist eine große Kultur-Bewegung, die naturnotwendig aus der gesellschaftlichen und vor allem wirtschaftlichen Entwicklung heraustritt. Um die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus zu ergreifen, muß man freilich geistig arbeiten. Aus

Departements und Schmutzflugblättern

kann man den Sozialismus nicht kennen lernen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren stellen sich die Sozialdemokraten jedenfalls nur als verachtete Existenzen, wüste Gefellen ohne Jucht und Sitte vor. Wir sind nicht so arrogant, zu sagen, wir seien besser, als andere Menschen, weil wir Sozialdemokraten sind, aber wir weisen mit Empörung zurück, wenn behauptet wird, daß wir minderwertig seien, nur weil wir Sozialdemokraten sind. Wir haben das Recht, unsere eigene Bestimmung zu haben und für die einzutreten, und das tun wir durchaus im Rahmen der Gesetze. Wer kann der Sozialdemokratie Gesetzeslosigkeit, Verwilderung der Sitten, Verrohung der Jugend zum Vorwurf machen? (Abg. Graf Westarp: Rassenhaft!) Es sind keine Sozialdemokraten gewesen, die durch Gewalttat und Mord ihre Ziele durchgesetzt haben. Wenn

Könige geköpft und gestödet

wurden sind, so waren es nicht Sozialdemokraten, die das getan haben, wohl aber waren es bürgerliche Kreise und Offiziere, die den letzten Königsmord in Serbien auf dem Gewissen haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir Geschwirdigkeiten im Heere und außerhalb des Heeres propagieren würden, wie viel solche Dinge würden dann bei unserem Einfluß auf die 4 1/2 Millionen Wähler vorkommen, die jetzt nicht vorkommen, weil die Sozialdemokratie eine große Kultur- und Erziehungsarbeit ausübt? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß haben wir unsere eigenen Anschauungen über die Organisation des Staates, gewiß halten wir die republikanische Staatsform für die beste, aber es ist unser Recht, eine andere Anschauung über diese staatsrechtlichen Fragen zu haben als Sie, und dafür im Rahmen der Gesetze einzutreten. Den persönlichen Kampf gegen die Monarchie finden Sie nicht bei uns, den überlassen wir den Konservativen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben auch unsere eigenen Anschauungen über die Landesverteidigung und Heeresorganisation, und es ist unser gutes durch Staats- und Heeresgesetze gewährleistet Recht, für unsere abweichenden Anschauungen einzutreten. Was Sie sich unter unserem Antimilitarismus vorstellen, ist alles falsch. Richtig ist lediglich, daß wir das heutige veraltete Heeresystem durch ein völkereundliches ersetzen wollen. Was vor 100 Jahren Leute wie Scharnhorst, Saxeisenau, Blücher u. a. gewollt haben, dasselbe Recht nehmen auch wir für uns in Anspruch. Wir stehen mit unserem Kampfe durchaus auf dem Boden des Rechts und der Verfassung, und um so mehr empören wir uns, wenn der militärische Geist sich erlahmt, uns als moralisch minderwertig hinzustellen. Dann sei man wenigstens konsequent und

schleife alle Sozialdemokraten vom Heeresdienst aus.

Das würde allerdings bedeuten, daß ein Drittel etwa des bestehenden Heeres, etwa 200 000 Soldaten den bunten Rod aussähen. (Sehr wahr! bei den Soz., Lachen rechts.) Und von den Millionen Reservisten und Landwehrlenten sind sicher über eine Million Sozialdemokraten. Welche Beleidigung des deutschen Volkes, welche Herabsetzung desselben dem Ausland gegenüber, welche Schädigung nationaler Interessen liegt darin, all diese Leute als moralisch minderwertig zu qualifizieren. Wir bekämpfen das jegliche Heeresystem als ein Instrument der Klassenherrschaft, als Mittel, die Macht des Kapitals zu sichern, als Bedrohung aller freibürgerlichen Bestrebungen. Wir tragen den Kampf gegen dieses System nicht in die Kasernen hinein (Na! na! rechts.) Wir fordern die Soldaten nicht zum Ungehorsam auf, sondern wir werden dies System wie bisher im öffentlichen politischen Kampf bekämpfen durch rücksichtslose Aufdeckung der Mißstände im Heere, durch Darlegung der von uns erstrebten Heeresreformen durch die Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen und Abgeordneten und letzten Endes durch die alljährliche gründliche Kritik des Heeresetats. (Lebht. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (3.):

Wir leben das Heer nicht an als Machtmittel gegen das Volk, sondern als notwendiges Institut für die Gesamtheit des deutschen Volkes. Eine Miliz wollen wir nicht, schon weil sie uns nicht billiger kommen würde, als das stehende Heer. Auch Bebel, der immer den deutschen Militäretat abgelehnt hat, hat doch den schwedischen Sozialdemokraten geraten, für eine ausreißende Rüstung in ihrem Lande zu sorgen. — Wir sind von der Notwendigkeit der letzten großen Militärvorlage heute noch so überzeugt wie im vorigen Jahre; gerade ihre Verabschiedung hat zweifellos zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens beigetragen. Auf die Durchführung der neuen Militärvorlage können wir nur stolz sein. (Bravo! rechts.) Nun haben wir die Militärvorlage mit verschiedenen Resolutionen angenommen. Daß nicht alle innerhalb neun Monaten durchgeführt würden, davon waren wir wohl alle überzeugt; wir wissen, daß auch im politischen Leben kein Wahn auf den ersten Hieb fällt. Aber alle Resolutionen sind auch nicht glatt abgelehnt, eine ganze Menge davon sind bereits erfüllt, für eine Reihe anderer sind die Vorarbeiten im Gange. Unserer Forderung, nur unbedingt Taugliche einzustellen, ist z. B. restlos nachgekommen. Die Uelaußverhältnisse sind nach unseren Wünschen verbessert worden, Reservisten und Landwehrlenten werden zu Entzezeiten so gut wie gar nicht mehr entzogen. Das ist ein großer Erfolg für unsere Landwirtschaft. Davon, daß 200 000 unserer 600 000 Soldaten Sozialdemokraten sein sollen, ist keine Rede. Glauben Sie, daß die jungen Leute mit 18 Jahren schon Sozialdemokraten sind? Das werden sie erst nachher durch den Fabrikterrorismus. Wenn Sie das leugnen, leugnen Sie auch, daß die Sonne scheint. (Sehr gut! rechts.) Ich behaupte, daß es noch nicht

20 000 Sozialdemokraten im Heere

gibt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Die Zahl der Militärmihandlungen hat leider lange nicht genügend abgenommen. Durch strenge Kontrolle der Unteroffiziere und namentlich der Offiziere müssen sich namentlich die gefahrvollen systematischen Mißhandlungsfälle verhalten lassen; das wird eine der Hauptaufgaben des Kriegsministers sein. Erfreulicherweise bringt der neue Etat eine erhebliche Verringerung der Unteroffiziere; vor allem notwendig ist eine gute Zivilerziehung der Unteroffiziere. Die Maßnahmen zur Bekämpfung des Duellzwangs bitte ich den Kriegsminister mit aller Energie forzusetzen. (Bravo! im Zentrum.) Dann werden sich auch die Offiziersaspiranten aus katholischen Kreisen vermehren. Die Sanitätsbeamten müssen besser gestellt werden. Politisierende Offiziere wünschen wir nicht. Das Aufstreben mancher verabschiedeter Generale grenzt an Gemeingefährlichkeit. (Sehr richtig!) Der pöbelhafte Angriff des Generals Keim auf den bayrischen Ministerpräsidenten richtet sich von selbst. (Bravo! im Zentr.) Das amtliche Pressekorsett haben wir abgelegt, da uns keine Zensur gegeben worden ist, daß parteipolitische Bestrebungen von

ihm nicht unterstützt werden sollen. An sich haben wir gegen eine Verbindung des Kriegsministeriums mit der Presse nichts. — Der Etat ist mit großer Sparfamkeit ausgestattet worden; die Mehrforderungen betragen diesmal nur sieben Millionen. Aber bei gutem Willen kann in Zukunft noch mehr gespart werden. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Baffermann (natl.):

Auch wir sind nach wie vor überzeugt, daß die neue Militärvorlage notwendig war und im Interesse des Weltfriedens gewirkt hat. Die internationale Spannung hält immer noch an. Wollen wir nicht zu einer zweiten, dritten Ranges herabsinken, so müssen wir unsere Wehrkraft entsprechend stark halten. Die politisierenden Generale haben gewiß zum Teil über die Schur gehaust, aber schließlich kann die Kritik der Entwicklung der Dinge nur nützen. Auch ist die Beschimpfung der deutschen Armee in der Auslandspresse oft derartig, daß die Abwehr nur erfreulich ist. — Ueber die Art der Durchführung der Wehrevorlage kann ich nur meine Freude und Genugtuung zum Ausdruck bringen. Der Jubel um die Offizierslaufbahn ist sehr erfreulich. — Die Ueberflut der Antworten auf unsere Resolutionen sind der Budgetkommission überwiegen worden; es erübrigt sich also, jetzt auf sie einzugehen. — Die neuen Vorschriften über den Waffengebrauch des Militärs haben einen neuen Rechtszustand gegenüber den Bestimmungen der Kabinettsorder von 1820 geschaffen. Danach war das Eingreifen ganz in das Belieben der Militärbehörde gestellt; jetzt darf sie nur eingreifen, wenn die Zivilbehörde durch äußere Umstände zur Aufforderung an die Militärbehörde verhindert ist. Diese äußeren Umstände sind doch vorhanden, wenn die Zivilbehörde etwa überwältigt ist. Es liegt also ein wesentlicher Fortschritt vor.

Die Militärmihandlungen sind gewiß zu beklagen, aber ein Ausfluß des Militarismus sind sie nicht. Es handelt sich da um sadistische Neigungen von Unteroffizieren und älteren Mannschaften, denen durch bessere Ueberwachung entgegengetreten werden muß. — In der Forderung des Presseferates werden wir hoffentlich eine Einigung mit dem Wunsch des Kriegsministers finden. — Für die kriegsmäßige Ausbildung der Intendanturbeamten zu sorgen, ist eine überaus wichtige Aufgabe, wenn im Kriegsfall nicht eine Katastrophe eintreten soll. Ich freue mich, daß der Kriegsminister dieser wichtigen Frage und einer Reihe anderer Reformen seine besondere Aufmerksamkeit zuwendet. Zusammenfassend kann ich sagen, die Kriegsverwaltung hat den Beweis ihrer Fähigkeit bei der Durchführung der neuen Wehrevorlage gezeigt. Das Offizierskorps hat dabei den richtigen Geist und das deutsche Volk das richtige Verständnis bewiesen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dombel (Vole):

Die polnischen Rekruten werden beim Heere wegen ihrer Nationalität schlechter behandelt als andere, sie haben auch mehr als andere unter Mißhandlungen zu leiden.

Des weitern klagt der Redner, daß bei der Seelsorge für die polnischen Soldaten nicht die polnische Sprache gebraucht wird. Die Militärverwaltung sollte doch endlich von dem Dismarkterverein abrücken.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen. Weiterberatung: Mittwoch 2 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Der Militäretat in der Kommission.

Die Budgetkommission des Reichstages erledigte am Dienstag den Rest des Heeresetats. Die einmaligen Ausgaben, die in der Hauptsache für Kasernenbauten, Übungsplätze, Festungen usw. bestimmt sind, wurden bis auf einige Abstriche bewilligt. Abg. Gothein und Genosse Stücken wandten sich gegen die hohen Ausgaben für Kasernenbauten, für die kein Bedürfnis bestehe. Abg. Baffermann (natl.) als freiwiliger Regierungskommissar begründete außer mit dem „ethischen Werte“, auf den schon der Kriegsminister hingewiesen hatte, die Notwendigkeit der Kasernen damit, daß es bei dem Verkehr von Offizieren in Gasthäusern nach alkoholreichen Plageländen, land aber für seinen Antrag auf Abhebung des Titels nicht die Mehrheit, die ihrer alten Gewohnheit treu blieb, indem sie um Kleinigkeiten lange und ermüdende Debatten führte, große Posten aber unbenutzt und unbedenklich bewilligte. Man unterließ sich im weiteren Verlaufe der Beratung über das stirkische Dyzlakmittel, das geprüft werden soll, und das automatische Selbstladegewehr, über Beobachtungsinstrumente für Artillerie, Luftschiffe, Flugveruche und die Konstruktionen des Obersten Laddede, die zu ernstester Beobachtung empfohlen werden, weiter über Fortifikationen im Osten, für die sich Abg. Rogalla v. Wieserstein (L.) ins Zeug legte, ohne jedoch den Kriegsminister für seine Ansichten zu gewinnen, über Angbildungen unter den für Militärbauten und Lieferungen in Betracht kommenden Firmen, wozu Genosse Stücken das Wort nahm, und schließlich über den Neubau für das Militärfabrikat in der Viktoriastraße. Abg. Erzberger und Genosse Stücken traten dafür ein, daß es bei dem früheren Beschlusse der Kommission verbleibe. Der Kriegsminister gab eine möglichst harmlose Erklärung über die zwischen Schagan und Militärverwaltung getroffene Abmachung und suchte die Angelegenheit als einfache Wirtschafts- und Zweckmäßigkeitsfrage zu charakterisieren. Schagjetretär Kühn erklärte, noch keinerlei Schritte zur Veräußerung des Grundstücks getan zu haben, auch sei kaum auf Käufer zu rechnen. Eine staatsrechtliche Bedeutung habe die Sache nicht. Das war das Stichwort für den Abgeordneten Schiffer (natl.), der nun mit einerlei's andererseits seinen Umsatz einzuleiten begann und den Vorschlag der Regierung zur Annahme empfahl. Abg. Liesching (Sp.) und die Genossen Lebehour und Liebschnecht traten unter energischen Hinweisen auf die Ehre des Reichstages und die Interessen der Steuerzahler der nationalliberalen Minderfraktion entgegen. Abg. Fehrenbach (3.) spielte unter der Heiterkeit der Kommission den Schiffer von damals gegen den Schiffer von jetzt aus und polemisierte gegen den Grafen Westarp (L.), der sich für die Regierung bemüht hatte. Selbst Abg. Baaske rückte merkwillich von seinem fraktionskollegen ab und plädierte für Ablehnung der Regierungsforderung im Ergänzungsetat. So sehr sich auch die Regierung bemühte, ihre Forderung zu retten, die Kommission blieb hart und lehnte gegen fünf Stimmen die Preisgabe der Budgetrechte des Reichstages zugunsten des Militarismus ab.

Den Schluß bildeten Remontefragen und der Etat des Reichstanzlers, der in einer halben Minute erledigt wurde.

Wasserhand-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerfunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserhand	am	seit	Wasserhand	am	seit
	4.5.	3.5.		4.5.	3.5.
	cm	cm		cm	cm
Remel, Lüft	202	-6	Saait, Großh.	99	-1
Bregel, Interburg	19	-5	Dabel, Ebnanoo	57	+1
Bethel, Thorn	175	-7	Kahnenoo	88	-9
Ober, Reibor	127	-16	Spree, Sverenberg	—	—
Prohlen	111	0	Bestlow	81	+1
Frankfurt	115	-3	Weser, Wunden	154	-10
Barthe, Schrum	34	-2	Wunden	244	-4
Landberg	59	-3	Rhein, Maximiliansau	484	+4
Rege, Borkamm	36	-4	Kaub	358	+9
Eibe, Zeitmery	2	-2	Rbin	246	+2
Dresden	-122	+4	Redar, Dellbrom	90	-10
Barbo	129	-4	Rain, Qnanu	152	-1
Magdeburg	101	-3	Wojel, Trier	88	+18

+) bedeutet Nachs. — Kol. — *) Unterbege.